

B 69a

Neuer IFAP 2009-2013

NEUER INTEGRIERTER FINANZ- UND AUFGABENPLAN 2009–2013

Der Regierungsrat des Kantons Luzern an den Kantonsrat

Sehr geehrter Herr Präsident

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir unterbreiten Ihnen den Integrierten Finanz- und Aufgabenplan 2009-2013 mit folgendem Bericht:

Inhaltsverzeichnis

I.	ÜBERSICHT	5
II.	PLANUNGSGRUNDLAGEN	6
III.	CHANCEN UND RISIKEN	13
IV.	ÜBERSICHT ÜBER DIE ERGEBNISSE	15
V.	FINANZPOLITISCHE BEURTEILUNG	21
VI.	FUNKTION UND BEDEUTUNG DES IFAP	23
VII.	AUFGABEN UND FINANZEN	25
0	Allgemeine Verwaltung	26
1	Öffentliche Sicherheit	32
2	Bildung	41
3	Kultur und Freizeit	49
4	Gesundheit	53
5	Soziale Wohlfahrt	60
6	Verkehr	67
7	Umwelt und Raumordnung	71
8	Volkswirtschaft	76
9	Finanzen und Steuern	82
VIII.	INFRASTRUKTURINVESTITIONEN	88
	ENTWURF KANTONSRATSBECKLASS	101

I. Übersicht

Der Integrierte Finanz- und Aufgabenplan zeigt die vorgesehene Entwicklung der Finanzen und Aufgaben des Kantons Luzern in den nächsten fünf Jahren. Im Zahlenteil des Planes sind nur diejenigen Vorhaben eingerechnet, die der Regierungsrat schon beschlossen hat. Wir haben neue Vorhaben, die von den Departementen geplant werden, nicht eingerechnet. Sie werden jedoch beschrieben und ihre Kosten geschätzt.

Die Laufenden Rechnungen in den Finanzplanjahren schliessen mit Ertragsüberschüssen von 68,1 (2010) und 15,1 (2011) Millionen Franken bzw. mit Aufwandüberschüssen von 27 (2012) und 2,5 (2013) Millionen Franken ab. Die Nettoinvestitionen steigen von 188,6 Millionen Franken im Budget 2009 auf 207,9 Millionen Franken im Jahr 2010. In den Jahren 2011 und 2012 fallen sie wieder leicht unter 200 Millionen Franken.

Der neue IFAP 2009-2013 zeigt, dass im Jahr 2010 voraussichtlich auf eine Neuverschuldung verzichtet werden kann. In den Folgejahren resultieren Finanzierungsfehlbeträge von 35,3 (2011), 73,5 (2012) und 32,1 Millionen Franken. In diesem Umfang würden gemäss Planung die Schulden zunehmen. Der Selbstfinanzierungsgrad sinkt von 100,1 Prozent im Jahr 2010 auf 63,2 Prozent im Jahr 2012. Der durchschnittliche Selbstfinanzierungsgrad der Jahre 2010 bis 2013 beträgt 82,1 Prozent. Zur Vermeidung von neuen Schulden müssen wir bestehende Aufgaben und laufende Projekte konsequent priorisieren und auf neue verzichten. Mit dem Entlastungspaket 2011 wollen wir ab 2011 jährlich nachhaltige Einsparungen bei den Ausgaben der Laufenden Rechnung von 35 Millionen Franken erzielen. Die Gemeinden sollen mit diesem Sparpaket ebenfalls entlastet werden.

Gemäss Beschlüssen des Kantonsrates ergeben sich aus der Steuergesetzrevision 2011 Mindereinnahmen von 42 Millionen Franken für 2011 und 58 Millionen Franken ab 2012. Wir haben im neuen IFAP 2009-2013 zudem die Erkenntnisse der Rechnung 2008 eingebaut, was insbesondere bei den Steuern, bei den Staatsbeiträgen an die Spitäler und in der Bildung zu einer Verbesserung führt.

Erhebliche Risiken für die mittelfristige kantonale Finanzplanung sind die Auswirkungen der Wirtschaftskrise, die schwer abschätzbarer Folgen der beschlossenen Änderungen des Krankenversicherungsgesetzes (Spital- und Pflegefinanzierung) sowie allfällige Sanierungsbeiträge an die Luzerner Pensionskasse.

II. Planungsgrundlagen

1. Allgemeine Annahmen

	(in Prozent)						
	R2007	R2008 ¹	B2009	2010	2011	2012	2013
BIP real (Seco, Stand Dezember 2008)	3,1	1,9	-0,8	1,0	1,5	1,5	1,5
Teuerung (Seco, Stand Dezember 2008)	0,7	2,5	0,7	0,8	1,2	1,2	1,2
Schaufwand	10,9	-45,7	1,2	1,2	1,2	1,2	1,2
Personalaufwand (budgetwirksam)	3,5	-41,9	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5
Beiträge an Dritte (Staatsbeiträge)	1,5	25,6	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Steuerentwicklung natürliche Personen ²	3,8	4,6	3,8	3,0	3,0	3,5	3,5
Steuerentwicklung juristische Personen ²	3,5	3,0	3,5	2,0	3,5	8,0 ³	10,0 ³
Steuereinheiten	1,6	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5
Gebühren/Entgelte	7,4	-69,1	1,2	1,2	1,2	1,2	1,2

1 Vergleichbarkeit durch Finanzreform 08 und Verselbständigung der Spitäler stark eingeschränkt

2 Je ordentliche Entwicklung, d.h. ohne Nachträge, ohne Steuergesetzrevisionen und ohne lineare Steuersenkungen

3 Entwicklung unter dem Vorbehalt der Umsetzung der Steuergesetzrevision 2011 gemäss Beschlüssen des Kantonsrates

2. Bemerkungen zu den Zuwachsralten

Bei den oben aufgeführten Werten der Rechnungen 2007 und 2008 handelt es sich um effektive Veränderungen gegenüber den Vorjahren. Die Werte des Budgets 2009 und der Planjahre 2010 bis 2013 sind allgemeine Annahmen, von denen wir in begründeten Fällen abweichen. Deshalb entspricht die effektive Veränderung der Jahre 2009 bis 2013 nicht den allgemeinen Annahmen.

a. Wirtschaftsentwicklung und Teuerung

Das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) rechnet für 2008 mit einem unveränderten realen BIP-Wachstum von 1,9 Prozent. Aufgrund der Wirtschaftskrise wird hingegen für 2009 mit einem BIP-Rückgang von 0,8 Prozent gerechnet (Juni 2008: BIP-Erhöhung von 1,3 Prozent). Für 2010 wird mit einem Wachstum von 1 Prozent gerechnet (Juni 2008: 1,5 Prozent), wobei betreffend der konjunkturellen Erholung noch grosse Unsicherheiten bestehen. Ab 2011 gehen wir wieder von einem durchschnittlichen Wachstum von 1,5 Prozent aus. Das Seco rechnet damit, dass die Arbeitslosigkeit von 2,6 Pro-

zent im Jahr 2008 auf 3,3 Prozent im Jahr 2009 und auf 4,3 Prozent im Jahr 2010 steigen wird. Die erwartete Teuerung reduziert sich auf 0,7 Prozent (Juni 2008: 1,3) für 2009 bzw. 0,7 Prozent (Juni 2008: 1,2 Prozent) für 2010. Im Sinne einer konstanten Planung gehen wir jedoch ab 2010 von einem unveränderten Wachstum des Sachaufwands und der Gebühren/Entgelte von 1,2 Prozent aus.

b. Personalaufwand

Wir hatten im IFAP 2009-2013 eine Erhöhung des budgetwirksamen Personalaufwands von je 1,5 Prozent für die Planjahre 2010 bis 2013 vorgesehen. Unter Berücksichtigung des Mutationseffektes von 0,5 Prozent stehen gemäss Planung 2 Prozent für Lohmassnahmen zur Verfügung. Wir wollen trotz der tieferen Erwartung zur Teuerung der Jahre 2009 und 2010 an diesen Werten festhalten. Wir wollen damit den Teuerungsausgleich 2008 nachholen, welchen wir aufgrund der finanzpolitischen Vorgaben zum Budget 2009 nicht im vollen Umfang gewähren konnten.

c. Beiträge an Dritte (Staatsbeiträge)

Wir hatten früher die Staatsbeiträge analog der erwarteten Teuerung hochgerechnet. Gewisse Staatsbeiträge sind fix (z.B. bei mehrjährigen Leistungsaufträgen), andere orientieren sich an Mengengerüsten (z.B. Staatsbeitrag für die Volksschulen) und wieder andere ergeben sich aus Gesetzen (z.B. Ergänzungsleistungen). Mit einer allgemeinen Annahme kann den Gegebenheiten der unterschiedlichen Staatsbeiträge nicht genügend Rechnung getragen werden. Wir verzichten deshalb auf einen prozentualen Zuwachs und haben die Staatsbeiträge einzeln beurteilt.

d. Zuwachs der Staatssteuererträge

Wir haben im vorliegenden Dokument die Steuererträge Ist 2008 und den aktuellen Stand der Beratung zur Steuergesetzrevision 2011 abgebildet. Dies führt zu Mehrerträgen gegenüber dem IFAP 2009-2013. Aufgrund der verschlechterten Konjunkturaussichten gehen wir für 2010 anstelle der im IFAP 2009-2013 erwarteten Entwicklung von je 3,5 Prozent neu von 3 Prozent bei den natürlichen und 2 Prozent bei den juristischen Personen aus. Die Schätzung 2011 belassen wir unverändert bei 3 Prozent für die natürlichen und 3,5 Prozent bei den juristischen Personen. Aufgrund der Erfahrungen der letzten Jahre und der erwarteten Kompensation der steuerlichen Entlastungen bei den natürlichen Personen gehen wir ab 2012 von einem Wachstum von 3,5 Prozent jährlich aus (bisher 3 %).

3. Bundesfinanzpolitik

Der Bundesrat hat sich am 11. Februar 2009 mit folgenden wirtschafts-, steuer- und finanzpolitischen Fragen befasst:

- **Auslösung der 2. Stufe der konjunkturellen Stabilisierungsmassnahmen von 700 Millionen Franken für 2009.** Aufgrund der verschlechterten Konjunkturaussichten wurde die zweite (von möglichen drei) Stufe der Massnahmen zur Stabilisierung der Konjunktur beschlossen. Um die aufgestockten Kredite ausschöpfen zu können, erwartet der Bundesrat in verschiedenen Bereichen auch eine Beteiligung der Kantone.
- **Vernehmlassungsbotschaft zur steuerlichen Entlastung von Familien mit Kindern.** Ziele der Reform sind die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie die Erhöhung der Steuergerechtigkeit zwischen Personen mit und ohne Kinder. Die Entlastung würde 600 Millionen Franken jährlich betragen und soll in Abhängigkeit der konjunkturellen Lage und des finanzpolitischen Spielraums voraussichtlich bereits auf 2010 in Kraft treten mit finanziellen Auswirkungen für die Betroffenen ab 2011.
- **Vorzeitiger Ausgleich der bis Ende 2008 aufgelaufenen Teuerung im Steuerjahr 2010.** Als Teil des Konjunkturpakets verbleiben so über 400 Millionen Franken bei den Steuerzahlern. Zudem soll die kalte Progression künftig bereits bei einer aufgelaufenen Teuerung von 3 Prozent ausgeglichen werden (bisher 7 %).
- **Verabschiedung der Weisungen zum Voranschlag 2010 und zum Finanzplan 2011-2013.** Dieser zeigt einen Wendepunkt der Finanzpolitik des Bundes, muss doch nach einigen erfolgreichen Jahren neu mit Finanzierungsfehlbeträgen von 1,8 (2010), 3,3 (2011) und 3,6 (2012) Milliarden Franken gerechnet werden. Unter Abzug des gemäss Schuldenbremse aufgrund der Konjunktur zulässigen Defizits ergibt sich ein Handlungsbedarf von 0,6 (2010) 2,3 (2011) und 2,8 (2012) Milliarden Franken. Diese Fehlbeträge können als strukturelles Defizit erachtet werden.
- **Neues Umsetzungskonzept zur Aufgabenüberprüfung.** Anstelle eines umfassenden Aktionsplans und eines breiten politischen Dialogs darüber sollen die Reformmassnahmen in mehreren Geschwindigkeiten gemäss individueller Agenda umgesetzt werden. Mit dem neuen Umsetzungskonzept soll das Zusammenspiel der Aufgabenüberprüfung mit den Massnahmen zur Stabilisierung der Konjunktur berücksichtigt werden. An den Zielen der Aufgabenüberprüfung – Stabilisierung der Staatsquote und Entwicklung der Aufgabengebiete gemäss definierten Wachstumspfaden – hält der Bundesrat fest.

In Ergänzung zu diesen aktuellen Beschlüssen sind für den Finanzhaushalt des Kantons Luzern insbesondere folgende Themen von Bedeutung:

a. Steuerpolitik des Bundes

Am 24. Februar 2008 wurde die Unternehmenssteuerreform II in der Volksabstimmung angenommen. Die vorgesehene Milderung der wirtschaftlichen Doppelbelastung zielt auf eine steuerliche Entlastung der Anteilseigner bei der direkten Bundessteuer und schafft Anreize, Unternehmen Risikokapital zur Verfügung zu stellen. Im Weiteren soll auf Stufe Kanton und Gemeinden die Möglichkeit geschaffen werden, die Gewinnsteuer an die Kapitalsteuer anzurechnen. Mit gezielten Einzelmaßnahmen sollen zudem Personenunternehmen von Steuern entlastet und so Strukturanpassungen erleichtert werden.

Mit den Sofortmaßnahmen im Bereich der Ehepaarbesteuerung konnten per 1. Januar 2008 bestehende Diskriminierungen von Zweiverdiener-Ehepaaren gegenüber Konkubinats-Ehepaaren reduziert werden. Die Steuerzahllenden werden dadurch ab dem Jahr 2009 entlastet.

Der Bundesrat hat im Juni 2008 die Botschaft zur Mehrwertsteuerreform verabschiedet. Das Fundament der Vorlage bildet das vollständig überarbeitete Mehrwertsteuer-Gesetz mit über 50 Maßnahmen. Hinzu kommen ein einheitlicher Steuersatz von 6,1 Prozent und die Abschaffung möglichst vieler Steuerausnahmen. Der Bundesrat beurteilt die Vorschläge als haushaltneutral und erhofft sich davon Effizienzgewinne und Wachstum.

Der Bundesrat hat schliesslich am 10. Dezember 2008 das Eidg. Finanzdepartement beauftragt, eine Vernehmlassungsvorlage für eine weitere Reform der Unternehmensbesteuerung (Unternehmenssteuerreform III) auszuarbeiten. Zum einen sollen die in der Schweiz tätigen Firmen von unnötigen Steuerlasten befreit und zum andern die Position der Schweiz im internationalen Steuerwettbewerb gestärkt werden. Den Kantonen soll namentlich ermöglicht werden, auf die Kapitalsteuer zu verzichten. Ferner sollen Anpassungen am System des Beteiligungsabzugs für juristische Personen und Anpassungen bei den kantonalen Steuerstatus für Holding- und Verwaltungsgesellschaften vorgeschlagen werden.

b. Maßnahmen zur Stabilisierung des Bundeshaushaltes

Aufgrund der stark verschlechterten Finanzperspektiven des Bundes ist mit einschneidenden Sparmaßnahmen zu rechnen. Diese werden kurzfristiger sein als die bisher im Rahmen der Aufgabenüberprüfung erwarteten Entlastungen des Bundeshaushalts. Zu den Maßnahmen des Bundes und den Auswirkungen auf die Kantone sind uns noch keine Vorstellungen bekannt. Da die Kantone vom konjunkturellen Einbruch ebenfalls betroffen sind, bleibt zu hoffen, dass der Bund von einseitigen Lastenverschiebungen auf die Kantone und Gemeinden absieht.

Im September 2008 hat der Bundesrat den eidgenössischen Räten eine Botschaft zur Ergänzung der Schuldenbremse unterbreitet. Überschreiten aufgrund von ausserordentlichen Vorkommnissen die Ausgaben die Einnahmen, so ist der Fehlbetrag während der sechs folgenden Rechnungsjahre durch Überschüsse im ordentlichen Haushalt abzutragen. Der Bundesrat schlägt die Inkraftsetzung per 1. Januar 2010 vor. Die Kantone haben die Ergänzung der Schuldenbremse grundsätzlich begrüßt mit dem Vorbehalt, dass zur Kompensation allfälliger ausserordentlicher Aufwendungen nicht einseitig Lasten-abwälzungen auf die Kantone vorgenommen werden.

c. Gewinnanteile Schweizerische Nationalbank (SNB)

Durch die Finanzkrise und das Engagement am Hilfspaket der UBS hat die SNB 2008 Wertberichtigungen vornehmen müssen. Dadurch reduziert sich die Ausschüttungsreserve. Die Ausschüttung soll bis 2017 hingegen konstant bei gesamthaft jährlich 2,5 Milliarden Franken liegen, wenn die Reserve nicht unter ein Minus von 5 Milliarden Franken absinkt (Stand 2007: Plus von 22,9 Mia. Fr.). Der Kanton Luzern kann somit für die nächsten Jahre mit einer jährlichen Ausschüttung von rund 79 Millionen Franken rechnen.

d. Neugestaltung Finanzausgleich und Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA)

Die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen wurde am 1. Januar 2008 erfolgreich umgesetzt. Der Kanton Luzern hat mit Einbezug der Gemeinden das Anschlussprojekt Finanzreform 08 erfolgreich abgeschlossen. Allfällige Planungsunsicherheiten aufgrund der vielen Änderungen dürften mit dem kantonalen Budget 2009 im Wesentlichen beseitigt sein (u.a. Kosten für die Umsetzung des Gesetzes über sozialen Einrichtungen).

Mit rund 300 Millionen Franken jährlich ist der NFA-Ressourcenausgleich die zweitwichtigste Einnahmequelle des Kantons Luzern. Die fehlende Erfahrung mit dieser Einnahmequelle, die erwartete Volatilität der jährlichen Zahlungen und der späte Zeitpunkt der Information durch den Bund führen beim Kanton zu erheblichen Planungsunsicherheiten in den Budgets der nächsten Jahre.

e. Revision des Gesetzes über die Krankenversicherung (KVG) in Paketen

Im Zusammenhang mit der Neuordnung der Pflegefinanzierung wurde folgendes beschlossen: Beschränkung des Eigenanteils für die Bewohner auf 20 Prozent des höchsten vom Bundesrat festgesetzten KVG-Tarifs, Erhöhung der Vermögensfreibeträge, Finanzierung der Akut- und der Übergangspflege gemäss den Regeln der Spitalfinanzierung und der Grundsatz, dass Bewohner in der Regel nicht wegen des Heimaufenthalts sozialbedürftig werden dürfen. Die Gesundheitsdirektorenkonferenz schätzt die gesamten Mehrkosten für die Kantone aus diesen Massnahmen (ohne Akut- und Übergangspflege) auf rund 350 Millionen Franken. Auf den Kanton Luzern entfielen gut 15 Millionen Franken, wenn man davon ausgeht, dass der Kanton Luzern rund 5 Prozent der Bevölkerung ausmacht. Genaue Berechnungen liegen aber noch nicht vor, weil insbesondere auch die Verordnung zur Pflegefinanzierung noch nicht verabschiedet ist.

Weiter haben die eidgenössischen Räte im Dezember 2007 Änderungen der Spitalfinanzierung beschlossen. Die finanziellen Folgen der Revision können im Moment nur grob abgeschätzt werden, weil die Auswirkungen zum grossen Teil noch unklar sind (z.B. freie Spitalwahl, welche Privatspitäler müssen neu subventioniert werden, weil sie auf der Spitalliste des Standortkantons sind); die Finanzierung und das Controlling im Bereich der ausserkantonalen Hospitalisationen werden sich je nach Ausgang des Prozesses verändern.

Die KVG-Revision, Teil Spitalfinanzierung, hat mehrere Auswirkungen:

1. Die Versicherer werden die Investitionskosten auch an den öffentlichen Spitätern mitzutragen haben. Diese gelten neu als anrechenbare Kosten (ab 2012). Der Kostenteiler ist allgemein neu 55 Prozent zulasten des Kantons und 45 Prozent zulasten der Versicherer (ab 2015).
2. Der Kanton Luzern muss neu auch an alle Privatspitäler, die auf der Spitalliste des Kantons Luzern oder eines entsprechenden Standortkantons sind, eine Kostenbeteiligung leisten. Dies führt zu einer massiven Mehrbelastung des Kantons.
3. Ausserdem herrscht die Spitalwahlfreiheit.

4. Unsere Steuerpolitik

Wir haben uns im Finanzleitbild 06 zum Ziel gesetzt, bei der Einkommenssteuer eine Belastung im schweizerischen Schnitt zu erreichen. Bei der Vermögenssteuer soll die Belastung deutlich unterdurchschnittlich sein und für juristische Personen wollen wir zu den fünf attraktivsten Kantonen gehören. Das Volk hat mit der klaren Zustimmung zur Steuergesetzrevision 2008 diese Politik unterstützt. Darüber hinaus hat Ihr Rat für 2008 eine lineare Steuersenkung von 1/10 einer Einheit beschlossen. Zur Zielerreichung und in Anbetracht des Steuerwettbewerbs sind weitere steuerliche Entlastungen notwendig.

Ihr Rat hat im März 2009 die Steuergesetzrevision 2011 verabschiedet. Zu Steuerentlastungen führen - unter Vorbehalt des Referendums - insbesondere folgende kantonale Massnahmen und Anschlussgesetzgebungen an geändertes Bundesrecht (je Entlastungen an Staats- und Gemeindesteuern):

Korrektur Tarif Gewinn (inkl. Kompensationseffekt) ab 2012	37 Mio. Fr.
Korrektur Tarif Einkommen	34 Mio. Fr.
Ausgleich der kalten Progression	34 Mio. Fr.
Abzug Kinderbetreuung	14 Mio. Fr.
Unternehmenssteuerreform II: Erleichterte Liquidation bei Selbständigerwerbenden	10 Mio. Fr.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entlastungen für die Steuerzahlerinnen und -zahler bei den Staats- und Gemeindesteuern sowie der direkten Bundessteuer in den Jahren 2007 bis 2013. Obwohl es sich dabei um nachhaltige Massnahmen handelt, ist jeweils nur die erstmalige Entlastung aufgeführt. Nicht enthalten sind Veränderungen des Steuerfusses bei den Gemeinden.

(in Mio. Franken)

	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Entlastung bei den Staatssteuern	2	107	35	18	42	16	
Entlastung bei den Gemeindesteuern	3	71	42	21	54	21	
Entlastung bei der direkten Bundessteuer	23		32		50		
Total	28	178	109	39	146	37	0

III. Chancen und Risiken

Chancen

Die Jahresbilanz 2007 der ständigen Wohnbevölkerung des Kantons Luzern zeigt eine Bevölkerungszunahme von 1,2 Prozent. Dies ist der höchste Wert seit 1992. Der provisorische Wert 2008 liegt mit 1,5 Prozent noch höher. Wir erachten dies als guten Indikator für die Attraktivität des Kantons Luzern als Wohnkanton. Zudem hatten wir 2007 gegenüber allen Nachbarkantonen einen positiven Wanderingssaldo, das heisst, dass mehr Leute aus diesen Kantonen in den Kanton Luzern gezogen sind als umgekehrt. Das Bundesamt für Statistik rechnet in seinen Szenarien zur Bevölkerungsentwicklung der Kantone 2005-2030 mit einem unterdurchschnittlichen Bevölkerungswachstum im Kanton Luzern (7,8 % gegenüber dem gesamtschweizerischen Durchschnitt von 9,1 %). Aufgrund der Erfahrungen der letzten Jahre und mit Blick auf unsere Wachstumspolitik erachten wir die Chancen als intakt, entgegen den Prognosen des Bundesamtes für Statistik ein überdurchschnittliches Bevölkerungswachstum zu erzielen.

Mit der Steuergesetzrevision 2011 hat der Kantonsrat Massnahmen beschlossen, welche die die Attraktivität von Luzern als Wohn- und Arbeitskanton weiter erhöhen wird. Die schrittweise Senkung der Steuern im laufenden Jahrzehnt ist eine Erfolgsgeschichte: Wir konnten uns, in Orientierung an den Zielen des Finanzleitbildes, in stetigen Schritten an das schweizerische Mittel der Steuerbelastung annähern und gleichzeitig Schulden abbauen. Der neue IFAP 2009-2013 zeigt gegenüber der Planung vom letzten Herbst eine wesentliche Verbesserung. Um neue Schulden vermeiden zu können, sind eine sehr zurückhaltende Finanzpolitik und die Bereitschaft für ein Entlastungspaket 2011 notwendig.

Nebst der Steuerbelastung erachten wir die Ausbildung der Einwohnerinnen und Einwohnung sowie die verkehrstechnische Erreichbarkeit der Zentren als erstrangige Standortfaktoren. Sind diese gut bewertet, führt das zur Ansiedelung von wertschöpfungsintensiven Betrieben und beeinflusst auch die demografische Entwicklung positiv. Mit der Umnutzung des Postgebäudes beim Bahnhof Luzern zur Universität und zur Pädagogischen Hochschule Luzern, den neuen Masterlehrgängen an der Fachhochschule Zentralschweiz, dem Zubringer Rontal und dem Leistungsausbau des öffentlichen Verkehrs werden in den nächsten Jahren zentrale Projekte in diesen Bereichen umgesetzt. Diese Projekte sollen einen Beitrag leisten zur Behebung der strukturellen Defizite und des Wachstumsproblems des Kantons Luzern. Dies wird sich langfristig in höheren Steuererträgen und besseren Finanzperspektiven niederschlagen.

Risiken

Die Konjunkturprognosen haben sich in den letzten Monaten deutlich verschlechtert. Was als Finanzkrise begann, ist in der Zwischenzeit zu einer weltweiten Wirtschaftskrise angewachsen. Für 2009 gehen wir von einem rückläufigen Bruttoinlandprodukt aus. Entsprechend haben wir den Zuwachs der Steuererträge in den Jahren 2009 und 2010 nach unten korrigiert. Sollte die wirtschaftliche Schwächephase auch in den Jahren 2010 ff. anhalten, sind sogar rückläufige Steuererträge möglich. Der Bund ist aufgrund seiner Einnahmenstruktur wesentlich stärker und unmittelbarer vom wirtschaftlichen Abschwung betroffen als der Kanton Luzern. Die zu erwartenden Einsparungen beim Bundeshaushalt könnten teilweise in Form von Lastenabwälzungen auf die Kantone und Gemeinden umgesetzt werden.

Im Bereich der Gesundheits- und Sozialpolitik existieren einige Unbekannte:

- Wir gehen davon aus, dass die Spitalfinanzierung zu Mehrkosten von jährlich 30 Millionen Franken ab 2012 führen wird. Die effektiven Mehrkosten könnten noch höher ausfallen.
- Wir gehen davon aus, dass die neue Pflegefinanzierung die Gesamtheit der Kantone mit 350 Millionen Franken belastet. Sollten die vom Bund in der Vernehmlassung zu den Ausführungsbestimmungen aufgeführten Beiträge der obligatorischen Krankenpflegeversicherung angewendet werden, könnten weitere Ausgaben von 260 Millionen Franken dazukommen. Die Belastung des Kantons Luzern bzw. seiner Gemeinden könnten somit die bisherigen Erwartungen deutlich übertreffen.
- In den nächsten Monaten wird eine kantonale Initiative dem Volk unterbreitet, wonach die Belastung der Krankenkassenprämien 10 Prozent des steuerbaren Einkommens nicht übersteigen darf. Die Annahme dieser Initiative hätte Folgen von rund 60 Millionen Franken jährlich, welche sich Kanton und Gemeinden je hälftig teilen müssten. Die Initiative ist deshalb weder für Kanton noch Gemeinden tragbar und stellt für die öffentlichen Finanzen ein grosses Risiko dar.

Die Erträge des NFA-Ressourcenausgleichs 2009 sind um 16,6 Millionen Franken tiefer ausgefallen als wir im IFAP 2008–2012 angenommen hatten. Im neuen IFAP 2009–2013 rechnen wir mit einem jährlichen Wachstum der Zahlungen aus dem NFA-Ressourcenausgleich von 3 Prozent. Aufgrund der Volatilität des Ressourcenausgleichs erachten wir diesen weiterhin als Risiko für den Finanzhaushalt.

Die Luzerner Pensionskasse (LUPK) wies per 31. Dezember 2008 einen Deckungsgrad von 92 Prozent aus. Aufgrund der Börsenverluste des laufenden Jahres dürfte er aktuell noch tiefer liegen. Liegt der Deckungsgrad unter 90 Prozent, besteht eine Sanierungspflicht. Die LUPK wird in den nächsten Wochen den angeschlossenen Arbeitgebern Anträge zu möglichen Sanierungsmassnahmen unterbreiten.

IV. Übersicht über die Ergebnisse

Gesamtergebnis

	(in Mio. Franken)						
	R2007	R2008	B2009	2010	2011	2012	2013
Gesamtaufwand	2'821.8	2'494.3	2'540.7	2'616.2	2'621.4	2'692.7	2'695.5
Jährliche Veränderung in Prozenten ¹	6.7	-11.6	3.8	3.0	0.2	2.7	0.1
Aufwandüberschuss (+) Ertragsüberschuss (-)	-197.0	-193.6	-51.5	-68.1	-15.1	27.0	2.5
Abschreibungen	190.8	170.5	149.0	141.5	148.8	154.6	160.1
Nettoinvestitionen	184.2	192.0	188.5	207.9	197.7	199.6	188.2
Finanzierungsfehlbetrag (+) Finanzierungsüberschuss (-)	-213.9	-174.6	-0.3	-0.1	35.3	73.5	32.1
Selbstfinanzierungsgrad in Prozenten	216.1	191.0	100.2	100.1	82.2	63.2	82.9
Zinsbelastungsanteil in Prozenten	-2.6	-4.3	-3.2	-3.7	-3.8	-3.2	-2.4
Kapitaldienstanteil in Prozenten	6.6	1.1	4.4	3.0	4.0	5.1	6.1

¹ Veränderung gegenüber den entsprechenden Zahlen des gleichen Dokuments, also Rechnung 2007 im Vergleich zur Rechnung 2006 usw.

Die Erhöhung des Gesamtaufwands (definiert als: Aufwand Laufende Rechnung und Ausgaben Investitionsrechnung abzüglich Abschreibungen, interne Verrechnungen, Einlagen in Spezialfinanzierungen, durchlaufende Beiträge, Darlehen und Beteiligungen) gegenüber dem Vorjahr ist in den Planjahren 2010 und 2012 mit 3,0 bzw. 2,7 Prozent relativ hoch. Im Jahr 2010 sorgt die Fusion der Kantonspolizei mit der Stadtpolizei (zusätzlicher Personalaufwand von 29,1 Mio. Fr.) und im Jahr 2012 das Inkrafttreten der neuen Spitalfinanzierung (zusätzliche Staatsbeiträge von 30 Mio. Fr.) zu einer Erhöhung des Gesamtaufwands, welcher über dem erwarteten Wirtschaftswachstum von nominell 2,7 Prozent liegt (2010) bzw. diesem entspricht (2012). Dank guter Ausgabendisziplin in der Laufenden Rechnung und rückläufigen Investitionsausgaben gegenüber den Vorjahren beträgt das Gesamtwachstum in den Jahren 2011 und 2013 bescheidene 0,2 bzw. 0,1 Prozent.

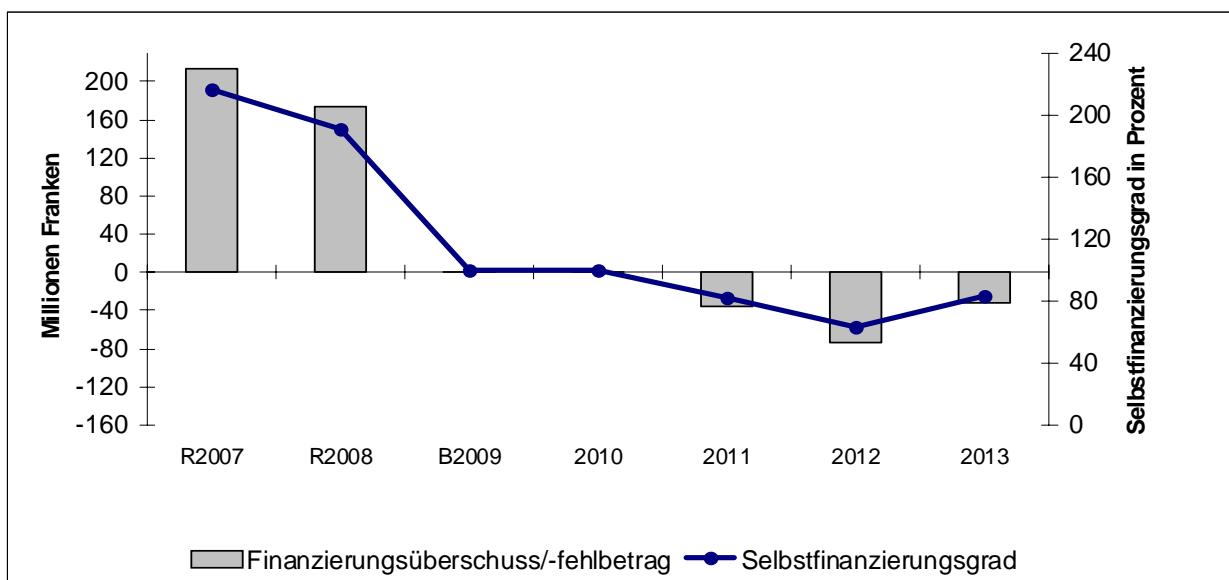
Wir verzichten auf finanzpolitisch motivierte Abschreibungen. Deshalb sind erhebliche Ertragsüberschüsse der Laufenden Rechnung notwendig, um jeweils einen Selbstfinanzierungsgrad von 100 Prozent zu erreichen. Ein Ertragsüberschuss ist im Budgetjahr 2009 sowie in den Planjahren 2010 und

2011 vorgesehen. Mit Hilfe des Entlastungspakets 2011 wollen wir sicherstellen, dass in allen Jahren ein Ertragsüberschuss geplant werden kann.

Das Budget 2010 wird unter dem Vorbehalt von erheblichen nicht geplanten Mindererträgen einen ausgewglichenen Finanzierungsrechnung ergeben (Selbstfinanzierungsgrad 100,1 Prozent). In den Folgejahren sind Finanzierungsfehlbeträge von 35,3 (2011), 73,6 (2012) und 32,1 (2013) Millionen Franken geplant. Gleichzeitig mit den steigenden Finanzierungsfehlbeträgen sinkt auch der Selbstfinanzierungsgrad, nämlich von 100,1 Prozent im Jahr 2010 auf 63,2 Prozent im Jahr 2012. Im Planjahr 2012 liegen sowohl der geplante Aufwandüberschuss wie auch der geplante Finanzierungsfehlbetrag unter den Vorgaben des Finanzhaushaltsgesetzes. Die Planwerte liegen zudem in allen Jahren unter den Vorgaben des Finanzleitbilds 2006. Um eine Neuverschuldung in den Jahren 2011 ff. möglichst vermeiden zu können, haben wir das Finanzdepartement mit der Ausarbeitung des Entlastungspakets 2011 beauftragt.

Unsere Einschätzung der Zinsentwicklung und die Neuverschuldung aufgrund der geplanten Finanzierungsfehlbeträge haben ab 2012 einen steigenden Zinsaufwand und somit einen sinkenden Nettozinsertrag zur Folge. Ein sinkender negativer Zinsbelastungsanteil ist die Folge. Der geplante Kapitaldienstanteil ist in den Jahren 2010 und 2011 mit 3 Prozent sehr tief und nimmt aufgrund der geplanten höheren Zinsen und der steigenden Abschreibungen bis 2013 wieder auf 6,1 Prozent zu.

Entwicklung des Saldos der Finanzierungsrechnung und des Selbstfinanzierungsgrades



Total Aufwand der Laufenden Rechnung nach funktionaler Gliederung

(in Mio. Franken)

	R2007	R2008	B2009	2010	2011	2012	2013	% ¹
Total	3'403.5	3'091.8	3'071.2	3'119.0	3'173.6	3'247.6	3'292.8	7.2
Allgemeine Verwaltung	354.5	379.3	399.9	370.9	374.4	377.5	380.1	-5.0
Öffentliche Sicherheit	220.7	244.0	252.3	277.6	284.6	289.4	293.0	16.1
Bildung	716.8	779.6	761.2	774.9	786.8	792.6	801.8	5.3
Kultur und Freizeit	53.8	62.1	52.3	53.7	55.1	56.0	56.5	7.9
Gesundheit	702.2	262.7	266.6	266.9	272.7	306.7	311.3	16.7
Soziale Wohlfahrt	656.4	640.4	657.5	688.3	704.8	717.4	729.2	10.9
Verkehr	105.4	136.5	146.5	146.3	147.6	149.4	150.5	2.8
Umwelt und Raumordnung	40.4	31.2	32.3	33.2	33.7	34.0	34.4	6.6
Volkswirtschaft	269.4	255.3	253.2	253.7	252.4	252.9	253.3	0.0
Finanzen und Steuern	284.0	300.8	249.2	253.5	261.6	271.7	282.8	13.5

¹ Veränderung in Prozenten zwischen B 2009 und 2013

Der Aufwand der Laufenden Rechnung nimmt zwischen 2009 und 2013 um 7,2 Prozent zu (IFAP 2009-2013: 8,7 %). In Prozenten ist das stärkste Wachstum in den Aufgabenbereichen Gesundheit (insbesondere neue Spitalfinanzierung), öffentliche Sicherheit (Fusion mit Stadtpolizei, zusätzliche Stellen Kantonspolizei und Projekt Justizreform 2010), Finanzen und Steuern (steigende Abschreibungen und Zinsen) sowie der sozialen Wohlfahrt (soziale Einrichtungen, wirtschaftliche Sozialhilfe an Asylsuchende und Flüchtlinge, Ergänzungsleistungen sowie Prämienverbilligung) geplant. In absoluten Beträgen ist das stärkste Wachstum in der sozialen Wohlfahrt (71.9 Mio. Fr.), in der Gesundheit (44,4 Mio. Fr.), in der öffentlichen Sicherheit (40,7 Mio. Fr.) in der Bildung (40,6 Mio. Fr., insbesondere bei der tertiären Bildung) sowie bei den Finanzen und Steuern (33,6 Mio. Fr.) geplant.

Aufwand Laufende Rechnung nach Kostenarten

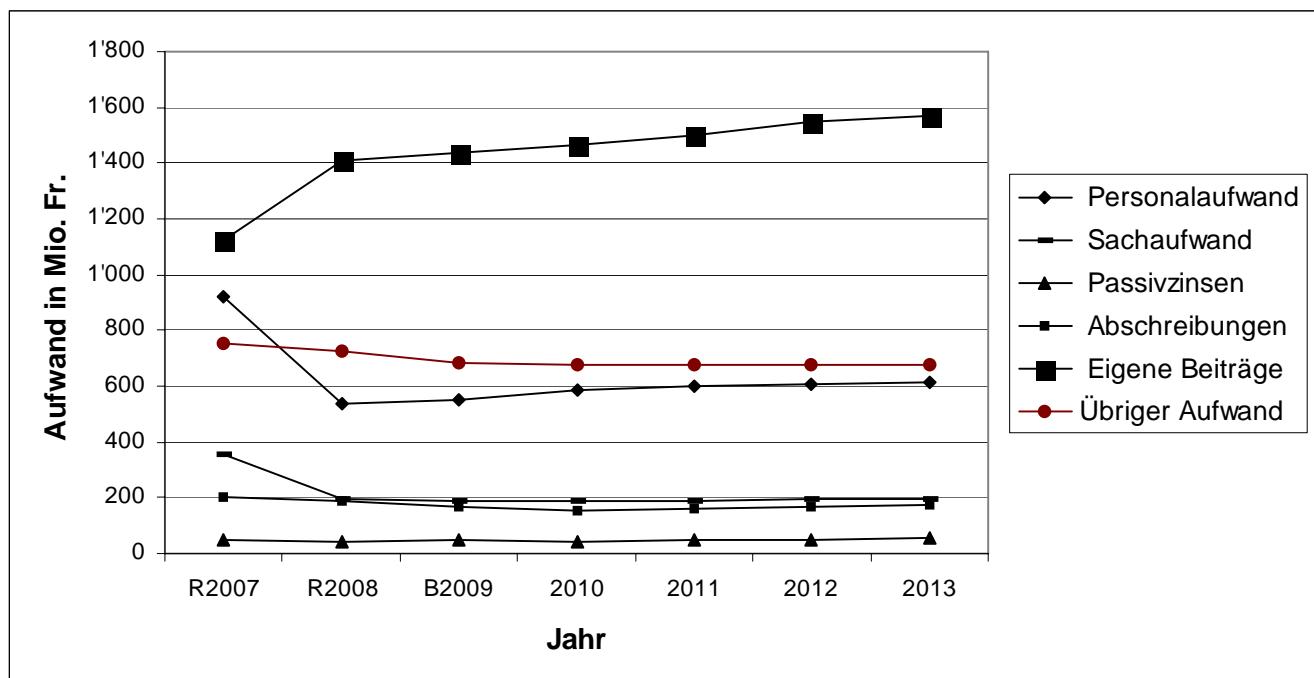
(in Mio. Franken)

	R2007	R2008	B2009	2010	2011	2012	2013	% ¹
Total Aufwand	3'403.5	3'092.0	3'071.2	3'119.0	3'173.6	3'247.6	3'292.8	7.2
Personalaufwand	921.6	535.1	548.9	587.7	599.5	607.9	617.1	12.4
Sachaufwand	355.2	193.0	189.8	186.8	189.4	192.3	194.1	2.3
Passivzinsen	48.6	43.1	48.6	45.2	45.7	50.0	55.7	14.6
Abschreibungen	205.5	185.8	164.8	155.6	162.9	168.7	174.2	5.7
Eigene Beiträge/Staatsbeiträge	1'120.1	1'407.3	1'434.4	1'466.0	1'498.0	1'550.4	1'573.2	9.7
Übriger Aufwand	752.5	727.7	684.8	677.7	678.2	678.4	678.6	-0.9

¹ Veränderung in Prozenten zwischen B 2009 und 2013

Durch die Verselbständigung der Spitäler und Kliniken im Jahr 2008 haben der Personal- und der Sachaufwand gegenüber der Rechnung 2007 abgenommen und die Staatsbeiträge im Gegenzug zugenommen. Der Personalaufwand erhöht sich zwischen 2009 und 2013 um 12,4 Prozent (IFAP 2009-2013 12,5 %). Nebst der jährlichen generellen Entwicklung des budgetwirksamen Personalaufwands ist darin auch die Fusion der Kantons- und der Stadtpolizei enthalten. Der von der Stadt an den Kanton übertragene Personalaufwand beträgt ab 2010 jährlich 29,1 Millionen Franken. Aufgrund der geplanten Schuldenzunahme und der erwarteten Zinsentwicklung steigen die Passivzinsen um 14,6 Prozent (IFAP 2009-2013: 34,6 %). Das Wachstum der Staatsbeiträge liegt mit 9,7 Prozent über der Entwicklung des durchschnittlichen Aufwands, hat sich gegenüber dem IFAP 2009-2013 jedoch reduziert (11,3 %). Dabei gilt es allerdings zu berücksichtigen, dass wir mit den wieder eingeführten Kantonsbeiträgen an die Musikschulen, höheren Kosten für Asylsuchende und Flüchtlinge sowie höheren Kosten für in sozialen Einrichtungen anderer Kantone platzierte Luzernerinnen und Luzerner in mehreren Aufgabenbereiche eine Verschlechterung gegenüber dem IFAP 2009-2013 einplanen mussten. Die Mehrkosten für die Staatsbeiträge werden teilweise durch höhere Bundes- und Gemeindebeiträge kompensiert. Aufgrund der Bedeutung der Staatsbeiträge für den Gesamthaushalt und deren Wachstum werden diese noch vermehrt ins Zentrum unserer Finanzpolitik und unserer Sparbemühungen rücken. Der übrige Aufwand nimmt durch den Wegfall des Kantonsbeitrags an die Stadtpolizei um 9 Millionen Franken im Jahr 2010 ab und bleibt nachher praktisch unverändert.

Entwicklung des Aufwands der Laufenden Rechnung nach Kostenarten



Ertrag Laufende Rechnung nach Kostenarten

	(in Mio. Franken)							
	R2007	R2008	B2009	2010	2011	2012	2013	% ¹
Total Ertrag	3'600.5	3'285.6	3'122.7	3'187.1	3'188.8	3'220.7	3'290.4	5.4
Steuern	1'080.2	1'043.1	1'015.9	1'030.5	1'004.5	1'012.7	1'057.3	4.1
Entgelte ²	624.4	192.8	168.6	185.2	188.1	191.1	193.8	14.9
Beiträge und Anteile ³	1'010.8	1'130.7	1'120.6	1'163.9	1'188.2	1'209.8	1'232.1	10.0
Übrige Erträge	885.1	918.9	817.6	807.5	808.0	807.1	807.2	-1.3

¹ Veränderung in Prozenten zwischen B 2009 und 2013

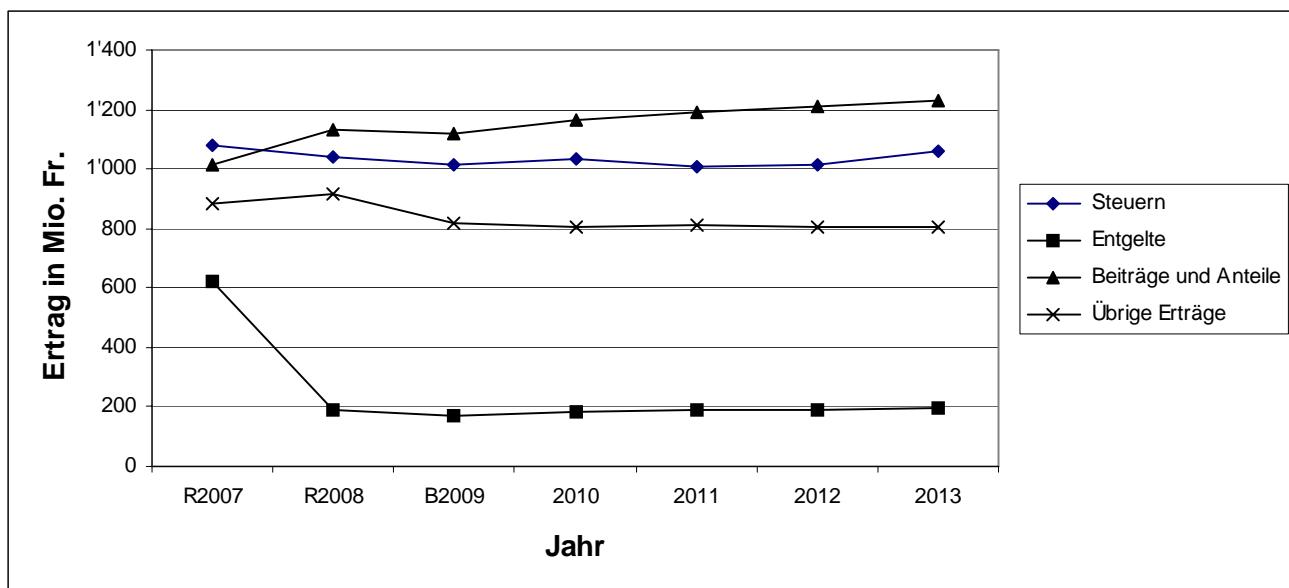
² Gebühren, Schulgelder und Spitaltaxen (bis 2007)

³ Subventionen, Rückerstattungen und Kantonsanteile an Bundeseinnahmen

Der Gesamtertrag zwischen 2009 und 2013 nimmt um 5,4 Prozent zu (IFAP 2009-2013 3,8 %). Er entwickelt sich dennoch weniger stark als der Gesamtaufwand (7,8 %). In den Steuererträgen haben wir die Ist-Zahlen 2008, die verschlechterten Wirtschaftsaussichten 2009 und 2010 sowie die Beschlüsse des Kantonsrates zur Steuergesetzrevision 2011 berücksichtigt. Gesamthaft resultiert ein Wachstum

der Steuern zwischen 2009 und 2013 von 4,1 Prozent (IFAP 2009-2013 0,4 %). Wir haben im Budget 2009 die Entschädigung für die zentras als Staatsbeitrag und nicht mehr als Entgelt verbucht, was zu einer Reduktion der Entgelte 2009 gegenüber dem Budget 2008 führt. Durch die Fusion mit der Stadtpolizei übernehmen wird ab 2010 Entgelte von 11,3 Millionen Franken. Dadurch und durch höhere Umsätze unserer zentralen Einkaufsstelle wachsen die Entgelte mit 14,9 Prozent deutlich überdurchschnittlich (IFAP 2009-2013 12,7 %). Die Mitfinanzierung unserer Staatsbeiträge durch Bund und Gemeinden (z.B. soziale Einrichtungen, Ergänzungsleistungen) sowie höhere Anteile an der direkten Bundessteuer und dem Ressourcenausgleich des neuen bundesstaatlichen Finanzausgleichs führen dazu, dass die Beiträge und Anteile zwischen 2009 und 2013 um 111,5 Millionen Franken oder 10 Prozent zunehmen (IFAP 2009-2013 9 %). Wir haben im Budget 2009 13,2 Millionen Franken für Fusions- und Sonderbeiträge an die Gemeinden eingestellt. Im gleichen Umfang haben wir Fondsentnahmen budgetiert. Der Rückgang dieser Fondsentnahme auf 4 Millionen Franken jährlich ab 2010 ist der Hauptgrund dafür, dass die übrigen Erträge in den Jahren 2010 bis 2013 unter dem Budget 2009 liegen.

Entwicklung des Ertrags der Laufenden Rechnung nach Kostenarten



V. Finanzpolitische Beurteilung

Ihr Rat hat den IFAP 2009-2013 aufgrund der schlechten Finanzperspektiven und der drohenden Neuverschuldung mit Kantonsratsbeschluss vom 3. November 2008 zurückgewiesen. Sie haben damit das Finanzleitbild bestätigt.

In der Zwischenzeit haben wir folgende Verbesserungen der mittelfristigen Planung umgesetzt:

- Nachtrag zum Budget 2009 mit grösstenteils nachhaltigen Sparmassnahmen
- Neue Datenerhebung bei den Departementen und eine restriktive Praxis zur Berücksichtigung von Kostenwachstum bei bestehenden und Übernahme von neuen Aufgaben
- Berücksichtigung neuer Erkenntnisse aus der Rechnung 2008

Dank diesen Anstrengungen werden wir ein Budget 2010 ohne Neuverschuldung präsentieren können.

Auch die mittelfristigen Perspektiven haben sich merklich verbessert.

Die gegenüber dem Budget 2008 deutlich besseren Steuererträge bekräftigen uns in unserer Steuerpolitik, mit kontinuierlichen Steuersenkungen das Steuersubstrat langfristig zu erhöhen. Der Kantonsrat hat die Steuergesetzrevision 2011 im Wesentlichen gemäss unserer Botschaft verabschiedet. Die geplanten Entlastungen für Familien, mittlere Einkommen und Unternehmen werden realisiert. Damit kann der Kanton Luzern seine Standortattraktivität weiter erhöhen.

Gemäss Finanzleitbild 2006 sind die Laufenden Rechnungen ausgeglichen zu gestalten und auf neue Schulden ist zu verzichten. Das Finanzhaushaltsgesetz begrenzt den budgetierten Aufwandüberschuss auf 4 Prozent des Bruttoertrags einer Steuereinheit und verlangt einen budgetierten Selbstfinanzierungsgrad von mindestens 80 Prozent. In den Budgets 2009 und 2010 können wir diese Ziele dank den seit November 2008 umgesetzten Schritten realisieren. Der kurzfristige Handlungsspielraum ist mit diesen Massnahmen ausgeschöpft. Gleichzeitig zeigt die vorliegende Planung, dass wir ohne weitere Gegenmassnahmen ab 2011 mit einer Neuverschuldung rechnen müssten. Diese soll vermieden oder gegenüber der bisherigen Planung reduziert werden. Wir haben deshalb das Finanzdepartement mit der Ausarbeitung eines Entlastungspakets 2011 beauftragt. Damit sollen nachhaltige Einsparungen von jährlich 35 Millionen Franken ab dem Jahr 2011 realisiert werden. Im Entlastungspaket 2011 soll gleichzeitig die Transparenz in einigen heiklen Aufgabenbereichen erhöht werden. Das Entlastungspaket 2011 besteht aus folgenden Teilen:

1. Überprüfung der Leistungsaufträge (Einsparungen in der Verwaltung und den kantonalen Schulen)
2. Überprüfung der Staatsbeiträge (Einsparungen durch Kürzungen, Streichungen, gesetzlichen Anpassungen und neuen Begrenzungssystemen)

3. Immobilienstrategie (Reduktion des Planungsüberhangs und Senkung der laufenden Kosten)
4. Transparenz zur 2012 in Kraft tretenden neuen Spitalfinanzierung

Gesetzesänderungen zu den Entlastungsmassnahmen sind möglich und vorgesehen. Wir werden Ihrem Rat in einer Sammelbotschaft diese Gesetzesänderungen und die Massnahmen in unserer Kompetenz unterbreiten. Im Entlastungspaket 2011 gilt es den beiden wichtigen Anspruchsgruppen Personal und Gemeinden besondere Beachtung zu schenken. Die Gemeinden sollen durch Einsparungen bei Verbundaufgaben aus dem Entlastungspaket 2011 ebenfalls entlastet werden.

Wir wollen mit Hilfe des Entlastungspakets 2011 und unserer restriktiven Finanzpolitik die Ziele des Finanzleitbilds 2006 auch in den nächsten Jahren erreichen. Dies bedingt jedoch die Bereitschaft, auch unpopuläre Massnahmen mitzutragen und das Gesamtinteresse des gesunden Staatshaushalts vor den Einzelinteressen von ausgewählten Anspruchsgruppen zu stellen.

VI. Funktion und Bedeutung des IFAP

1. Grundsätzliches

Der Integrierte Finanz- und Aufgabenplan (IFAP) ist seit 2002 das Instrument für die mittelfristige Planung. Er ist vorab eine Auslegeordnung. Er zeigt zusammenfassend die finanziellen Auswirkungen der bereits beschlossenen Projekte, der Bundespolitik sowie der eigenen Steuerpolitik und orientiert über zusätzlich geplante Vorhaben und deren mutmassliche Kosten. Der IFAP dient der Regierung und dem Kantonsrat dazu, Prioritäten zu setzen und die im Legislaturprogramm und im Finanzleitbild formulierten übergeordneten Ziele zu erreichen.

Wir zeigen im IFAP die voraussichtliche Entwicklung der zehn staatlichen Hauptaufgaben. Zu jeder Hauptaufgabe finden Sie einen Berichtsteil und einen Zahlenteil.

Die Rahmenbedingungen können von einem Voranschlagsjahr zum nächsten erheblich ändern. Dies gilt für die volkswirtschaftlichen Annahmen wie auch für die Auswirkungen der Bundespolitik. Auch die politische Meinung der Entscheidungsträger kann ändern. Im Weiteren beruhen die Kosten sämtlicher Projekte und Investitionen auf Schätzungen. Je weiter der Planungshorizont, desto mehr handelt es sich bei den Planzahlen um blosse Leitplanken.

Die im Text erwähnten Zahlen zu den geplanten Vorhaben dienen der zusätzlichen Information. Sie sind in den Berechnungen des IFAP 2009–2013 aber noch nicht enthalten. Über die von den Departementen geplanten Vorhaben haben wir grösstenteils noch keine politischen Diskussionen geführt. Wir führen diese Vorhaben im Text dennoch auf. Dies ergibt einen besseren Überblick und erlaubt unserem und Ihrem Rat, rechtzeitig Schwerpunkte zu setzen. Erfahrungsgemäss wird ein grosser Teil der geplanten Projekte realisiert. Da diese nicht eingerechnet sind, sind der geplanten Aufwand und die geplanten Ausgaben in den Planjahren tendenziell eher zu tief.

Sie können den IFAP genehmigen, teilweise genehmigen oder nicht genehmigen. Sie können auch Bemerkungen beschliessen, im Beschluss konkrete Aufträge für die weitere Planung festhalten und zu einzelnen Vorhaben parlamentarische Vorstösse einreichen. Da es sich beim IFAP um einen Planungsbericht handelt, stellt die Genehmigung keine Bewilligung konkreter Projekte dar. Mit der Genehmigung geben Sie lediglich zum Ausdruck, dass Sie mit der allgemeinen Stossrichtung einverstanden sind. Für Vorhaben, die in Ihre Zuständigkeit fallen, werden wir Ihnen separate Vorlagen unterbreiten.

2. Vorgehen zur Erstellung des neuen IFAP 2009-2013

Grundsätzlich handelt es sich beim IFAP um eine jährliche rollende Mittelfristplanung. Am 3. November 2008 hat der Kantonsrat den IFAP 2009-2013 an den Regierungsrat zurückgewiesen und für die Mai-session 2009 einen neuen IFAP 2009-2013 verlangt. Zur Erstellung des Dokuments „Neuer IFAP 2009-2013“ hat das Finanzdepartement eine vollständige Datenerhebung bei und deren Besprechung mit den Departementen durchgeführt. Mittels einer restriktiven Berücksichtigung von Projekten konnte eine Verbesserung gegenüber der Planung vom Herbst 2008 erreicht werden. Zusätzlich zu den aktualisierten mittelfristigen Perspektiven sind folgende Daten in den neuen IFAP 2009-2013 eingeflossen:

- Nachhaltige Veränderungen aus der Staatsrechnung 2008, soweit sie in der bisherigen Planung noch nicht berücksichtigt waren
- Reduzierter Zuwachs der Steuererträge aufgrund der verschlechterten Konjunkturprognosen 2009 und 2010
- Steuergesetzrevision 2011 gemäss Beschlüssen des Kantonsrates
- Weitere aktuelle Erkenntnisse

Im Teil VII. Aufgaben und Finanzen ist pro Hauptaufgabenbereich je für die Laufende Rechnung, die Investitionsrechnung und die Staatsbeiträge ein Vergleich des Aufwands und des Ertrags zwischen dem IFAP 2009-2013 und dem neuen IFAP 2009-2013 enthalten.

3. Ausblick

Wir haben in der Motion M 55 von Herbert Widmer über eine Revision des Finanzhaushaltgesetzes in Aussicht gestellt, nach Abschluss des interkantonalen Projekts „Revision der Rechnungslegung der Kantone und Gemeinden (HRM2)“ das Finanzhaushaltgesetz zu überarbeiten. Wir haben dieses Projekt im September 2007 gestartet. Nebst der Rechnungslegung im engeren Sinn wollen wir auch die Steuerungs- und Planungsinstrumente anpassen. Wir beabsichtigen, die beiden Instrumente IFAP und Voranschlag zu einem Dokument zusammenzuführen. Im Zentrum der Planung und Steuerung sollen die zehn Hauptaufgabenbereiche und rund 40 bis 45 Aufgabenbereiche stehen. Wir werden im 2. Quartal 2009 die Vernehmlassungsbotschaft zur Totalrevision des Finanzhaushaltgesetzes verabschieden.

VII. Aufgaben und Finanzen

Übersicht

In Mio. Franken	R2007	R2008	B2009 ¹	2010	2011	2012	2013	% ²
Laufende Rechnung								
Gesamte Verwaltung								
Aufwand	3'403.5	3'092.0	3'071.2	3'119.0	3'173.7	3'247.7	3'292.9	7.2%
Ertrag	3'600.5	3'285.6	3'122.7	3'187.1	3'188.8	3'220.7	3'290.4	5.4%
Aufwand-/Ertragsüberschuss	-197.0	-193.6	-51.5	-68.1	-15.1	27.0	2.5	
Investitionsrechnung								
Gesamte Verwaltung								
Ausgaben	384.6	301.7	300.7	319.6	277.7	281.0	244.4	-18.7%
Einnahmen	207.5	117.3	117.6	117.1	85.5	86.8	61.6	-47.6%
Ausgaben-/Einnahmenüberschuss	177.1	184.4	183.1	202.5	192.3	194.2	182.7	
Staatsbeiträge								
Gesamte Verwaltung								
Laufende Rechnung								
Aufwand	1'120.1	1'407.3	1'434.4	1'466.0	1'498.0	1'550.4	1'573.2	9.7%
Ertrag	573.2	510.5	523.1	533.5	545.8	553.5	562.2	7.5%
Aufwand-/Ertragsüberschuss	546.9	896.9	911.3	932.5	952.3	996.9	1'011.0	
Investitionsrechnung								
Aufwand	28.1	32.1	33.5	40.1	32.1	35.8	34.8	4.1%
Ertrag	154.0	93.3	98.1	97.6	65.9	67.2	42.1	-57.1%
Aufwand-/Ertragsüberschuss	-125.9	-61.2	-64.6	-57.5	-33.8	-31.4	-7.2	

1 Die Zahlen für das Budget 2009 entsprechen dem vom Kantonsrat am 1.12.2008 verabschiedeten Voranschlag 2009 (Botschaft B 70 vom 19.8.2008 und Ergänzungsbotschaft B 70a vom 11.11.2008). Somit ergeben sich Differenzen zu den Zahlen für das Budget 2009, wie sie im ordentlichen IFAP 2009-2013 enthalten waren (der ordentliche IFAP wird jeweils zusammen mit dem Entwurf zum Voranschlag erstellt).

2 Diese Spalte zeigt in dieser und in allen nachfolgenden Zeitreihenvergleichen immer die Veränderung zwischen den Jahren 2009 und 2013 in Prozenten.

0 Allgemeine Verwaltung Neuer IFAP 2009-2013

Grundauftrag und Veränderungen

Grundauftrag, Legislaturprogramm und generelle Entwicklung

Grundauftrag

01 Legislative und Exekutive

- Führung des Kantons Luzern durch Parlament und Regierung.

02 Allgemeine Verwaltung

- Unterstützung der Regierung bei der Verwaltungsführung und des Kantonsrates bei seiner Aufsicht über die staatliche Verwaltung.
- Bereitstellung und Erbringung von zentralen Dienstleistungen für Parlament, Regierung und Verwaltung sowie für Gemeinden und Öffentlichkeit.

03 Leistungen Pensionierte

- Sicherstellung der Pensionsordnung für Magistraten.

09 Nicht aufteilbare Aufgaben

- Bewirtschaftung sämtlicher staatlicher Immobilien des Kantons.

Zuteilung der Leistungsgruppen und Dienststellen zu den Aufgabenbereichen

Aufgabe (Nr. und Bezeichnung)	Leistungsgruppe	Dienststelle(n)	Departement
01 Legislative und Exekutive	Kantonsrat	Staatskanzlei	SK
	Regierungsrat	Staatskanzlei	SK
02 Allgemeine Verwaltung	Finanzkontrolle	Finanzkontrolle	SK
	Publikationen	Staatskanzlei	SK
	Departementssekretariat	Departementssekretariat	BUWD
	Departementsführung und Dienstleistungen Departementssekretariat	Departementssekretariat FD	FD
	Ertrag aus Leistungsgruppe Sonderbereich	Departementssekretariat FD	FD
	Finanzen	Dienststelle Finanzen	FD
	Verschiedene Positionen aus der Leistungsgruppe „Sonderbereiche“	Dienststelle Finanzen	FD
	Personalmanagement	Dienststelle Personal	FD
	Sonderbereich Personal	Dienststelle Personal	FD
	Informatik	Dienststelle Informatik	FD
	ERP-Systeme	Dienststelle Informatik	FD
	Dienststelle Steuern	Dienststelle Steuern	FD
	Bau- und Immobilienmanagement	Dienststelle Immobilien	FD
	Departementssekretariat	Departementssekretariat JSD	JSD
	Regierungsstatthalter	Regierungsstatthalter	JSD
	Amt für Gemeinden	Amt für Gemeinden	JSD
	Dienstleistungen	Staatsarchiv	JSD
	Forschen und Publizieren	Staatsarchiv	JSD
	Abschreibungen auf Strassen	Verkehr und Infrastruktur	BUWD
	Ertrag Motorfahrzeugsteuern und Aufwand für Übertrag Steuern	Strassenverkehrsamt	JSD
03 Leistungen Pensionierte	Sonderbereich, Teil Renten für Magistratspersonen	Dienststelle Finanzen	FD
09 Nicht aufteilbare Aufgaben	Staats- und Mietliegenschaften	Dienststelle Immobilien	FD

Legislaturprogramm 2007-2011

Der Kanton konzentriert sich auf seine Hauptaufgaben und hält an der im Rahmen der Finanzreform 08 beschlossenen Aufgabenverteilung zwischen Kanton und Gemeinden fest. Bei der Auslagerung von Aufgaben gibt er klare strategische Ziele vor. Er überprüft die Zielerreichung und passt seine Finanzierung an. Er nutzt die neuen Technologien und kommuniziert verständlich. Er ist ein vorbildlicher Arbeitgeber und setzt sich für familienfreundliche Arbeitsbedingungen ein.

Wir sind bereit, kantonale Strukturen und Abläufe auf nationale Bedürfnisse abzustimmen, sofern dies der Interessenwahrung unseres Landes dient. Wir werden nationale Lösungen für Probleme, welche die Leistungsfähigkeit der Kantone übersteigen, mittragen (Spitzenmedizin, Bildung, internationales Verbrechen, Ausschreitungen bei Sportveranstaltungen usw.).

Moderne Staatsorganisation

In den vergangenen Jahren haben wir neue Führungsinstrumente eingeführt, Prozesse optimiert und unternehmerisches Denken in der Verwaltung verankert. Mit der Umsetzung der neuen Verfassung und der verwaltungsinternen Reformen wird der Kanton Luzern über eine moderne Staatsorganisation verfügen, die Gewähr dafür bietet, dass wir unsere Ziele ohne unnötigen Aufwand erreichen. Nach Inkrafttreten des kantonalen Statistikgesetzes Mitte 2006 und mit der Verabschiedung des statistischen Mehrjahresprogramms 2007 – 2011 werden sich unsere Entscheidungsgrundlagen erheblich verbessern. Insbesondere die jährliche kantonale Einwohnerbefragung wird uns besseren Aufschluss über Ansichten und Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger geben.

Interkantonale Zusammenarbeit mit Aargau und Zürich vertiefen

Wir haben die interkantonale Zusammenarbeit des Kantons neu ausgerichtet und orientieren uns stärker Richtung Norden, ohne dabei auf die enge und bewährte Kooperation mit den Zentralschweizer Kantonen zu verzichten. Mit der beabsichtigten Bildung einer starken Stadtregion Luzern wird Luzern als Zentrum für die Zentralschweiz noch wichtiger.

Die Wachstumsregionen des Kantons liegen auf den Achsen Luzern-Rontal-Zug-Zürich und Luzern-Sursee-Aargau-Basel. Die Bevölkerung der Regionen Sursee, Wiggertal und teilweise des Seetals orientiert sich stark Richtung Aargau. Wir haben deshalb mit dem Regierungsrat des Kantons Aargau vereinbart, die Zusammenarbeit zwischen den beiden Kantonen zu vertiefen und zu konkretisieren, nicht zuletzt um die gemeinsamen Interessen gegenüber dem Bund und den anderen Kantonen wirkungsvoller durchzusetzen.

Die Grossagglomeration Zürich übt mit ihrer wirtschaftlichen Stärke und Dynamik eine spürbare Sogwirkung auf Teile des Kantons Luzern aus. Aus unserem Kanton pendeln täglich über 10'000 Personen in den Raum Zug-Zürich. Demgegenüber sind gute Wohnlagen im Seetal oder rund um das Luzerner Seebcken für Personen aus dem Raum Zug-Zürich sehr attraktiv. Die Positionierung von Luzern als Kulturstadt hat zu einer weiteren Intensivierung der Beziehungen beigetragen, so stammen beispielsweise 17 Prozent der Besucherinnen und Besucher des Lucerne Festivals aus dem Kanton Zürich. Mit der Mitgliedschaft in der Metropolitankonferenz Zürich wollen wir die Zusammenarbeit mit diesem Raum systematisch aufbauen.

Wachstum für den ländlichen Raum

Mit der Gemeindereform 2000+ und dem neuen Finanzausgleich will der Kanton die Gemeinden stärken. Durch Gemeindefusionen und neue Zusammenarbeitsmodelle sollen effiziente Verwaltungsstrukturen geschaffen werden, die in der Lage sind, ihre Mittel selbstständig einzusetzen und auch für anspruchsvolle Probleme Lösungen zu finden. Isolierte Zusammenschlüsse von Luzerner Gemeinden mit Gemeinden anderer Kantone lehnen wir weiterhin ab.

Wir wollen die Gemeindereform 2000+ weiterführen und das regionale Denken stärken. Mit den Instrumenten und Mitteln der Neuen Regionalpolitik (NRP) sollen gezielt Wertschöpfungsprozesse angeschoben und Wachstumsimpulse für den ländlichen Raum ausgelöst werden.

Starke Zentren für eine starke Landschaft

Luzern und Littau haben beschlossen, ihre Gemeinden zusammenzuschliessen. Diese Absicht ist richtig, aber nur ein erster Schritt. Wir sind überzeugt, dass eine neue, starke Stadtgemeinde langfristig nur dann erfolgreich sein wird, wenn sie zwischen 100'000 und 150'000 Einwohnerinnen und Einwohner hat und über ein entsprechend grosses Stadtgebiet verfügt. Wir werden uns daher an Kosten für die Vereinigung der Nachbargemeinden mit der Stadt Luzern beteiligen.

Die Region Sursee wächst wirtschaftlich stark. In den engen Gemeindegrenzen wird dieses Wachstum behindert. Es besteht die Gefahr, dass Unternehmen auf Ansiedlungen und Betriebserweiterungen verzichten oder in andere Kantone ausweichen. Der Kanton hat ein vitales Interesse an einem starken wirtschaftlichen Zentrum auf der Landschaft, von dem alle Landgemeinden profitieren. Wir wollen deshalb auch den Zusammenschluss der Gemeinden im Raum Sursee zu einer starken Stadtgemeinde finanziell unterstützen.

Bemerkung des Kantonsrates zum Legislaturprogramm 2007-2011

1. Die vom Rat verabschiedeten Planungsberichte zu einzelnen Politikbereichen bilden integrierenden Bestandteil des Legislaturprogramms.

Generelle Entwicklung

01 Legislative und Exekutive

Statistisches Mehrjahresprogramm; jährliche Bürgerbefragung; neue IT-Lösung für das Kantonsblatt und die Systematische Rechts-sammlung (SRL); Anpassung/Verbesserung Kantonsratsportal; 2011 Wahlen in den Kantonsrat und in den Regierungsrat.

02 Allgemeine Verwaltung

- Informatikorganisation und -finanzierung prüfen und an die Informatikgesamtstrategie für die kantonale Verwaltung anpassen.
- Forcierung eines durchgängigen und möglichst flächendeckenden Einsatzes von SAP R/3 im Finanz- und Logistikbereich (Ablösung von Alt-Systemen). Standardaufgaben und -prozesse im Rechnungswesen sollen zentral gelöst werden (Shared Service Center).
- Umsetzung der Agglomoplitik und der Politik des ländlichen Raumes.
- Erhöhung der Anzahl Lehrstellen in der kantonalen Verwaltung.
- Förderung familienfreundlicher Arbeitsbedingungen und Kinderbetreuungsplätze.
- Totalrevision Finanzhaushaltgesetz
- Standardisierungen und Vereinfachungen im Steuerwesen, insbesondere Aufbau einer zentralen Steuerlösung für den Kanton und die Gemeinden

03 Leistungen Pensionierte

- Die Magistratenpensionsordnung wurde in die LUPK überführt. Die ausbezahlten Rentenleistungen werden stetig abnehmen.
- Die Anpassung der Renten an die Teuerung erfolgt für die altrechtlich pensionierten Magistratspersonen analog zur LUPK- Rentenpassung und ist nicht mehr an den Lohnzuwachs des Staatspersonals gekoppelt.

09 Nicht aufteilbare Aufgaben <ul style="list-style-type: none"> - Prüfung Liegenschaftsportfolio und Verkauf/Desinvestition von nicht benötigten Liegenschaften des Finanzvermögens - Für die Universität Luzern wird das erworbene "Postgebäude" umgebaut. Der Bezug ist in den Jahren 2010/2011 geplant. - Umsetzung Planungsbericht Spitalbauten. 					
Indikatoren und Kenngrössen					
01 Legistative und Exekutive Zustellung Kommissionsunterlagen KR 14 Tage vor Sitzung	2009	2010	2011	2012	2013
02 Allgemeine Verwaltung Gemeindeentwicklung: Anzahl Gemeinden Gesamtzahl Arbeitsplätze in der kant. Verwaltung für die Eingliederung Erwerbsbehinderter	88 50	87 50	< 87 50	< 87 50	< 87 50
03 Leistungen Pensionierte Anzahl ausbezahlt Renten an Magistratspersonen	< 44	< 44	< 44	< 44	< 44
09 Nicht aufteilbare Aufgaben m ² -Fläche eigene Liegenschaften (ohne Spitäler) m ² -Fläche Zumietungen (ohne Turnhallen) Mietzinse der externen Mieten Anzahl staatseigene Gebäude	289'140 54'565 26'650'000 636	Nach der Einführung der Vollkostenrechnung ab Budget 2008 läuft zurzeit die Erarbeitung einer Immobilienstrategie. Diese soll 2009 durch die Regierung verabschiedet werden. Erst mit diesem Instrument werden SOLL-Werte festgelegt werden können.			
Finanzielle Veränderungen gegenüber dem IFAP 2009-2013					
Laufende Rechnung	2009	2010	2011	2012	2013
- Aufwand IFAP 2009-2013 Neuer IFAP 2009-2013 Veränderung	394.6 399.9 -5.3	381.6 370.9 10.7	385.7 374.4 11.3	388.2 377.5 10.7	391.1 380.1 11.0
- Ertrag IFAP 2009-2013 Neuer IFAP 2009-2013 Veränderung	284.1 284.6 -0.5	276.3 277.4 -1.1	277.9 279.5 -1.6	279.5 281.6 -2.1	281.1 283.7 -2.6
Begründung:					
<ul style="list-style-type: none"> - Ein Sparbeitrag von 10,5 Millionen Franken, welcher 2010 von den Departementen (inkl. Staatskanzlei und Gerichte) anteilmässig getragen wird und nachhaltigen Charakter hat, wurde zentral eingestellt. - Mehrertrag Motorfahrzeugsteuer: Wir rechnen mit einem Zuwachs von jährlich 2 Prozent oder rund 1,8 Millionen Franken (im IFAP 2009-2013 haben wir mit einem Zuwachs von 1,5 % gerechnet). 					
Investitionsrechnung	2009	2010	2011	2012	2013
- Ausgaben IFAP 2009-2013 Neuer IFAP 2009-2013 Veränderung	11.8 11.6 0.2	13.4 14.0 -0.6	11.9 12.5 -0.6	11.9 12.1 -0.2	9.9 9.9 0.0
- Einnahmen IFAP 2009-2013 Neuer IFAP 2009-2013 Veränderung	0.5 0.5 0.0	0.0 0.6 -0.6	0.0 0.6 -0.6	0.0 0.2 -0.2	0.0 0.0 0.0
Begründung:					
Neu werden die Investitionen für kantonale Hochbauten brutto verbucht, davon werden 4 Prozent der allgemeinen Verwaltung zugeordnet. Den Mehrausgaben stehen Mehreinnahmen im selben Umfang gegenüber.					
Staatsbeiträge gesamt	2009	2010	2011	2012	2013
- Aufwand/Ausgaben IFAP 2009-2013 Neuer IFAP 2009-2013 Veränderung	23.5 23.5 0.0	14.8 14.9 -0.1	15.1 15.2 -0.1	15.2 15.3 -0.1	15.1 15.3 -0.2
- Ertrag/Einnahmen IFAP 2009-2013 Neuer IFAP 2009-2013 Veränderung	13.8 13.8 0.0	0.8 14.4 -13.6	0.8 14.4 -13.6	0.8 4.9 -4.1	0.8 0.2 0.6
Begründung:					
Durch die Bruttoverbuchung der eingehenden Investitionsbeiträge für kantonale Hochbauten ergeben sich Mehrerträge. Die Mehreinnahmen betreffen den Bundesbeitrag für den Umbau des Postbetriebsgebäudes (Universität, PHZ).					

Vorhaben und Projekte				
		Realisierungszeitraum (Jahre)	Gesamte Projektkosten / Veränderung Betriebskosten 2010-2013 in Mio. Franken	Investitionskosten 2010-2013 in Mio. Franken
Beschlossene / eingerechnete Vorhaben				
0.1.1/09 Höhere Beiträge an LUSTAT (Folgekosten Registerharmonisierung)	2010-2013	3,3		
0.1.2/09 Mehrkosten aus Reorganisation der Staatskanzlei	2010-2013	0,8		
0.1.3/09 Höhere Betriebskosten Informatik (u.a. LuTax)	2010-2013	4,8		
0.1.4/09 Erhöhung Informatik-Poolkredit FD, insbesondere zur Realisierung der zentralen Steuerlösung LuTax	2010-2013		4,3	
0.1.5/09 Mehrkosten durch kantonale und eidgenössische Wahlen	2011	0,6		
0.1.6/09 Veränderungen im Bereich der Gemeindeentwicklung				
	2009 2010 2011 2012 2013			
Entnahme Sonderbeiträge	9,9	4	4	4
Entnahme Gemeindebeiträge	3,4	0	0	0
Ausbezahlte Beiträge	13,6	4,3	4,3	4,3
0.1.7/09 Netto-Investitionen kantonale Hochbauten jährlich 74 Mio. Fr. (siehe Details im Anhang)	2010-2013		22,0	
Geplante Vorhaben (nicht eingerechnet)				
0.2.1/09 Internet-Steuererklärung	2010-2013		3,6	
Gesetzesänderungen				
0.3.1/09 Revision Haftungsgesetz	2008-2009			
0.3.2/09 Revision Finanzhaushaltgesetz	2008-2010			
0.3.3/09 Finanzreform 08, Aufgaben Priorität C	2007-2009			
0.3.4/09 Registergesetz	2009			
0.3.5/09 Gesetzliche Grundlagen zur Finanzierung von Gemeindefusionen (vgl. auch B51, M132 und M159)	2010			

		Realisierungszeitraum (Jahre)	Gesamte Projektkosten / Veränderung Betriebskosten 2010-2013 in Mio. Franken
Hochbauprojekte	Keine		
Weitere Umsetzungsmassnahmen zum Legislaturprogramm 2007-2011			
0.5.1/09	Registerharmonisierung basierend auf dem eidg. Registerharmonisierungsgesetz und Aufbau von zentralen Registern (Einwohner-, Gebäude- und Wohnungsregister)	2009-2011	
0.5.2/09	Umsetzung neue Kantonsverfassung (Neueinteilung der Verwaltungs- und Gerichtskreise sowie der Wahlkreise)	2008-2010	
0.5.3/09	Neuausrichtung Amt für Gemeinden und Regierungsstatthalter	2008-2010	
0.5.4/09	Moderation und Unterstützung des Prozesses "Starke Stadtregion Luzern"	2008 ff.	
0.5.5/09	Moderation und Unterstützung des Prozesses "Region Sursee"	2008 ff.	
0.5.6/09	Klärung e-Voting im Kanton Luzern / Umsetzungsvorlage	2008-2010	
0.5.7/09	Strategieentwicklung der interkantonalen Zusammenarbeit	2008-2013	

(in Mio. Franken)

Laufende Rechnung	R2007	R2008	B2009	2010	2011	2012	2013	%
Aufwand	354.5	379.3	399.9	370.9	374.4	377.5	380.1	-5.0%
Ertrag	326.2	288.5	284.6	277.4	279.5	281.6	283.7	-0.3%
Aufwand-/Ertragsüberschuss	28.3	90.8	115.4	93.5	94.9	95.9	96.4	
01 Legislative und Exekutive								
Aufwand	8.5	8.6	8.2	8.6	8.8	8.9	9.0	
Ertrag	2.0	1.9	1.9	1.9	2.0	2.0	2.0	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	6.5	6.7	6.2	6.7	6.8	6.9	7.0	
02 Allgemeine Verwaltung								
Aufwand	248.4	258.0	275.7	256.2	259.1	261.7	263.7	
Ertrag	182.2	148.1	150.3	143.1	145.1	147.2	149.2	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	66.2	109.9	125.4	113.1	114.0	114.5	114.5	
03 Leistungen für Pensionierte								
Aufwand	4.5	4.8	4.7	4.7	4.8	4.9	4.9	
Ertrag	0.1	0.1	0.1	0.1	0.1	0.1	0.1	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	4.4	4.6	4.5	4.6	4.7	4.7	4.8	
09 Nicht aufteilbare Aufgaben								
Aufwand	93.0	107.9	111.4	101.3	101.7	102.1	102.5	
Ertrag	141.9	138.3	132.2	132.3	132.3	132.3	132.4	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	-48.9	-30.4	-20.8	-31.0	-30.6	-30.2	-29.9	
Investitionsrechnung	R2007	R2008	B2009	2010	2011	2012	2013	%
Ausgaben	9.9	10.3	11.6	14.0	12.5	12.1	9.9	-14.0%
Einnahmen	2.3	0.3	0.5	0.6	0.6	0.2	0.0	-99.3%
Ausgaben-/Einnahmenüberschuss	7.7	10.0	11.0	13.4	11.9	11.9	9.9	
Staatsbeiträge	R2007	R2008	B2009	2010	2011	2012	2013	%
Laufende Rechnung								
Aufwand	1.6	13.6	23.5	14.9	15.2	15.3	15.3	-35.0%
Ertrag	1.7	0.1	0.1	0.1	0.1	0.1	0.1	0.0%
Aufwand-/Ertragsüberschuss	-0.1	13.4	23.4	14.8	15.1	15.2	15.2	
Investitionsrechnung								
Ausgaben	-	-	-	-	-	-	-	-
Einnahmen	26.9	7.1	13.7	14.3	14.3	4.8	0.1	-99.3%
Aufwand-/Ertragsüberschuss	-26.9	-7.1	-13.7	-14.3	-14.3	-4.8	-0.1	

1 Öffentliche Sicherheit

Neuer IFAP 2009-2013

Grundauftrag und Veränderungen

Grundauftrag, Legislaturprogramm und generelle Entwicklung

Grundauftrag

10 Rechtsaufsicht

- Sicherstellung der Rechtsaufsicht

11 Polizei

- Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung (inkl. Strassenverkehr)

12 Rechtsprechung

- Beurteilung von Rechtssachen
- Wahrnehmen der Dienstaufsicht bei diversen Dienststellen

13 Strafvollzug

- Vornahme des Vollzugs

15 Militärische Landesverteidigung

- Unterstützungsauflagen im Militärbereich (Bundesaufgabe)

16 Zivile Landesverteidigung

- Zivilschutzpersonal- und Schutzraumplanung
- Leitung des kantonalen Krisenstabs

Zuteilung der Leistungsgruppen und Dienststellen zu den Aufgabenbereichen

Aufgabe (Nr. und Bezeichnung)	Leistungsgruppe	Dienststelle(n)	Departement
10 Rechtsaufsicht	Geoinformation	Dienststelle rawi	BUWD
	Grundbuchwesen	Grundbuchwesen	Gerichte
	Gastgewerbe und Gewerbepolizei, Teil Gastgewerbe	Polizei	JSD
	Schllichtungsbehörde für Miete und Pacht	Schllichtungsbehörde für Miete und Pacht	JSD
	Handelsregisteramt	Handelsregisteramt	JSD
	Aufenthalt und Niedergelassene	Amt für Migration	JSD
	Asyl	Amt für Migration	JSD
	Konkursämter	Konkursämter	Gerichte
11 Polizei	Technische Verkehrssicherheit	Strassenverkehrsamt	JSD
	Administrative Verkehrssicherheit	Strassenverkehrsamt	JSD
	Verkehrs- und Schiffssteuern (ohne Ertrag und Übertrag Motorfahrzeugsteuer)	Strassenverkehrsamt	JSD
	Gewerbliche Leistungen	Strassenverkehrsamt	JSD
	Kriminalpolizeiliche Leistungen	Kantonspolizei	JSD
	Verkehrspolizeiliche Leistungen	Kantonspolizei	JSD
	Sicherheitspolizeiliche Leistungen	Kantonspolizei	JSD
	Gastgewerbe und Gewerbepolizei, Teil Gewerbepolizei	Kantonspolizei	JSD
	Zentralschweizerische Polizeischule	Kantonspolizei	JSD
12 Rechtsprechung	Staatsanwaltschaft	Strafverfolgungsbehörden	JSD
	5 Amtstatthalterämter	Strafverfolgungsbehörden	JSD
	Jugendanwaltschaft	Strafverfolgungsbehörden	JSD
	Obergericht und angegliederte Kommissionen	Obergericht	Gerichte
	Erstinstanzliche Gerichte in Zivil- und Strafsachen	Erstinstanzliche Gerichte in Zivil- und Strafsachen	Gerichte
	Verwaltungsgericht und Schätzungscommission	Verwaltungsgericht und Schätzungscommission	Gerichte
13 Strafvollzug	Grosshof	Dienststelle Militär, Zivilschutz und Justizvollzug	JSD
	Strafanstalt Wauwilermoos	Dienststelle Militär, Zivilschutz und Justizvollzug	JSD
	Vollzugs- und Bewährungsdienste	Dienststelle Militär, Zivilschutz und Justizvollzug	JSD
15 Militärische Landesverteidigung	Militär und Zivilschutz, Teil Militär	Dienststelle Militär, Zivilschutz und Justizvollzug	JSD
16 Zivile Landesverteidigung	Militär und Zivilschutz, Teil Zivilschutz	Dienststelle Militär, Zivilschutz und Justizvollzug	JSD

Legislaturprogramm 2007-2011

Sicherheit ist ein wesentliches Element der Wettbewerbsfähigkeit eines Ortes oder einer Region. Die Luzernerinnen und Luzerner fühlen sich in der grossen Mehrheit sicher. Polizei und Strafverfolgungsbehörden leisten gute Arbeit. Die Krisen-Organisationen haben sich bewährt. Wir gehen davon aus, dass sich die Klimasituation auch bei uns verschärfen wird. Mit professionellen Risikoanalysen wollen wir sicherstellen, dass der Kanton Luzern in der Lage ist, Naturgefahren wirkungsvoll zu begegnen und grosse Schadeneignisse zu meistern.

Sicherheit ist indessen mehr als der Schutz von Leib und Leben. Menschen fühlen sich erst dann wirklich sicher, wenn sie sich auch in Entscheidungs- und Notsituationen tatsächlich und emotional auf Staat und Gesellschaft verlassen können. Dazu gehören zum Beispiel Zugangssicherheit zu staatlichen Leistungen, Planungssicherheit in der Altersvorsorge, Rechts- und Verfahrenssicherheit oder die Sicherheit, dass staatliche Leistungen qualitativ gut sind (Bildung, Gesundheit, Infrastrukturen). Wir berücksichtigen deshalb den Aspekt Sicherheit in allen Politikbereichen.

Sicherheit im öffentlichen Raum erhöhen

In den vergangenen Jahren haben Unsicherheit und Verschmutzung im öffentlichen Raum spürbar zugenommen. Dreckige Strassen und Plätze, mutwillige Beschädigungen, Nachtruhestörungen und Alkoholmissbrauch sorgen besonders in den städtischen Agglomerationen für Probleme. Die Gewaltbereitschaft nimmt im Umfeld von grossen Sportveranstaltungen ebenso zu wie unter Jugendlichen und in Familien.

Diese Entwicklungen wollen wir bekämpfen. Mit der Einführung der Wegweisung und des Rayonverbots, durch konsequente Ahndung von Regelverstößen, mit schnellen Verfahren und wirkungsvollen Strafen (gemeinnützige Arbeit anstelle von Bussen), mit Videoüberwachung zur Täteridentifizierung sowie mit einer verstärkten Präsenz der Sicherheitskräfte in den Problemgebieten werden wir die Sicherheit der Bevölkerung erhöhen. Dafür braucht die Polizei mehr Mittel und mehr Personal.

Wir begegnen den steigenden Anforderungen und Aufgaben an die Sicherheitskräfte mit der Reorganisation des Luzerner Polizeiwesens und unterstützen die Fusion der Stadtpolizei mit der Kantonspolizei.

Gewaltprävention verstärken

Gleichzeitig verstärken wir die Präventionsarbeit. In Anlehnung an die Kampagne der Schweizerischen Kriminalprävention entwickeln wir eine Präventionskampagne "Jugend und Gewalt". Einbezogen werden neben der Polizei und den Strafverfolgungsbehörden die Bereiche Bildung und Erziehung, Soziales, Gesellschaft und Gesundheit. Wichtig sind die Erziehung zu einem gewaltfreien Umgang bereits im Kindesalter sowie die entsprechende Elternbildung und Elternunterstützung.

Generelle Entwicklung

10 Rechtsaufsicht

Das Projekt zur Erneuerung der amtlichen Vermessung (AV) der Abteilung Geoinformation der Dienststelle rawi verläuft planmäßig (benötigter Finanzbedarf bis zur Fertigstellung = ca. 8 Mio. Franken). Die Verwaltung des Konzerndatensatzes der Geoinformation und die Einführung des neuen Geoinformationsgesetzes des Bundes bringen voraussichtlich neue Aufgaben.

11 Polizei

Der Fahrzeugbestand im Kanton Luzern wird bis Ende 2014 um rund 30'000 Fahrzeuge auf ca. 290'000 Fahrzeuge ansteigen. Um die gesetzlich vorgeschriebenen Prüfintervalle einhalten zu können, sind die Kapazitäten mit zusätzlicher Infrastruktur (fünf Prüfbahnen) und zusätzlichen Experten auszubauen. Zur Förderung des Kaufes von energieeffizienten und emissionsarmen Motorfahrzeugen sollen bei der Bemessung der Verkehrssteuer Ökokriterien zur Anwendung gelangen.

Die Entscheidungsgrundlagen zur Schaffung einer Luzerner Polizei liegen vor und wurden vom Regierungs- und Stadtrat in Form einer Absichtserklärung zustimmend verabschiedet. Nach dem Grossen Stadtrat hat auch der Kantonsrat, nach Einsicht in die Botschaft des Regierungsrates vom 15. April 2008, vom Planungsbericht über die Zusammenlegung der Stadtpolizei Luzern mit der Kantonspolizei (B 56) in zustimmenden Sinn Kenntnis genommen. Der Beschluss wurde veröffentlicht. Die Fusion erfolgt per 1.1.2010.

Der Kantonsrat beschliesst nach Einsicht in die Botschaft des Regierungsrates vom 22. April 2008 vom Planungsbericht über die Leistungen und Ressourcen der Kantonspolizei (B 58) wird Kenntnis genommen und der Beschluss ist zu veröffentlichen. Vorerst ist eine Aufstockung um 40 Stellen in den Jahren 2009 bis 2012 vorgesehen.

Die Planung des Sicherheitsfunknetzes Polycom zusammen mit anderen Dienststellen sowie den Organisationen des Bevölkerungsschutzes, welches schweizweit eingeführt wird, steht vor dem Abschluss. Laut RRB sollte das Funknetz in den Jahren 2010 und 2011 realisiert werden und verursacht dem Kanton Kosten in der Höhe von 39,2 Millionen Franken. Daran beteiligt sich der Bund mit 13,5 Millionen Franken.

Mit RRB Nr. 475 vom 22.04.2008 wurden für den Bau eines Sicherheitszentrums für die Bereitschafts- und Verkehrspolizei und Teilbereiche der Logistik im Verbund mit dem Amt für Militär und Zivilschutz in Sempach ein Planungskredit in der Höhe von 1,4 Millionen Franken gesprochen.

Der Staatsbeitrag gemäss § 27 Abs. 1 des Gastgewerbegegesetzes bzw. § 25 des Tourismusgesetzes wird von 65% auf 80% erhöht. Auf den 1. März 2010 erfolgt die Einführung der biometrischen Ausweise. Für das Erfassungszentrum sind die notwendigen Mehraufwände und Mehrerträge budgetiert.

12 Rechtsprechung

Rechtsweggarantie:

Ab 01. Januar 2009 wird die Rechtsweggarantie ihre Auswirkungen bringen. Der in der Folge sich entwickelnde Geschäftsgang wird aber erst nach einer gewissen Zeit ausreichend beurteilt werden können. Diese Tatsache schiebt die Einschätzung der personellen Voraussetzungen zeitlich hinaus. Deshalb kommen gegenüber dem IFAP 2008 - 2012 die mutmasslichen Neueingänge infolge der Rechtsweggarantie ab 01. Januar 2009 nicht zum Tragen. Andererseits muss aber eine kleine Erhöhung aufgrund der allgemeinen Zahlenentwicklung im Jahre 2008 vorgenommen werden. Parallel dazu prüft das Verwaltungsgericht in einem Projekt, ob mit Änderungen von gezielten Verfahrens- und Organisationsvorschriften die Zahl der erledigten Fälle erhöht werden kann.

Justizreform 2010:

Am 01.01.2011 werden höchstwahrscheinlich die schweizerische Zivilprozessordnung und die schweizerische Strafprozessordnung in Kraft treten. Auf den gleichen Zeitpunkt, evtl. etwas später, werden das Vormundschaftsrecht und das Immobiliarsachenrecht revidiert. Insbesondere die neuen Prozessordnungen bewirken einen grösseren Verfahrensaufwand und erfordern einen Ausbau und eine Strukturänderung der Gerichte. Zusätzlich muss ein Zwangsmassnahmegericht eingerichtet werden. Die Strafverfolgungsbehörden müssen vom Untersuchungsrichtermodell auf das Staatsanwaltsmodell umstellen. Wegen der grösseren Raumbedürfnisse sind Gebäudeerweiterungen oder Umzüge unumgänglich. Insgesamt ergibt sich bei den Zivil- und Strafgerichten wie auch bei den Strafverfolgungsbehörden eine deutliche Erhöhung des Personal- und Sachaufwandes.

13 Strafvollzug

Die Auswirkungen der Gesetzesänderungen im Strafvollzug auf die Auslastung der Gefängnisse ist noch ungewiss. Es kann nicht abschliessend beurteilt werden, ob es zu Anpassungen bei den Haftplätzen kommt.

15/ Militärische / zivile Landesverteidigung

16 Bei der Armeereform 2008 - 2011 wird keine Reduktion der Armeeangehörigen erfolgen. Die organisatorischen Anpassungen haben keine Auswirkungen auf die Dienststelle Militär, Zivilschutz und Strafvollzug.

Indikatoren und Kenngrössen	2009	2010	2011	2012	2013
10 Rechtsaufsicht					
Anzahl Grundbuchenmeldungen	21730	21730	21730	21730	21730
Anzahl Eintragungsgeschäfte Handelsregisteramt	6600	6700	6800	7000	7000
Anzahl Eingänge Konkursverfahren	376	376	376	376	376
Personen ständige ausländische Wohnbevölkerung	59550	60760	62000	63270	64560
Personen im Asylprozess	2000	2350	2400	2400	2400
11 Polizei					
Kantonspolizei: Interventionszeit unter 25 Minuten	90% 10	90% 10	90% 10	90% 10	90% 10
Kantonspolizei: Mittelwert der Interventionszeit in Minuten					
Kantonspolizei: Bewertung des Sicherheitsbefindens durch Bevölkerungsbefragung auf einer Skala von 1-10	7	7	7	7	7
Strassenverkehrsamt: Anzahl Fahrzeugprüfungen	63500	66000	85500	92500	92500
Anzahl Fahrzeuge	262000	266000	275000	280000	285000
12 Rechtsprechung					
Strafverfolgung: Strafverfügung mit/ohne Untersuchung	6000 / 26000	6000 / 26000	6000 / 26'000	6000 / 26'000	6000 / 26'000
Gerichte:					
LG Obergericht:					
Eingänge / Erledigungen	1075 / 1075	1225 / 1225	1225 / 1225	1225 / 1225	1225 / 1225
LG Erstinstanzliche Gerichte:					
Eingänge / Erledigungen	9250 / 9250	9850 / 9850	9850 / 9850	9850 / 9850	9850 / 9850
LG Verwaltungsgericht und Schätzungskommission:					
Eingänge / Erledigungen	1450 / 1530	1500 / 1580	1500 / 1580	1500 / 1580	1500 / 1580
Gerichte: Debitorenverluste in % der Verfahrenskosten	66.6	51.2	41.1	35.9	31.6
13 Strafvollzug					
Auslastung der kantonalen Anstalten (Möösl/Grosshof) in %	95 / 90	95 / 90	95 / 90	95 / 90	95 / 90
Anzahl Hafttage in kantonalen Anstalten (Möösl/Grosshof)	22500 / 36500	22500 / 36500	22500 / 36500	22500 / 36500	22500 / 36500
15/16 Militärische / Zivile Landesverteidigung					
Wehrpflichtige	28000	28000	28000	28000	28000

Finanzielle Veränderungen gegenüber dem IFAP 2009-2013					
Laufende Rechnung	2009	2010	2011	2012	2013
- Aufwand					
IFAP 2009-2013	253.6	280.8	285.1	290.1	293.4
Neuer IFAP 2009-2013	252.3	277.6	284.6	289.4	293.0
Veränderung	1.3	3.2	0.5	0.7	0.4
- Ertrag					
IFAP 2009-2013	129.6	151.6	150.8	149.7	148.1
Neuer IFAP 2009-2013	130.0	151.5	150.4	149.5	148.3
Veränderung	-0.4	0.1	0.4	0.2	-0.2
Begründung:					
- Die Verschiebung Justizreform 2010 ergibt für 2010 eine Entlastung um rund 2,7 Millionen Franken.					
- Aus der Staffelung der Aufstockung des Polizeibestandes ergibt sich folgende Entlastung gegenüber der bisherigen Planung: 2010 um 0,4 Millionen Franken, 2011 um 0,8 Millionen Franken, 2012 um 1,2 Millionen Franken und 2013 um 0,6 Millionen Franken.					
Investitionsrechnung	2009	2010	2011	2012	2013
- Ausgaben					
IFAP 2009-2013	9.6	20.9	15.7	16.5	9.4
Neuer IFAP 2009-2013	9.1	21.3	16.6	15.4	8.6
Veränderung	0.5	-0.4	-0.9	1.1	0.8
- Einnahmen					
IFAP 2009-2013	0.7	0.0	0.0	0.0	0.0
Neuer IFAP 2009-2013	0.7	0.7	0.7	0.2	0.0
Veränderung	0.0	-0.7	-0.7	-0.2	0.0
Begründung:					
- Neu werden die Investitionen für kantonale Hochbauten brutto verbucht, davon werden 5 Prozent der öffentlichen Sicherheit zugeordnet. Den Mehrausgaben stehen Mehreinnahmen im selben Umfang gegenüber.					
- Gegenüber der bisherigen Planung fallen in verschiedenen Bereichen tiefere Investitionen an.					
Staatsbeiträge gesamt	2009	2010	2011	2012	2013
- Aufwand/Ausgaben					
IFAP 2009-2013	3.5	3.5	3.5	3.5	3.5
Neuer IFAP 2009-2013	3.5	3.7	3.7	3.7	3.7
Veränderung	0.0	-0.2	-0.2	-0.2	-0.2
- Ertrag/Einnahmen					
IFAP 2009-2013	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Neuer IFAP 2009-2013	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Veränderung	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Begründung:					
Der aus den Bewilligungsabgaben an den Tourismus ausgeschüttete Anteil wird von 65 Prozent auf 80 Prozent erhöht.(gemäss Gastgewerbegegesetz und Tourismusgesetz).					

Vorhaben und Projekte				
		Realisierungszeitraum (Jahre)	Gesamte Projektkosten / Veränderung Betriebskosten 2010-2013 in Mio. Franken	Investitionskosten 2010-2013 in Mio. Franken
Beschlossene / eingerechnete Vorhaben				
1.1.1/09	Mehrkosten durch Einführung Erwachsenenschutzrecht	2012-2013	0,5	
1.1.2/09	Einlage in Fonds Schifffahrt	2010-2013	0,5	
1.1.3/09	Massnahmen Strassenverkehrsamt zur Bewältigung der höheren Anzahl und der aufwändigeren Fahrzeugprüfungen a) Personelle Verstärkung Expertenteam b) Miete für externe Prüfstation c) Mehreinnahmen Fahrzeugprüfungen d) Anschaffung von Prüfgeräten	2010-2013 2010-2013 2010-2013 2011	2,0 1,2 -4,1 1,5	
1.1.4/09	Veränderungen durch die Fusion von Stadt- und Kantonspolizei			
		2011 2010 2012 2013		
	Aufwand Stadtpolizei	26,6 26,6 26,6 26,6		
	Verwendung Synergie für Stellen	2,5 2,5 2,5 2,5		
	./. Wegfall Kantonsbeitrag	-9,0 -9,0 -9,0 -9,0		
	./. Ertrag der Stadtpolizei	-11,3 -11,3 -11,3 -11,3		
	./. Fusionsbeitrag Stadt	-9,0 -6,0 -3,0 0		
	Mehraufwand Fusion ggb. B 2009	-0,2 2,8 5,8 8,8	17,3	
1.1.5/09	3. Phase Personalaufstockung bei der Kantonspolizei	2009-2012	6	
1.1.6/09	Einführung biometrische Pässe (Netto-Mehraufwand)	2010-2013	5,4	
1.1.7/09	Veränderungen durch neue Strafprozessordnung (ohne Debitorenverluste, da sich diese zwischen JSD und Gerichte ausgleichen) a) Wegfall Einnahmen von Delinquenten b) Höhere Kosten Strafverfolgung (Personal, Miete)	ab 2010 ab 2010	0,8 1,4	
1.1.8/09	Kantonspolizei: Neues Funknetz Polycom (Bruttoinvestitionen 39,2 Mio. Fr.)	2009-2012		25,6
1.1.9/09	Reduktion Informatikpool Justiz- und Sicherheitsdepartement	ab 2010		
1.1.10/09	Rechtsweggarantie, zusätzl. Personal	2010-2013	0,5	-1,2
1.1.11/09	Mehraufwand durch Justizreform 2010 bei den Gerichten	2011-2013	8,1	
1.1.12/09	Mehrkosten aus der Fusion des Obergerichts und des Verwaltungsgerichts	2010-2013	1,5	

		Realisierungszeitraum (Jahre)	Gesamte Projektkosten / Veränderung Betriebskosten 2010-2013 in Mio. Franken	Investitionskosten 2010-2013 in Mio. Franken
Geplante Vorhaben (nicht eingerechnet)				
1.2.1/09 Mehraufwand durch Justizreform 2010 bei den Gerichten		2010-2013	5,6	
Gesetzesänderungen				
1.3.1/09 Gesetz über die Organisation des Verwaltungsgerichts und damit zusammenhängender Änderungen weiterer Erlasse (Umsetzung Rechtsweggarantie, 2. Schritt)		2009		
1.3.2/09 Gesetz über die Gerichtsorganisation: Sämtliche bisherigen erstinstanzlichen Gerichte und neu das Zwangsmassnahmengericht sowie die Fusion Obergericht / Verwaltungsgericht zum Kantonsgericht		2009-2013		
1.3.3/09 Zivil- und Strafprozessordnung (Umsetzung der Änderungen im Bundesrecht)		2009-2011		
1.3.4/09 Änderungen ZGB (Vormundschaftsrecht)		2009-2013		
1.3.5/09 Änderung Gesetz/Vollzugsverordnung über die Verkehrsabgaben (neues Rabattmodell)		2010-2011		
Hochbauprojekte				
1.4.1/09 Strafanstalt Wauwilermoos: Hauptgebäude und Pavillonbauten, Fassadenrenovation (4,2 Mio. Fr.)		2009-2015		0,1
1.4.2/09 Zivilschutzzentrum Sempach, Umnutzung und Ausbau zum Sicherheitszentrum (33,0 Mio. Fr.)		2009-2018		22,5
1.4.3/09 Neuorganisation Gerichte (3,4 Mio. Fr.)		2009-2011		3,0

	Realisierungszeitraum (Jahre)	Gesamte Projektkosten / Veränderung Betriebskosten 2010-2013 in Mio. Franken	Investitionskosten 2010-2013 in Mio. Franken
Weitere Umsetzungsmassnahmen zum Legislaturprogramm 2007-2011			
1.5.1/09 Prüfung der Verselbständigung des Strassenverkehrsamtes	2009-2010		
1.5.2/09 Umsetzung Präventionskampagne "Jugend und Gewalt" der Schweizerischen Kriminalprävention	ab 2009		

(in Mio. Franken)

Laufende Rechnung	R2007	R2008	B2009	2010	2011	2012	2013	%
Aufwand	220.7	244.0	252.3	277.6	284.6	289.4	293.0	16.1%
Ertrag	140.9	135.8	130.0	151.5	150.4	149.5	148.3	14.1%
Aufwand-/Ertragsüberschuss	79.8	108.3	122.3	126.1	134.2	139.9	144.6	
10 Rechtsaufsicht								
Aufwand	29.4	31.8	30.9	31.1	31.5	31.8	32.1	
Ertrag	34.0	35.4	33.0	33.5	33.8	34.2	34.5	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	-4.6	-3.6	-2.1	-2.3	-2.4	-2.4	-2.4	
11 Polizei								
Aufwand	96.5	105.4	109.5	132.8	135.8	138.6	141.2	
Ertrag	59.0	55.2	52.8	73.3	71.5	69.9	67.9	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	37.6	50.2	56.7	59.6	64.3	68.7	73.3	
12 Rechtssprechung								
Aufwand	51.9	56.7	59.7	61.0	64.2	65.5	65.7	
Ertrag	21.8	23.1	22.8	23.0	23.2	23.4	23.7	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	30.1	33.6	36.9	38.0	41.0	42.1	42.0	
13 Strafvollzug								
Aufwand	28.4	35.6	38.0	38.2	38.5	38.8	39.0	
Ertrag	17.3	14.8	14.4	14.6	14.7	14.9	15.0	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	11.1	20.9	23.6	23.6	23.8	23.9	24.0	
15 Militärische Landesverteidigung								
Aufwand	7.2	7.8	8.1	8.1	8.2	8.3	8.4	
Ertrag	5.5	5.5	5.6	5.6	5.6	5.6	5.6	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	1.7	2.2	2.5	2.5	2.6	2.7	2.8	
16 Zivile Landesverteidigung								
Aufwand	7.2	6.8	6.3	6.3	6.4	6.5	6.5	
Ertrag	3.4	1.8	1.6	1.6	1.6	1.6	1.6	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	3.9	5.0	4.7	4.8	4.8	4.9	4.9	
Investitionsrechnung	R2007	R2008	B2009	2010	2011	2012	2013	%
Ausgaben	10.2	8.8	9.1	21.3	16.6	15.4	8.6	-5.0%
Einnahmen	2.4	0.4	0.7	0.7	0.7	0.2	0.0	-99.3%
Ausgaben-/Einnahmenüberschuss	7.9	8.4	8.4	20.6	15.9	15.2	8.6	

Staatsbeiträge	R2007	R2008	B2009	2010	2011	2012	2013	%
<i>Laufende Rechnung</i>								
Aufwand	2.3	3.0	3.5	3.7	3.7	3.7	3.7	8.1%
Ertrag	0.2	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0%
Aufwand-/Ertragsüberschuss	2.2	3.0	3.4	3.7	3.7	3.7	3.7	
<i>Investitionsrechnung</i>								
Ausgaben	0.2	-	-	-	-	-	-	-
Einnahmen	-	-	-	-	-	-	-	-
Aufwand-/Ertragsüberschuss	0.2	-	-	-	-	-	-	

2 Bildung

Neuer IFAP 2009-2013

Grundauftrag und Veränderungen

Grundauftrag, Legislaturprogramm und generelle Entwicklung

Grundauftrag

21 Volksschule

- Vollzug der gesetzlichen Vorgaben und staatliche Aufsicht im Bereich der Volksschulen
- Enge Zusammenarbeit mit den kantonalen Dienststellen und den kommunalen Schulen
- Weiterentwicklung der Volksschulen und deren Anpassung an die aktuellen Erfordernisse

22 Sonderschulen

- Schulung und Förderung von behinderten Kindern und Jugendlichen

23 Berufsbildung

- Berufliche Grundbildung (Berufslehren, Berufsmatura, Fachmatura), höhere Berufsbildung (Berufs- und höhere Fachprüfungen, höhere Fachschulen), berufsorientierte und allgemeine Weiterbildung sowie Berufs- und Studienberatung
- Vollzug der Berufsbildungsgesetzgebung und laufende Weiterentwicklung des Angebots bzw. der Qualität
- Im Sinne der Verbundpartnerschaft arbeitet sie eng mit den Organisationen der Arbeitswelt (Berufsverbände usw.) zusammen

25 Allgemeinbildende Schulen

- Vollzug des eidgenössischen Maturitätsanerkennungsreglements und der kantonalen Vorgaben im Bereich der Mittelschulen und im Sportbereich
- Qualitätssicherung und Weiterentwicklung der Gymnasialbildung

27 Hochschulen und Forschung

- Enge Zusammenarbeit mit eidgenössischen und kantonalen Behörden, mit Konkordaten und Hochschulgremien
- Zuständig für die Qualitätssicherung und die Weiterentwicklung bei den Hochschulen auf dem Platz Luzern

29 Übriges Bildungswesen

- Verantwortlich für Erziehung, Bildung, Wissenschaft und Forschung, Berufs- und Studienberatung und die schulischen Dienste

Zuteilung der Leistungsgruppen und Dienststellen zu den Aufgabenbereichen

Aufgabe (Nr. und Bezeichnung)	Leistungsgruppe	Dienststelle	Departement
21 Volksschule	Organisation und Entwicklung Volksschulbildung, Teil Staatsbeitrag	Volksschulbildung	BKD
	Zentraler Einkauf	Dienststelle Informatik	FD
22 Sonderschulen	Heilpädagogische Förderung Hohenrain	Volksschulbildung	BKD
	Heilpädagogische Förderung Schüpfheim	Volksschulbildung	BKD
	Teil Sonderschule der Leistungsgruppe „Soziale Massnahmen“	Dienststelle Soziales und Gesellschaft	GSD
	Staatsbeiträge an ausserkantionale und private Sonderschulen	Volksschulbildung	BKD
23 Berufsbildung	Betriebliche Bildung	Berufs- und Weiterbildung	BKD
	Schulische Bildung	Berufs- und Weiterbildung	BKD
25 Allgemeinbildende Schulen	Gymnasiale Bildung	Gymnasialbildung	BKD
	Weitere Bildungsangebote	Gymnasialbildung	BKD
	Dienstleistungen	Gymnasialbildung	BKD
27 Hochschule und Forschung	Hochschulbildung	Hochschulbildung, Kultur und Sport	BKD
29 Übriges Bildungswesen	Departementssekretariat BKD	Departementssekretariat BKD	BKD
	Organisation und Entwicklung Volksschulbildung	Volksschulbildung	BKD
	Beratung und Integration	Berufs- und Weiterbildung	BKD
	Dienstleistungen	Berufs- und Weiterbildung	BKD

Legislaturprogramm 2007-2011

Der Kanton Luzern verfügt über ein qualitativ gutes und attraktives Schulangebot, das der Bevölkerung bedarfs- und begabungsgerechte Bildungswege bereitstellt. Der Hochschulplatz Luzern hat sich erfolgreich etabliert; seine Bedeutung für die Volkswirtschaft des Kantons ist evident und unbestritten. Unsere Bildungspolitik wird durch den schnellen Wandel der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Vorgaben stark gefordert (demografisches Ungleichgewicht zwischen jungen Erwerbsfähigen und Betagten; Notwendigkeit, Bildungsinhalte an aktuelle Bedürfnisse anzupassen; Pluralisierung der Lebensformen; Individualisierung; abnehmender Wertekonsens usw.). Ausserschulische Einflussfaktoren auf Erziehung und Bildung (Medien, Internet, Reisen, private Angebote) spielen eine immer grösse Rolle. Der Anspruch an die Schule steigt ebenso wie der Rechtfertigungsdruck für Bildungsausgaben. Die zunehmende Mobilität verlangt nach interkantonaler Kooperation und Harmonisierung der Bildungssysteme.

Wir wollen die Durchlässigkeit der Bildungswege gewährleisten und die Ausbildung im nachobligatorischen Bereich ebenso fördern wie die Erwachsenenbildung (besonders für benachteiligte Zielgruppen). Wir suchen dafür die enge Zusammenarbeit mit Lehrpersonen, Lehrbetrieben, Berufsverbänden und den anderen Kantonen.

Bildungsinhalte der Volksschule aktualisieren

In den kommenden Jahren werden wir die Bildungsziele und Bildungsinhalte der Volksschule in Zusammenarbeit mit den Deutschschweizer Kantonen an die aktuellen Bedürfnisse anpassen (Projekt „Schulen mit Zukunft“). Die Schulstrukturen sollen in Zukunft aus mehrjährigen Zyklen (z.B. Basisstufe) bestehen, womit wir länger dauernde Lernwege mit hoher Kontinuität schaffen. Die Unterrichtsformen müssen auf die heterogene Zusammensetzung der Klassen stärker Rücksicht nehmen. Wir unterstützen schul- und familienergänzende Betreuungsangebote (z.B. Hort, Mittagstisch, Aufgabenhilfe, Tagesschulen), die von den Erziehungsberechtigten mitfinanziert werden. Bis 2011 sollen schulergänzende Betreuungsangebote mit etwa 1500 Plätzen eingerichtet werden. Um die Unterrichtsqualität auf der Sekundarstufe I zu sichern und den Schülerinnen und Schülern einen optimalen Einstieg in die Berufsbildung oder in ein Kurzzeitgymnasium zu ermöglichen, führen wir Leistungsmessungen ein (Stellwerk 8 und 9).

Kurzzeit- und Langzeitgymnasien gleichwertig

Die Gymnasien haben eine Phase grosser Umstrukturierungen hinter sich, die teils abgeschlossen sind, teils noch konsolidiert werden müssen: Die Umsetzung der MAR-Reform, die Einführung und Förderung der Kurzzeitgymnasien und die Umwandlung der Seminare in Gymnasien. Die Zahl der beruflichen Funktionen, die sich auf eine vertiefte Grundausbildung stützen, wie sie heute Gymnasien, Fach- und Berufsmittelschulen vermitteln, wird zunehmen. Das Gymnasium verliert ein Stück weit die Exklusivität als Zubringer für die Hochschulen, es eröffnet aber weiterhin den effizientesten Weg zum universitären Hochschulstudium.

Wir verstehen Kurzzeit- und Langzeitgymnasien als gleichwertige Regelwege. Die gymnasiale Maturitätsquote im Kanton Luzern ist in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen und wird sich dem schweizerischen Durchschnitt annähern. Die Schülerzahl wird auf der Sekundarstufe II ab 2014/2015 stagnieren bzw. rückläufig sein. Gegenüber den Abnehmerschulen geht es darum, die gymnasiale Maturität als Zugangsberechtigung für das Studium an allen universitären Hochschulen zu behaupten.

Berufsbildung auch für leistungsstarke Jugendliche attraktiv

Mehr als zwei Drittel aller Jugendlichen absolvieren eine Berufslehre. Die Lehrstellensituation hat sich in den letzten Jahren stetig verbessert, bleibt aber im Kanton Luzern leicht angespannt. Besondere Probleme bestehen bei den Ausbildungsplätzen für Jugendliche mit schulischen und sozialen Schwächen. Wir werden die Strukturen der Berufsbildung optimieren, das Angebot der Bildungsplätze für die zweijährige Grundbildung mit eidgenössischem Berufsattest erhöhen, das Lehrstellenmarketing verstärken, Kompetenzzentren für die berufliche Aus- und Weiterbildung einrichten und die Schulraumprobleme an den Standorten Luzern und Sursee lösen.

Um der Wirtschaft auch in Zukunft den nötigen Berufsnachwuchs zur Verfügung stellen zu können, muss die Attraktivität der Berufsbildung gesteigert werden. Dazu gehört die Positionierung der Berufsbildung als attraktiver Weg auch für leistungsstarke Jugendliche und die Förderung der Berufsmaturität als ideale Vorbereitung auf eine tertiäre Ausbildung.

Hochschulen und Tertiärstufe: Fächerangebot und Strukturen überprüfen

Der Kanton Luzern und die Region Zentralschweiz haben in den vergangenen Jahren erfolgreich ein qualitativ überzeugendes und attraktives Hochschulangebot aufgebaut. Es umfasst alle Hochschultypen (Universität, Fachhochschule und Pädagogische Hochschule), besetzt jedoch fachlich ausgewählte Nischen. Das Angebot ist unter den Hochschulen komplementär, es gibt keine Überschneidungen. Auf ein Angebot im medizinischen und mathematisch-naturwissenschaftlichen Bereich wird bewusst verzichtet. Wir überprüfen Fächerangebot und Strukturen und bauen die kultur- und sozialwissenschaftliche Fakultät aus, um das Profil der Universität Luzern im Kompetenzfeld Gesellschaft, Kultur und Staat weiter zu schärfen.

Die Hochschule Luzern (früher Fachhochschule Zentralschweiz) muss in den kommenden Jahren ihre Stärken akzentuieren. Sie ist mit ihren Studiengängen nahe bei der regionalen Wirtschaft und setzt mit ausgewählten Masterprogrammen Kompetenzschwerpunkte, mit denen sie auch national und international ausstrahlt. Wir überprüfen die Träger- und Führungsstruktur der Hochschule Luzern sowie der Pädagogischen Hochschule Zentralschweiz PHZ und passen sie den Bedürfnissen eines effizienten Hochschulbetriebs an.

Die Bedeutung der nicht-hochschulischen Ausbildungen auf der Tertiärstufe wird weiter zunehmen. Der Kanton Luzern verfügt – neben Universität und Fachhochschulen – über ein breites Angebot an höheren Fachschulen sowie an Vorbereitungskursen für eidgenössische Berufs- und höhere Fachprüfungen. Um den qualifizierten Nachwuchs im Bereich der Gesundheitsberufe zu sichern, planen wir die Errichtung einer Höheren Fachschule Gesundheit Zentralschweiz (HFGZ).

Bemerkungen zum Legislaturprogramm 2007-2011

2. Das HarmoS-Konkordat ist vor allem im Bereich des Schuleintrittsalters pragmatisch umzusetzen.
3. Die Untergymnasien sind dort zu erhalten, wo sie pädagogisch oder wirtschaftlich Vorteile oder zumindest keine Nachteile bringen.

Generelle Entwicklung

21 Volksschule / 22 Sonderschulen

Die Entwicklung der Luzerner Volksschulen wird in den nächsten Jahren durch folgende Herausforderungen geprägt sein: Die Klassen werden in ihrer Zusammensetzung noch heterogener. Die Zahl der Lernenden wird in verschiedenen Gemeinden weiter abnehmen (ab Schuljahr 2011/12 auch auf der Sekundarstufe I). Die Bildungsinhalte und die Schulstrukturen müssen zum Teil ergänzt und angepasst werden. Die Neuregelung der Zuständigkeiten im Sonderschulbereich im Rahmen der NFA muss sowohl bei den Regelklassen als auch bei den Sonderschulen umgesetzt werden. Diese Herausforderungen haben verschiedene Auswirkungen auf die Volksschulen. Insbesondere beeinflussen sie den Unterricht, weshalb die Unterrichtsentwicklung in den nächsten Jahren im Zentrum der Schulentwicklungsarbeiten steht. Kantonal werden diese Arbeiten im Projekt „Schulen mit Zukunft“ geleistet, das von allen an der Volksschule beteiligten Partnern getragen wird. Im Zentrum stehen in den nächsten Jahren die Arbeiten in den Teilprojekten „Lehren und Lernen“ (Unterrichtsentwicklung), „Basisstufe“, „schul- und familienergänzende Betreuungsangebote“ sowie „integrative Förderung“. Verschiedene Arbeiten werden auch interkantonal geleistet (z.B. Deutschschweizer Lehrplan, Leistungsmessungen), doch erfolgt die Umsetzung später kantonal (ca. ab 2012).

23 Berufsbildung

Die Berufsbildung steht in den nächsten Jahren vor der grossen Herausforderung, das Leistungsangebot der dynamischen Entwicklung des Arbeitsmarktes anzupassen und die Attraktivität der Berufsbildung als praxisorientierter und dual organisierter Bildungsweg zu erhalten. Wir wollen dieses Ziel erreichen, indem wir die Strukturen der Berufsbildung optimieren und mit gezieltem Lehrstellenmarketing das Angebot an Ausbildungsplätzen weiter erhöhen. Dadurch, dass die Berufe den einzelnen Berufsfachschulen neu zugeteilt werden, entstehen berufsfeldorientierte Kompetenzzentren für die berufliche Grundbildung. Gleichzeitig werden die Weiterbildungsangebote in einem separaten Zentrum zusammengeführt. Ein dringendes Anliegen ist die Lösung der akuten Schulraumprobleme an den Standorten Luzern und Sursee. Als Folge der Strukturreform BKD werden außerdem die Organisation und Prozesse der Berufsfachschulen weiter vereinfacht. Inhaltlich steht zum einen der qualitative Ausbau der Verbundpartnerschaft im Vordergrund, insbesondere die flexible Zusammenarbeit der Lernorte Betrieb, Berufsfachschule und überbetriebliche Kurse in den einzelnen Berufen. Zum andern gilt es, die Qualitätsentwicklung auf allen Stufen weiter voranzutreiben. Ein dritter Schwerpunkt bildet die Optimierung des Übergangs zwischen der Sekundarstufe I und der Sekundarstufe II. Die Anzahl Jugendlicher im Kanton Luzern, welche einen Abschluss auf der Sekundarstufe II erreichen, soll erhöht werden. Die Erreichung dieses Ziels wird mit der Einführung eines Case Managements Berufsbildung und gezielten Informations-, Beratungs- und Integrationsangeboten unterstützt.

25 Allgemeinbildende Schulen (Mittelschulen)

Die sich abzeichnende Entwicklung der Bildungslandschaft aller Stufen (Volksschulen - Sekundarstufe II - Hochschulen) wird für die Positionierung der Gymnasien von Bedeutung sein. Die Aufwertung der Fremdsprachen an der Volksschule erfordert ein Fremdsprachenkonzept an den Gymnasien und an den Fachmittelschulen. Innerhalb der Sekundarstufe II stellt sich die Frage nach dem spezifischen Profil der gymnasialen Maturitätsschulen. Das kantonale Projekt "Potenzial Gymnasium" ist eine Antwort auf diese Frage; die Gymnasien haben im Jahr 2007 mit der Umsetzung des Projektes begonnen und dies seither laufend weitergeführt. Schliesslich geht es um die Sicherstellung der gymnasialen Matura als Zugangsberechtigung zum Studium an den universitären Hochschulen. Die Schülerzahlen nehmen bis 2010/11 noch leicht zu und nachher sind sie tendenziell rückläufig.

27 Hochschule und Forschung

Der Hochschulbereich wird in den nächsten Jahren von bedeutenden Struktur- und Infrastrukturprojekten geprägt sein. Während für Universität und PHZ Luzern die Bereitstellung des Postbetriebsgebäudes im vorgesehenen Zeitrahmen bis 2010 im Infrastrukturbereich oberste Priorität hat, muss für die HSLU und die Bedürfnisse ihrer Teilschulen die strategische Raumplanung aufgrund der Entwicklung aktualisiert und fortgeschrieben und zugleich der dringendste Raumbedarf zeitgerecht erfüllt werden. Dabei müssen diese Fragen der Infrastruktur in engem Zusammenhang mit den strukturellen und rechtlichen Planungen gesehen werden. Sowohl für die HSLU als auch für die PHZ haben die Konkordatsräte eine Überprüfung der Rechtsgrundlagen sowie der Führungs- und Finanzierungsstrukturen mit dem Ziel einer Reform der bestehenden Konkordate in Auftrag gegeben.

Indikatoren und Kenngrössen	2009	2010	2011	2012	2013
21 Volksschule					
Entwicklung der SchülerInnen-Zahl					
Kindergarten	4'500	4'800	5'000	5'200	5'400
Primarschule	27'500	25'000	24'400	24'100	23'800
Sekundarstufe I	11'700	11'700	11'700	11'200	10'700
Entwicklung durchschnittliche Klassengrösse					
Kindergarten	17.7	17.6	17.5	17.5	17.4
Primarschule	19.6	19.5	19.5	19.3	19.2
Sekundarstufe I	17.9	17.9	17.8	17.7	17.6
22 Sonderschulen					
Anzahl Sonderschüler in kant. Sonderschulen	310	305	290	280	280
Anzahl Sonderschüler in übrigen Sonderschulen	520	505	490	480	480
23 Berufsbildung					
Anzahl Lernende in beruflicher Grundbildung	12'250	12'250	12'150	12'050	12'000
Anzahl Lernende Berufsmatura	1932	1971	2011	2050	2070
Berufsmaturitätsquote	13.1%	13.7%	13.9%	14.1%	14.1%
25 Allgemeine Schulbildung (Mittelschulen)					
Entwicklung Schülerinnenzahl	6'100	6'200	6'200	6'150	6'100
Entwicklung durchschnittliche Klassengrösse	19.8	19.9	19.9	19.6	19.4
Maturitätsquote	18.3%	18.4%	18.5%	18.6%	18.7%
27 Hochschule und Forschung					
Entwicklung Studierende HSLU (BA EFP 07-11)	3'065	3'250	3'295	3'340	3'385
Entwicklung Studierende HSLU (MA EFP 07-11)	420	620	680	740	800
Kosten pro Studierende BA (ohne Infra, EFP 07-11)	29'094	28'500	28'600	28'800	29'100
Kosten pro Studierende MA (ohne Infra, EFP 07-11)	32'704	32'700	33'000	33'200	33'500
Entwicklung Studierendenzahl Uni Luzern	2'039	2'100	2'142	2'244	2'500
Betreuungsverhältnis Professoren / Studierende Uni Luzerner Studierende an ausserkantonalen Universitäten	2'520	2'590	2'640	2'720	2'800
Entwicklung Studierendenzahl PHZ-Luzern (inkl. VBK)	1'066	1'118	1'170	1'195	1'200
Durchschnittliche Kostenabgeltungs-Pauschale pro Studierende(r) PHZ	35'000	35'000	35'000	35'000	35'000
Entwicklung Studierendenzahl an Fachhochschulen ausserhalb HSLU	729	800	880	965	1'065

Finanzielle Veränderungen gegenüber dem IFAP 2009-2013					
Laufende Rechnung	2009	2010	2011	2012	2013
- Aufwand					
IFAP 2009-2013	765.4	787.2	800.6	809.2	820.1
Neuer IFAP 2009-2013	761.2	774.9	786.8	792.6	801.8
Veränderung	4.2	12.3	13.8	16.6	18.3
- Ertrag					
IFAP 2009-2013	191.2	187.0	187.7	188.2	188.8
Neuer IFAP 2009-2013	191.5	194.5	195.4	195.2	195.5
Veränderung	-0.3	-7.5	-7.7	-7.0	-6.7
Begründung:					
- Aufgrund der sinkenden Schülerzahlen im Volksschulbereich ergeben sich tiefere Staatsbeiträge an die Gemeinden: -2,8 (2010), -2,9 (2011), -3,9 (2012 und 2013) Millionen Franken.					
- Im Sonderschulbereich wird neu mit einem Wachstum von jährlich 2 Prozent gerechnet, gegenüber dem bisherigen Wachstum von 1,5 Prozent. Dies ergibt sich aus der Personalintensität des Bereichs. Ausserdem waren die Beiträge an Sozialpädagogische Heime bisher zu tief budgetiert (Anstieg per 2010 um 2 Mio. Fr.).					
- Durch die Aufhebung der kantonalen Trägerschaft der höheren Fachschule Gesundheit Zentralschweiz entfällt die Defizitdeckung (Minderaufwand von 1,9 Mio. Fr. ab 2010). Ausserdem tritt der bisher prognostizierte Kostenanstieg in der Berufsbildung nicht in vollem Umfang ein (Verbesserung gegenüber der bisherigen Planung um 2,9 (2010), 3,4 (2011), 4,2 (2012) und 4,4 (2013) Mio. Fr.).					
- Die Stipendien an Lernende der Gymnasien und an Studierende fallen in der aktuellen Planung tiefer aus als bisher geplant: -2,7 (2010 und 2011), -3 (2012) und -3,2 (2013) Millionen Franken.					
- Der Zuwachs der Beiträge im tertiären Bildungsbereich fällt weniger hoch aus als bisher angenommen. Es ergeben sich Verbesserungen von 3,5 (2010), 5,7 (2011), 6,2 (2012) und 6,3 (2013) Millionen Franken.					
Investitionsrechnung	2009	2010	2011	2012	2013
- Ausgaben					
IFAP 2009-2013	43.9	39.2	37.3	37.0	37.0
Neuer IFAP 2009-2013	42.0	45.0	43.0	38.9	37.0
Veränderung	1.9	-5.8	-5.7	-1.9	0.0
- Einnahmen					
IFAP 2009-2013	5.6	0.4	0.4	0.4	0.4
Neuer IFAP 2009-2013	5.6	5.9	5.9	2.1	0.2
Veränderung	0.0	-5.5	-5.5	-1.7	0.2
Begründung:					
- Neu werden die Investitionen für kantonale Hochbauten brutto verbucht, davon werden 40 Prozent der Bildung zugeordnet. Den Mehrausgaben stehen Mehreinnahmen im selben Umfang gegenüber.					
Staatsbeiträge gesamt	2009	2010	2011	2012	2013
- Aufwand/Ausgaben					
IFAP 2009-2013	399.7	416.6	424.3	428.4	435.0
Neuer IFAP 2009-2013	395.5	403.3	408.4	410.5	415.7
Veränderung	4.2	13.3	15.9	17.9	19.3
- Ertrag/Einnahmen					
IFAP 2009-2013	94.9	95.9	96.1	96.2	96.4
Neuer IFAP 2009-2013	95.2	95.0	95.4	94.8	94.7
Veränderung	-0.3	0.9	0.7	1.4	1.7
Begründung:					
- Aufgrund der sinkenden Schülerzahlen im Volksschulbereich ergeben sich tiefere Staatsbeiträge an die Gemeinden: -2,8 (2010), -2,9 (2011), -3,9 (2012 und 2013) Millionen Franken.					
- Tiefere Beiträge an private und ausserkantonale Maturitätsschulen (2010-2013 je rund 1 Mio. Fr.).					
- Durch die Aufhebung der kantonalen Trägerschaft der höheren Fachschule Gesundheit Zentralschweiz entfällt die Defizitdeckung (Minderaufwand von 1,9 Mio. Fr. ab 2010).					
- Die Beiträge an private und an ausserkantonale Berufsfachschulen wurden bisher zu pessimistisch eingerechnet: -4 (2010), -4,4 (2011), -5 (2012) sowie -4,9 (2013) Millionen Franken.					
- Der Zuwachs der Beiträge im tertiären Bildungsbereich fällt weniger hoch aus als bisher angenommen. Abweichungen ergeben sich insbesondere bei der Hochschule Luzern (Verbesserungen von 2 (2010) und je 4 (2011-2013) Millionen Franken) und bei den Beiträgen für Studierende an Fachhochschulen ausserhalb der Zentralschweiz (Verbesserungen von 1,4 (2010 und 2011) sowie 2,1 (2012) und 2,2 (2013) Millionen Franken)					

Vorhaben und Projekte		Realisierungszeitraum (Jahre)	Gesamte Projektkosten / Veränderung Betriebskosten 2010-2013 in Mio. Franken	Investitionskosten 2010-2013 in Mio. Franken
Beschlossene / eingerechnete Vorhaben				
2.1.1/09	Veränderung von laufenden Projekten im Volksschulbereich a) Projekt Englisch Primarschule b) Projekt Basisstufe (ab 2011 als geplant aufgeführt) c) Schul- und familienergänzende Tagesstrukturen d) Neuregelung der kantonalen Musikschulen (Beitrag an Gemeinden ab 2011 3,5 Mio. Fr.)	2010-2013 2010-2011 2010-2013 2010-2013	-0,9 -0,7 5,0 11,0	
2.1.2/09	Mehrkosten Staatsbeiträge Volksschule unter Berücksichtigung der erwarteten Schülerzahlen und einer Kostenentwicklung von jährlich 1,5 Prozent	2010-2013	6,8	
2.1.3/09	Ablauf Projekt Potenzial Gymnasium (ab 2011 als geplant)	2011-2013	-0,6	
2.1.4/09	Kantonale Mittelschulen: Veränderungen aufgrund von Steuermassnahmen und der Entwicklung der Klassenzahlen	2010-2013	5,8	
2.1.5/09	Ergänzung der ICT-Unterstützung an Gymnasien	2010-2013	0,9	
2.1.6/09	Veränderungen in der Berufsbildung (ohne Staatsbeiträge) a) Umsetzung von ICT an den Berufsfachschulen b) Minderkosten aus der Implementierung neuer Berufe c) Abbau von Klassen für schulische Brückeangebote d) Mentoring + Massnahmen für Schwächere, Lernabbrecher e) Umsetzung neue Bildungssystematik Gesundheitsberufe	2010-2013 2010-2013 2010-2013 2010-2013 2010-2013	1,6 -1 -2,8 1,2 2,0	
2.1.7/09	Veränderung von Staatsbeiträgen in der Berufsbildung a) Aufhebung kant. Trägerschaft der höheren Fachschule für Gesundheit Zentralschweiz, Wegfall Defizitdeckung b) Anhebung HF- zu FH-Ausbildungen (Bereich Gesundheit) c) Tiefere Bundesbeiträge d) Höhere Beiträge an ausserkantonale Berufsfachschulen e) Tiefere Beiträge an private Berufsfachschulen	2010-2013 2010-2013 2010-2013 2010-2013 2010-2013	-7,2 0,7 12,5 3,3 -4,6	
2.1.8/09	Tiefere Stipendien-Auszahlungen	2010-2013	-2,0	

		Realisierungszeitraum (Jahre)	Gesamte Projektkosten / Veränderung Betriebskosten 2010-2013 in Mio. Franken	Investitionskosten 2010-2013 in Mio. Franken
2.1.9/09	Mehrkosten in der tertiären Bildung (untenstehende Tabelle zeigt die gesamten Kosten, ohne Rückerstattungen 2009)			
	2009 2010 2011 2012 2013			
	Globalbeitrag an Uni Luzern 10,2 10,8 11,7 11,4 12,7		5,8	
	IUV-Äquivalente an Uni Luzern 5,9 6,6 7,0 7,5 8,0		5,5	
	Beitrag Hochschule Luzern 38,4 40,0 42,0 42,6 43,4		14,5	
	Beitrag PH Luzern 25,1 27,3 27,3 27,3 27,3		8,8	
	IUV-Beiträge andere Kantone 40,0 40,7 41,5 42,5 43,5		8,2	
	Fachhochschulen ausserhalb 13,0 14,0 14,6 16,4 18,1		11,1	
2.1.10/09	Sinkende Investitionsbeiträge für Berufsbildungsbauten	2010-2013		-0,7
Geplante Vorhaben (nicht eingerechnet)				
2.2.1/09	Geplante Projekte im Volksschulbereich			
	a) Projekt Basisstufe (definitive Einführung)	2011-2013	2,7	
	b) Einführung Deutschschweizer Lehrplan	2011-2013	2,3	
2.2.2/09	Projekt Potenzial Gymnasium ab 2011 geplant	2011-2013	0,6	
2.2.3/09	Begabtenförderung in der Berufsbildung	2010-2013	2,2	
Gesetzesänderungen				
2.3.1/09	Volksschulbildungsgesetz (Kindergarten- bzw. Schuleintritt, evtl. Struktur Sekundarstufe I)	2011		
2.3.2/09	Konkordate FHZ und PHZ	2010		
Hochbauprojekte				
2.4.1/09	Umnutzung Postgebäude zur Universität und zur PHZ Luzern (Bruttoinvestitionen exkl. Kauf 100 Mio. Fr., davon rund 47 Prozent von Dritten finanziert)	2007-2012		70
2.4.2/09	Sentimatt Luzern, Gesamtsanierung (10,2 Mio. Fr.)	2010-2015		5,2
2.4.3/09	BBZ Sursee			
	a) Sanierung und Erweiterung (gesamte Kosten 31,7 Mio. Fr.)	2009-2014	24,5	
	b) Neubau Sporthalle (brutto)	bis 2009	3,2	

2.4.4/09 HPZ Hohenrain: Gesamtsanierung (12,6 Mio. Fr.)	2013-2017		0,5
2.4.5/09 HSLU Technik und Architektur: Fassadensanierung (31 Mio. Fr.)	2012-2018		1,0
Weitere Umsetzungsmassnahmen zum Legislaturprogramm 2007-2011			
Keine			

(in Mio. Franken)

Laufende Rechnung	R2007	R2008	B2009	2010	2011	2012	2013	%
Aufwand	716.8	779.6	761.2	774.9	786.8	792.6	801.8	5.3%
Ertrag	208.8	214.9	191.5	194.5	195.4	195.2	195.5	2.1%
Aufwand-/Ertragsüberschuss	507.9	564.6	569.7	580.3	591.4	597.3	606.3	
21 Volksschule								
Aufwand	152.4	150.1	147.4	149.4	151.7	151.3	151.1	
Ertrag	23.1	19.7	17.3	20.2	20.3	20.5	20.6	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	129.4	130.3	130.1	129.2	131.4	130.8	130.5	
22 Sonderschulen								
Aufwand	68.9	126.4	101.3	104.6	105.9	107.2	108.6	
Ertrag	52.4	56.5	46.7	48.1	48.5	49.0	49.4	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	16.5	69.9	54.6	56.5	57.4	58.2	59.1	
23 Berufsbildung								
Aufwand	190.4	181.5	183.3	182.6	184.1	184.8	185.4	
Ertrag	69.4	73.2	69.0	66.8	66.9	66.1	65.6	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	121.0	108.3	114.3	115.9	117.1	118.7	119.8	
25 Allgemeinbildende Schulen								
Aufwand	134.3	144.2	147.9	151.7	153.6	154.3	156.0	
Ertrag	49.2	49.4	47.7	48.7	48.8	48.9	49.0	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	85.0	94.8	100.3	103.0	104.9	105.5	107.0	
27 Hochschule und Forschung								
Aufwand	113.5	124.1	131.8	139.2	143.7	146.8	152.2	
Ertrag	3.7	3.7	6.0	6.0	6.0	6.0	6.0	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	109.7	120.5	125.7	133.1	137.6	140.7	146.1	
29 Übriges Bildungswesen								
Aufwand	57.4	53.3	49.5	47.4	47.8	48.1	48.6	
Ertrag	11.0	12.5	4.8	4.8	4.8	4.8	4.8	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	46.4	40.8	44.8	42.7	43.0	43.3	43.7	
Investitionsrechnung	R2007	R2008	B2009	2010	2011	2012	2013	%
Ausgaben	50.4	41.0	42.0	45.0	43.0	38.9	37.0	-11.8%
Einnahmen	19.1	3.2	5.6	5.9	5.9	2.1	0.2	-96.6%
Ausgaben-/Einnahmenüberschuss	31.4	37.8	36.4	39.1	37.1	36.8	36.8	
Staatsbeiträge	R2007	R2008	B2009	2010	2011	2012	2013	%
Laufende Rechnung								
Aufwand	359.9	385.8	390.1	397.4	404.5	406.9	412.1	5.6%
Ertrag	99.0	75.3	95.2	95.0	95.4	94.8	94.7	-0.5%
Aufwand-/Ertragsüberschuss	260.9	310.5	294.9	302.4	309.0	312.1	317.3	
Investitionsrechnung								
Ausgaben	5.1	4.8	5.4	5.9	3.9	3.6	3.6	-32.7%
Einnahmen	0.2	0.2	-	-	-	-	-	-
Aufwand-/Ertragsüberschuss	4.9	4.6	5.4	5.9	3.9	3.6	3.6	

3 Kultur und Freizeit

Neuer IFAP 2009-2013

Grundauftrag und Veränderungen

Grundauftrag, Legislaturprogramm und generelle Entwicklung

Grundauftrag

30 Kulturförderung

- Führung der kantonalen Museen
- Sicherung der wissenschaftlichen bibliothekarischen Versorgung für die Hochschulen und die allgemeine Bevölkerung durch die Zentral- und Hochschulbibliothek und den Informationsverbund Deutschschweiz Luzern
- Die Kultur- und Jugendförderung gewährleistet die Wahrnehmung des staatlichen Auftrages im Bereich der Kulturförderung und -vermittlung, der ausserschulischen Kinder- und Jugendförderung sowie der Medienpolitik.

31 Denkmalpflege und Heimatschutz

- Zuständig für Belange der Denkmalpflege und Archäologie
- Sicherung und Vermittlung des Luzerner historischen und naturwissenschaftlichen Erbes und Bestandes

34 Sport

- Förderung von Bewegung und Sport

Zuteilung der Leistungsgruppen und Dienststellen zu den Aufgabenbereichen

Aufgabe (Nr. und Bezeichnung)	Leistungsgruppe	Dienststelle(n)	Departement
30 Kulturförderung	Kultur, Teile Kulturförderung, Zentral- und Hochschulbibliothek, Naturmuseum und Historisches Museum	Hochschulbildung, Kultur und Sport	BKD
31 Denkmalpflege und Archäologie	Kultur, Teile Denkmalpflege und Archäologie	Hochschulbildung, Kultur und Sport	BKD
34 Sport	Sport	Hochschulbildung, Kultur und Sport	BKD
39 Kirche	Staatsbeiträge	Departementssekretariat BKD	BKD

Legislaturprogramm 2007-2011

Der Kanton Luzern fördert, erhält und vermittelt bedeutende kulturelle Werte in Zusammenarbeit mit Privaten, Gemeinden, anderen Kantonen und dem Bund. Er setzt sich ein für den Schutz und die Pflege des überlieferten Kulturguts, fördert das aktuelle Kunst- und Kulturschaffen und unterstützt eine möglichst wirkungsvolle Vermittlung kultureller Werte an die gesamte Bevölkerung, insbesondere auch an junge Menschen. Er stärkt die grossen Luzerner Kulturangebote im regionalen und nationalen Standort-Wettbewerb und hilft mit, die kulturelle Qualität und Vielfalt vor einseitigem ökonomischem und kommerziellem Druck zu bewahren.

Denkmalpflege und Archäologie arbeiten mit hoher Fachkompetenz für die Erschliessung, den Schutz und die Erhaltung des kulturellen Erbes. Dabei wirken sie so kundenorientiert und flexibel, wie die fachliche Sicht dies zulässt. Wir werden die grundlegenden Dokumentationen zu den Baudenkmälern (Bauinventar) und zu den Fundstellen (Fundstellenverzeichnis) erarbeiten und damit grössere Transparenz und mehr planerische Sicherheit herstellen.

Grosse Kulturbetriebe dauerhaft sichern

Wir schaffen im revidierten Kulturförderungsgesetz eine sichere und dauerhafte Trägerschaft für die grossen professionellen Kulturbetriebe, vornehmlich für das Luzerner Theater, das Luzerner Sinfonieorchester und das Kunstmuseum Luzern. Im Rahmen der Finanzreform 08 übernimmt der Kanton bis 2012 die Hauptverantwortung für die öffentliche Finanzierung dieser Institutionen im Umfang von 70 Prozent der Subventionen.

Breitensport, Talentförderung und Sportarena Allmend

Seit 2002 hat der Kanton Luzern ein "Sportpolitisches Konzept". Mit der verwaltungsinternen Neuorganisation und der Schaffung einer einzigen Sportkommission sind die Voraussetzungen für eine wirkungsvolle, koordinierte Sportförderungspolitik gegeben. Wir setzen auf Qualität und Quantität im Schulsport und unterstützen die Bemühungen um die Entwicklung des Breitensports und der Talentförderung sowie Initiativen gegen die zunehmende Bewegungsarmut und Fettleibigkeit bei Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen. Wir sind bereit, uns am Bau der Sportarena Allmend in der Stadt Luzern zu beteiligen und wollen damit einen Beitrag zur Stärkung der Identifikation mit der Region Zentralschweiz leisten.

Generelle Entwicklung

30 Kulturförderung

Im Rahmen der Finanzreform 08/Aufgabenreform übernimmt der Kanton die Hauptverantwortung für die öffentliche Finanzierung des Luzerner Theaters, des Luzerner Sinfonieorchesters und des Kunstmuseums Luzern im Umfang von 70% der Subventionen (30% Stadt Luzern), in Etappen bis 2012 zu erreichen. Die rund 7 Mio. Franken Mehrbelastung (2012 gegenüber 2007) gehen je ein Drittel zu Lasten der Finanzreform 08 (Globalbilanz), des interkantonalen Lastenausgleichs Kultur und des Kantons.

Ein Entwicklungs- und Infrastrukturprojekt für die Zentral- und Hochschulbibliothek wird mit einem Gesamtkonzept auf der Basis von drei Standorten nicht nur eine Konsolidierung im Bereich der kleinen Spezialbibliotheken schaffen, sondern auch die drängenden Magazin- und Sanierungsprobleme am bestehenden Standort lösen.

Für das Naturmuseum ist ein Gesamtkonzept zu entwerfen, das die Präsentationsformen aktuellen Erkenntnissen der Museumspädagogik anpasst sowie dem Renovationsbedarf des bestehenden Hauses Rechnung trägt.

31 Denkmalpflege und Heimatschutz

Die dringlichste Aufgabe im Sinne einer grösseren Transparenz und mehr planerischer Sicherheit für alle Betroffenen wird die Schaffung der grundlegenden Dokumentationen zu Baudenkmälern (Bauinventar) und Fundstellen (Fundstelleninventar) sein.

34 Sport

Der Bereich Sportförderung hat nach der umfassenden internen Reorganisation seine Ausrichtung definiert und konsolidiert. Zusammen mit der kantonalen Sportkommission werden die damit verbundenen Aufgaben und Zielsetzungen entwickelt und umgesetzt. Wichtige Förderungsschwerpunkte sind: Qualität und Quantität im Schulsport, gezielte Sportförderung mit spezifischen Unterstützungsmassnahmen und Unterstützung der allgemeinen Bemühungen um die Entwicklung des Breitensports.

Indikatoren und Kenngrössen	2009	2010	2011	2012	2013
30 Kulturförderung Anzahl Besucher kantonale Museen Lastenausgleich Kultur Zentralschweizer Kantone Zahl der unterstützten Kulturprojekte	80'000 2 Mio. 300	80'000 2 Mio. 350	80'000 2 Mio. 350	80'000 2 Mio. 350	80'000 2 Mio. 350
31 Denkmalpflege und Archäologie Archäologische Untersuchungen	9	10	10	10	10
Finanzielle Veränderungen gegenüber dem IFAP 2009-2013					
Laufende Rechnung	2009	2010	2011	2012	2013
- Aufwand IFAP 2009-2013 Neuer IFAP 2009-2013 Veränderung	52.3 52.3 0.0	53.7 53.7 0.0	54.4 55.1 -0.7	55.9 56.0 -0.1	56.4 56.5 -0.1
- Ertrag IFAP 2009-2013 Neuer IFAP 2009-2013 Veränderung	14.9 14.9 0.0	14.9 14.9 0.0	15.0 15.0 0.0	15.0 15.0 0.0	15.1 15.1 0.0
Begründung: Die Retrokatalogisierung hat sich gegenüber der bisherigen Planung verzögert, womit sich der Mehraufwand ins 2011 hineinzieht.					
Investitionsrechnung	2009	2010	2011	2012	2013
- Ausgaben IFAP 2009-2013 Neuer IFAP 2009-2013 Veränderung	7.0 6.9 0.1	6.6 7.1 -0.5	6.6 7.1 -0.5	6.6 6.8 -0.2	6.6 6.6 0.0
- Einnahmen IFAP 2009-2013 Neuer IFAP 2009-2013 Veränderung	0.4 0.4 0.0	0.0 0.4 -0.4	0.0 0.4 -0.4	0.0 0.1 -0.1	0.0 0.0 0.0
Begründung: Neu werden die Investitionen für kantonale Hochbauten brutto verbucht, davon werden 3 Prozent dem Bereich Kultur und Freizeit zugeordnet. Den Mehrausgaben stehen Mehreinnahmen im selben Umfang gegenüber.					
Staatsbeiträge gesamt	2009	2010	2011	2012	2013
- Aufwand/Ausgaben IFAP 2009-2013 Neuer IFAP 2009-2013 Veränderung	23.8 23.8 0.0	25.2 25.2 0.0	26.6 26.6 0.0	27.9 27.9 0.0	28.1 28.1 0.0
- Ertrag/Einnahmen IFAP 2009-2013 Neuer IFAP 2009-2013 Veränderung	2.4 2.4 0.0	2.4 2.4 0.0	2.4 2.4 0.0	2.4 2.4 0.0	2.4 2.4 0.0

Vorhaben und Projekte			
	Realisierungszeitraum (Jahre)	Gesamte Projektkosten / Veränderung Betriebskosten 2010-2013 in Mio. Franken	Investitionskosten 2010-2013 in Mio. Franken
Beschlossene / eingerechnete Vorhaben			
3.1.1/09 Höhere Staatsbeiträge an Zweckverband Grosse Kulturbetriebe	2010-2013	12,6	
3.1.2/09 Wegfallende Projektkosten Retrokatalogisierung	bis 2010	-3,4	
3.1.3/09 Wegfallender Investitionsbeitrag an Verkehrshaus Luzern	bis 2010		-3,8
Geplante Vorhaben (nicht eingerechnet)			
Keine			
Gesetzesänderungen			
3.3.1/09 Denkmalpflege und Archäologie (Bau- und Fundstelleninventar)	2009		
Hochbauprojekte			
3.4.1/09 Neubau Turnhalle Allmend Luzern: Mieterausbau (3,2 Mio. Fr.)	2009-2011	2,9	
3.4.2/09 Zentral- und Hochschulbibliothek Luzern: Sanierung und Erweiterung (gesamte Kosten 15,6 Mio. Fr.)	2009-2013		15,0
Weitere Umsetzungsmassnahmen zum Legislaturprogramm 2007-2011			
Keine			

(in Mio. Franken)

Laufende Rechnung	R2007	R2008	B2009	2010	2011	2012	2013	%
Aufwand	53.8	62.1	52.3	53.7	55.1	56.0	56.5	7.9%
Ertrag	10.8	19.5	14.9	14.9	15.0	15.0	15.1	1.2%
Aufwand-/Ertragsüberschuss	42.9	42.6	37.4	38.7	40.1	41.0	41.4	
30 Kulturförderung								
Aufwand	45.6	57.0	43.7	44.8	46.2	47.1	47.4	
Ertrag	10.1	18.9	11.5	11.6	11.6	11.7	11.7	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	35.5	38.1	32.1	33.2	34.6	35.4	35.7	
31 Denkmalpflege und Heimatschutz								
Aufwand	6.5	3.6	4.1	4.2	4.3	4.3	4.4	
Ertrag	0.2	0.1	0.1	0.1	0.1	0.1	0.1	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	6.3	3.5	4.0	4.1	4.2	4.2	4.3	
34 Sport								
Aufwand	1.4	1.2	4.3	4.3	4.3	4.3	4.3	
Ertrag	0.5	0.5	3.3	3.3	3.3	3.3	3.3	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	0.8	0.7	1.0	1.0	1.0	1.0	1.1	
39 Kirche								
Aufwand	0.3	0.3	0.3	0.3	0.3	0.3	0.3	
Ertrag	-	-	-	-	-	-	-	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	0.3							
Investitionsrechnung	R2007	R2008	B2009	2010	2011	2012	2013	%
Ausgaben	5.0	6.9	6.9	7.1	7.1	6.8	6.6	-3.5%
Einnahmen	1.4	0.2	0.4	0.4	0.4	0.1	0.0	-99.3%
Ausgaben-/Einnahmenüberschuss	3.6	6.7	6.5	6.6	6.6	6.6	6.6	
Staatsbeiträge	R2007	R2008	B2009	2010	2011	2012	2013	%
Laufende Rechnung								
Aufwand	14.5	19.3	19.4	20.7	22.1	23.4	23.6	22.1%
Ertrag	0.5	0.4	2.4	2.4	2.4	2.4	2.4	0.0%
Aufwand-/Ertragsüberschuss	14.0	19.0	17.0	18.3	19.7	21.0	21.2	
Investitionsrechnung								
Ausgaben	1.9	4.3	4.4	4.4	4.4	4.4	4.4	0.0%
Einnahmen	-	-	-	-	-	-	-	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	1.9	4.3	4.4	4.4	4.4	4.4	4.4	

4 Gesundheit

Neuer IFAP 2009-2013

Grundauftrag und Veränderungen

Grundauftrag, Legislaturprogramm und generelle Entwicklung

Grundauftrag

40 / 42 Spitäler und psychiatrische Kliniken

- Die Unternehmen gewährleisten eine wirksame, zweckmässige und wirtschaftliche Spitalversorgung für die Kantonseinwohnerinnen und Kantonseinwohner im ganzen Kantonsgebiet.
- Know-how- und ressourcenintensive medizinische Dienstleistungen sind aus Gründen der Qualitätssicherung und Wirtschaftlichkeit möglichst weitgehend an einem Standort zu konzentrieren.
- Das Angebot erfolgt innerkantonal und interkantonal möglichst koordiniert und auf einem qualitativ hohen Niveau. Es wird eine enge Zusammenarbeit und Koordination des Angebots für die ganze jeweils definierte Versorgungsregion angestrebt.
- Das Luzerner Kantonsspital, Standort Luzern, ist ein überkantonales Zentrum für die umfassende Erstversorgung und Zentrumsversorgung.
- Die Spitalversorgung umfasst ambulante und stationäre Leistungen sowie weitere Leistungen, die den Spitätern durch Gesetz, Verträge, Leistungsaufträge und Leistungsvereinbarungen übertragen werden, wie Sicherstellung der Notfallversorgung, Aus- und Weiterbildung, Lehre und Forschung sowie Nebenleistungen.

45 Krankheitsbekämpfung

- Beaufsichtigung des öffentlichen Gesundheitswesens mit Prävention und Gesundheitsförderung, inkl. Sucht- und Infektionskrankheiten.

47 Lebensmittelkontrolle

- Überwachung von Lebensmittelbetrieben und dazugehörend Untersuchung von Lebensmitteln, Trinkwasser und Gebrauchsgegenständen.
- Überwachung der öffentlichen Badebetriebe mit künstlichen Becken.
- Bewilligung, Beratungs- und Auskunftsauflagen im Bereich der Lebensmittelproduktion.
- Vollzug der Lebensmittel- und Gesundheitsgesetzgebung.
- Schutz und Sicherheit im Umgang mit Heilmitteln und Chemikalien.

49 Übriges Gesundheitswesen

- Fachliche Betreuung der Schul- und Amtsärzte und der Schulzahnpflege.
- Begutachtung zahnärztliche und zahntechnische Kostenvoranschläge und Rechnungen.
- Vorsorge und Bewältigung von ausserordentlichen Ereignissen, resp. Bereitstellung von sanitätsdienstlichen Mitteln.
- Vollzug der Heilmittelgesetzgebung.
- Erteilung von Bewilligungen für Medizinalpersonen und für die Ausübung anderer Berufe im Gesundheitswesen.

Zuteilung der Leistungsgruppen und Dienststellen zu den Aufgabenbereichen

Aufgabe (Nr. und Bezeichnung)	Leistungsgruppe	Dienststelle(n)	Departement
40 Spitäler	Gesundheitsversorgung, Anteil Spitäler und Staatsbeitrag an LUKS (inkl. Montana)	Dienststelle Spitäler	GSD
	Ausserkantonale Hospitalisationen	Kantonsärztliche Dienste	GSD
42 Psychiatrische Kliniken	Gesundheitsversorgung, Anteil psychiatrische Kliniken und Staatsbeitrag an lups	Dienststelle Spitäler	GSD
45 Krankheitsbekämpfung	Soziale Massnahmen, Staatsbeiträge an Sucht- und Therapieheime	Dienststelle Soziales und Gesellschaft	GSD
47 Lebensmittelkontrolle	Lebensmittelkontrolle und Verbraucherschutz	Dienststelle Lebensmittelkontrolle und Verbraucherschutz	GSD
49 Übriges Gesundheitswesen	Departementsführung und Dienstleistungen	Departementssekretariat GSD	GSD
	Gesundheitsschutz und -förderung	Kantonsärztliche Dienste	GSD
	Gesundheitsvorsorge	Kantonsapotheke	GSD

Legislaturprogramm 2007-2011

Wir wollen die Gesundheit der Menschen in unserem Kanton erhalten, fördern und - sofern nötig und möglich - wiederherstellen. Mit unseren Vorgaben sichern wir die Qualität und minimieren unnötige Mengenausweitungen bei den Gesundheitsleistungen. Wir verhindern Fehlanreize und halten die Kosten möglichst tief. Im Kanton Luzern sollen dadurch die Krankenkassenprämien weiterhin deutlich unter dem schweizerischen Mittel liegen.

Wir berücksichtigen die Herausforderungen, die Jugendliche an uns stellen, ebenso wie die Ansprüche einer alternden Gesellschaft und legen grossen Wert auf gesundheitsfördernde und präventive Massnahmen gegen Bewegungsarmut, Fettleibigkeit und Suchtmittelmissbrauch. In einem „Alkohol-Aktionsplan“ werden wir aufzeigen, wie wir den alkoholbedingten Problemen im Kanton Luzern zu begegnen gedenken. Wir beabsichtigen, das „Luzerner Bündnis gegen Depression“ sowie - zusammen mit den Gemeinden und den Bildungsinstitutionen - das „Luzerner Aktionsprogramm gesundes Körpergewicht“ umzusetzen und im Kanton einen konsequenten Nichtrauerschutz einzuführen. Das Luzerner Krebsregister werden wir so konzipieren, dass sich die Zentralschweizer Kantone daran beteiligen können.

Spitäler mit grösserer unternehmerischer Freiheit

Mit dem neuen Gesundheitsgesetz, das am 1. Januar 2006 in Kraft getreten ist, hat der Kanton seine gesetzlichen Vorgaben an das Krankenversicherungsrecht, das Heilmittelrecht und das Medizinalberuferecht des Bundes angepasst. Mit dem neuen Spitalgesetz (Stellung und Aufgaben der öffentlichen Spitäler), das vom Volk am 26. November 2006 angenommen wurde, erhalten die öffentlichen Spitäler mehr unternehmerische Freiheit und damit bessere Chancen, sich im Wettbewerb auf dem Gesundheitsmarkt durchzusetzen. In diesem Zusammenhang prüfen wir auch die Eigentumsübertragung der Spitalbauten an die selbständigen Unternehmen.

In den letzten Jahren mussten dringliche Unterhaltsprojekte und betriebliche Optimierungen zurückgestellt werden. Deshalb haben wir in einem standortübergreifenden Strategiepapier die Bedarfs- und Bauplanung aufgezeigt (Planungsbericht Spitalbauten). In den nächsten 15 Jahren sollen unsere Spitäler bezüglich Gebäude, Funktionalität und Organisation modernisiert werden. Wir gehen dabei von einem Finanzbedarf von 700 bis 900 Millionen Franken aus.

Bedarfsgerechte und kostengünstige Versorgung

Mit der Verselbständigung der Spitäler hat sich auch die Rolle des Kantons verändert. Wir gewährleisten eine bedarfsgerechte, allen zugängliche und kostengünstige medizinische und pflegerische Versorgung für die Luzerner Bevölkerung (inkl. Notfallversorgung) sowohl im stationären als auch im ambulanten Bereich. Dem sich abzeichnenden Mangel an Hausärztinnen und Hausärzten begegnen wir mit gezielten Massnahmen, wie z.B. der Förderung des Modells „Praxisassistenz“, mit der Errichtung von Notfallstützpunkten in Zusammenarbeit mit den Spitäler und dem Aufbau einer telefonischen Notfalltriajenummer.

Generelle Entwicklung

40 Spitäler

Die medizinische, technologische und pharmazeutische Entwicklung im Gesundheitswesen ist sehr dynamisch. Das Luzerner Kantons-spital muss den Fortschritt nachvollziehen, um auch in Zukunft die hohe medizinische Versorgung der Luzerner Bevölkerung und die starke Position als Zentrumsspital der Zentralschweiz zu sichern. Gleichzeitig gilt es, neue, exogen verursachte Auflagen zu erfüllen, wie die Umsetzung der neuen Bildungssystematik, die Einführung der fallpauschalisierten Abgeltung (DRG), die arbeitsrechtlichen Vorgaben, die Etablierung von Qualitätssystemen, die Zusammenführung zum Luzerner Kantonsspital u.v.m.

Bemerkungen: Am 5. und 6. November 2007 hat der Grosse Rat eine Bemerkung überwiesen, wonach die Informationen über das Luzerner Kantonsspital und über die Luzerner Psychiatrie ab Voranschlag 2009 mit geeigneten Zahlen betreffend Qualität der erbrachten Leistungen zu ergänzen sind. Das LUKS hat bereits verschiedene Massnahmen zur Qualitätssicherung eingeführt. Zurzeit sind Bestrebungen im Gang, gesamtschweizerisch die gleichen Qualitätsindikatoren zu messen und auch die Kriterien zur Bemessung zu vereinheitlichen. Sobald die entsprechenden Definitionen feststehen, werden die Kennzahlen veröffentlicht. Allfällige Kostenveränderungen im Zusammenhang mit dem Übertrag der Spitalliegenschaften (momentan läuft eine Vorstudie) sind im vorliegenden IFAP nicht berücksichtigt.

Die finanziellen Folgen der Revision des KVG können im Moment nur grob abgeschätzt werden, weil die Verordnungen noch fehlen und auch die Auswirkungen zum Teil noch unklar sind (z.B. freie Spitalwahl); die Finanzierung und das Controlling im Bereich der ausserkantonalen Hospitalisationen werden sich je nach Ausgang des Prozesses verändern. Die KVG-Revision hat mehrere Auswirkungen:

1. Die Versicherer werden die Investitionskosten auch an den öffentlichen Spitäler mitzutragen haben. Diese gelten neu als anrechenbare Kosten (ab 2012). Der Kostenteiler ist allgemein neu 55 % (bisher rund 46 %) zu Lasten des Kantons und 45 % zu Lasten der Versicherer (ab 2015).
2. Der Kanton Luzern muss neu auch an alle Privatspitäler, die auf der Spitalliste des Kantons Luzern oder eines entsprechenden Standortkantons sind, eine Kostenbeteiligung leisten. Dies führt zu einer massiven Mehrbelastung des Kantons.
3. Ausserdem herrscht die Spitalwahlfreiheit.

Eine verlässliche Aussage ist zurzeit aufgrund des laufenden Verfahrens nicht möglich. Zurzeit müssen wir davon ausgehen, dass auf den Kanton Luzern Mehrkosten in der Gröszenordnung von ca. 30 Millionen Franken zukommen werden. Die GDK hat Schätzungen ange stellt und ist dabei auf Mehrkosten zwischen 800 und 1'200 Millionen Franken gekommen. Die Gröszenordnung von ca. 5 % entspricht dem Anteil des Kantons Luzern (Anteil an Wohnbevölkerung).

42 Psychiatrische Kliniken

Die Luzerner Psychiatrie (lups) stellt im Rahmen des Leistungsauftrages und der Leistungsvereinbarung die Grundversorgung in allen Regionen des Kantons Luzern für die Erwachsenen- und die Kinder- und Jugendpsychiatrie angemessen und wirtschaftlich sicher. Das Angebot erfolgt innerkantonal und interkantonal möglichst koordiniert und auf einem qualitativ hohen Niveau. Die Erstversorgung in Notfallsituationen ist im ganzen Kantonsgebiet sichergestellt.

Bemerkungen: Allfällige Kostenveränderungen im Zusammenhang mit dem Übertrag der Spitalliegenschaften (momentan läuft eine Vorstudie) sind im vorliegenden IFAP nicht berücksichtigt.

45 Krankheitsbekämpfung

Fertigstellung des Konzepts zur Präpandemie-Massen-Impfung, Konzepte zu Contact-Tracing und Social-Distancing sowie spitälexterne Krankenpflege im Pandemiefall. Jährliches Controlling und Update der Pandemieplanung in den Spitäler. Im Verlauf der letzten Jahre sind Infektionskrankheiten generell wieder wichtiger geworden (Masernausbruch bei ungenügender Durchimpfung, Keuchhusten, Tuberkulose etc.) und erfordern deutlich mehr Aufwand. Neu hat der Kanton Luzern zusätzlich die Umsetzung eines kantonalen Impfprogramms zur HPV-Impfung (gegen Gebärmutterhalskrebs) für Mädchen/junge Frauen zwischen 11-14 Jahren und 15-19 Jahren zu planen und durchzuführen.

47 Lebensmittelkontrolle

Durch zunehmende Internationalisierung bei Vertrieb und Herstellung von Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen sowie Übernahme der EU-Lebensmittelgesetzgebung sowie weitere gesetzliche Vorgaben (Gesetz über technische Handelshemmisse und Cassis de Dijon) wird die Lebensmittelkontrolle zunehmend aufwendiger.

49 Übriges Gesundheitswesen					
Wichtigste Projekte:					
<ul style="list-style-type: none"> - Weitere Umsetzung der Fleischkontrolle im Rahmen der NFA und der Finanzreform 08, verbunden mit der von der EU und vom Bund geforderten Professionalisierung und dem Vollzug der neuen Vorschriften („EU-Äquivalenz“). - Ausrottung der Rinderseuche BVD (ab 2008) und der Blauzungenkrankheit (bis 2010) - Inspektorat für die tierärztlichen Apotheken in 10 Kantonen - Bewältigung des erhöhten Arbeitsanfalles im Bereich gefährliche Hunde 					
Indikatoren und Kenngrössen					
2009					
2010					
2011					
2012					
2013					
40 Spitäler					
Stationärer Bereich: Anzahl Pflegetage	308'896	309'000	309'400	309'700	310'000
Anzahl Austritte	34'700	34'900	35'200	35'400	35'700
Anzahl durchschnittlich betriebene Betten	935	935	930	930	930
Durchschnittliche Aufenthaltsdauer	8.9	8.9	8.8	8.7	8.7
Belegungsgrad Betten im stationären Bereich	90	90	90.2	90.4	90.5
Durchschnittliche Kosten pro Pflegetag	1'528	1589	1653	1719	1687
Ambulanter Bereich: Anzahl Taxpunkte	115'000'000	121'900'000	129'214'000	136'966'840	145'184'850
42 Psychiatrische Kliniken					
Stationärer Bereich: Anzahl Pflegetage	127'750	127'000	126'500	126'000	125'000
Anzahl Austritte	2'039	2'069	2'089	2'089	2'109
Anzahl durchschnittlich betriebene Betten	368	368	366	365	362
Durchschnittliche Aufenthaltsdauer (stationär, ohne Heime)	50	49	48	48	47
Belegungsgrad Betten im stationären Bereich (inkl. Heime)	95	95	95	95	95
Durchschnittliche Kosten pro Pflegetag:					
- stationäre Dienste (ohne Heime)	622	643	665	686	713
- KJPD (stationär)	678	696	716	735	755
Ambulanter Bereich: Anzahl Taxpunkte	7'078'000	7'100'000	7'125'000	7'150'000	7'175'000
Pat.zufriedenheit Behandlung und Betreuung (%)	80	80	80	80	80
Pat.zufriedenheit Hotelleistungen und Infrastruktur (%)	84	84	84	84	84
47 Lebensmittelkontrolle					
Reaktionen bei Grenzwertüberschreitungen am gleichen Tag	100%	100%	100%	100%	100%
Berichtsversand innert 5 Arbeitstagen nach Untersuchungsende	90%	90%	90%	90%	90%
Unterstützung der LMK durch Begleitung der Inspektion	100%	100%	100%	100%	100%
Anzahl Betriebsinspektionen	3'000	3'000	3'000	3'000	3'000
Reaktionen bei Grenzwertüberschreitungen am gleichen Tag	100%	100%	100%	100%	100%
49 Übriges Gesundheitswesen					
Ausserkantonale Hospitalisationen in Mio. Fr.	13.3	13.57	13.84	54.11	54.4
- Anzahl Gesuche	3'400	3'450	3'600	--	--
- bewilligte Gesuche	2'030	2'060	2'160	--	--
- abgelehnte Gesuche	1'365	1'380	1'430	--	--
- bezahlte ambulante Gesuche	5	10	10	--	--
Stabilisierung und Verbesserung der Gesundheit der Luzerner Bevölkerung durch:					
- Überprüfung Praxisbewilligung	1 - 5	1 - 5	1 - 5	1 - 5	1 - 5
- Bearbeitung Meldewesen Infektionskrankheiten an einem Tag	100%	100%	100%	100%	100%
- Gesundheitsberichte (inkl. Planung und Umsetzung)	1 - 2	1 - 2	1 - 2	1 - 2	1 - 2
- Fortbildung für Schul- und Amtsärzte	3 - 5	3 - 5	3 - 5	3 - 5	3 - 5

Finanzielle Veränderungen gegenüber dem IFAP 2009-2013					
Laufende Rechnung	2009	2010	2011	2012	2013
- Aufwand					
IFAP 2009-2013	269.3	276.1	283.2	320.4	328.1
Neuer IFAP 2009-2013	266.6	266.9	272.7	306.7	311.3
Veränderung	2.7	9.2	10.5	13.7	16.8
- Ertrag					
IFAP 2009-2013	6.5	6.6	6.7	6.7	6.8
Neuer IFAP 2009-2013	6.5	6.6	6.7	6.8	6.8
Veränderung	0.0	0.0	0.0	-0.1	0.0
Begründung:					
Die Staatsbeiträge ans Luzerner Kantonsspital (LUKS) und an die Luzerner Psychiatrie (<i>lups</i>) fallen tiefer aus. Einerseits wurde in der Nachbesserung des Voranschlages 2009 eine Verbesserung um 2,2 erreicht. Andererseits konnte aufgrund der positiven Jahresabschlüsse 2008 die Basis für die Planung ab 2010 um 6,1 Millionen Franken gesenkt werden. Außerdem verkürzt sich die Zuwachsrate des Beitrages an LUKS für 2011 auf 2,25 Prozent und ab 2012 auf 1,5 Prozent sowie an <i>lups</i> auf 2,25 Prozent für 2010/2011 und auf 1,5 Prozent für 2012/2013 (bisherige Zuwachsrate jeweils 2,75 Prozent).					
Investitionsrechnung	2009	2010	2011	2012	2013
- Ausgaben					
IFAP 2009-2013	42.8	36.3	36.2	36.2	36.1
Neuer IFAP 2009-2013	40.5	43.1	43.1	38.4	36.2
Veränderung	2.3	-6.8	-6.9	-2.2	-0.1
- Einnahmen					
IFAP 2009-2013	6.6	0.3	0.3	0.3	0.3
Neuer IFAP 2009-2013	6.6	6.9	6.9	2.3	0.0
Veränderung	0.0	-6.6	-6.6	-2.0	0.3
Begründung:					
Neu werden die Investitionen für kantonale Hochbauten brutto verbucht, davon werden 48 Prozent dem Bereich Gesundheit zugeordnet. Den Mehrausgaben stehen Mehreinnahmen im selben Umfang gegenüber.					
Staatsbeiträge gesamt	2009	2010	2011	2012	2013
- Aufwand/Ausgaben					
IFAP 2009-2013	255.9	262.6	269.4	306.5	314.1
Neuer IFAP 2009-2013	253.2	253.4	258.9	292.8	297.3
Veränderung	2.7	9.2	10.5	13.7	16.8
- Ertrag/Einnahmen					
IFAP 2009-2013	1.5	1.5	1.5	1.6	1.6
Neuer IFAP 2009-2013	1.5	1.5	1.5	1.6	1.6
Veränderung	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Begründung:					
Die Staatsbeiträge ans Luzerner Kantonsspital (LUKS) und an die Luzerner Psychiatrie (<i>lups</i>) fallen tiefer aus. Einerseits wurde in der Nachbesserung des Voranschlages 2009 eine Verbesserung um 2,2 erreicht. Andererseits konnte aufgrund der positiven Jahresabschlüsse 2008 die Basis für die Planung ab 2010 um 6,1 Millionen Franken gesenkt werden. Außerdem verkürzt sich die Zuwachsrate des Beitrages an LUKS für 2011 auf 2,25 Prozent und ab 2012 auf 1,5 Prozent sowie an <i>lups</i> auf 2,25 Prozent für 2010/2011 und auf 1,5 Prozent für 2012/2013 (bisherige Zuwachsrate jeweils 2,75 Prozent).					

Vorhaben und Projekte			
	Realisierungszeitraum (Jahre)	Gesamte Projektkosten / Veränderung Betriebskosten 2010-2013 in Mio. Franken	Investitionskosten 2010-2013 in Mio. Franken
Beschlossene / eingerechnete Vorhaben			
4.1.1/09 Mehrkosten für ausserkantonale Hospitalisation (exkl. neue Spitalfinanzierung)	2010-2013	2,8	
4.1.2/09 Mehraufwand Fleischkontrollen	2010-2013	1,2	
4.1.3/09 Kosten neue Spitalfinanzierung	ab 2012	60,5	
4.1.4/09 Erhöhung des Staatsbeitrags an LUKS (Erhöhung um 2,75 (2010), 2,25 (2011) und 1,5 (2012/2013) Prozent)	2010-2013	16,1	
4.1.5/09 Erhöhung des Staatsbeitrags an <i>lups</i> (Erhöhung um 2,25 (2010/2011) und 1,5 (2012/2013) Prozent)	2010-2013	9,6	
4.1.6/09 Rückläufige Informatikinvestitionen im GSD	2010-2013		-1,4
Geplante Vorhaben (nicht eingerechnet)			
Keine			
Gesetzesänderungen			
Keine			
Hochbauprojekte			
4.4.1/09 Luzerner Kantonsspital, Standort Luzern			
a) Sanierung und Erweiterung Spitalzentrum (ca. 340 Mio. Fr.)	2009-2020	35,0	
b) Gesamtsanierung Augenklinik (total 28 Mio. Fr.)	2009-2013	27,0	
c) Gesamtsanierung Personalwohnhaus (6,5 Mio. Fr.)	2013-2015	0,5	
d) Sanierung und Erweiterung Restaurant (total 9 Mio. Fr.)	2009-2011	8,5	
e) Innensanierung Personalwohnhaus 1 (total 13 Mio. Fr.)	2009-2011	13,0	
f) Sanierung Operationssäle Zentrum (total 10 Mio. Fr.)	2009-2010	2,0	
g) Sanierung und Erweiterung Kinderspital (total 59 Mio. Fr.)	2009-2016	22,5	
h) Ersatz Dampfkessel und NotwärmeverSORGUNG (4,5 Mio. Fr.)	2009-2010	2,5	

		Realisierungszeitraum (Jahre)	Gesamte Projektkosten / Veränderung Betriebskosten 2010-2013 in Mio. Franken	Investitionskosten 2010-2013 in Mio. Franken
4.4.2/09	Luzerner Kantonsspital, Standort Sursee: Sanierung Eingangshalle und Labor (1,7 Mio. Fr.)	2009-2010		1,5
4.4.3/09	Luzerner Kantonsspital, Standort Wolhusen a) Gesamtsanierung Hauptgebäude (102 Mio. Fr.) b) Gesamtsanierung Personalwohnhaus C (3 Mio. Fr.)	2009-2018 2011		16 3
4.4.4/09	Luzerner Psychiatrie, Standort St. Urban a) Gesamtsanierung Haus C b) Betriebliche Anpassungen, Sanierung Haus A (3,5 Mio. Fr.) c) Sanierung Küche d) Erneuerung Lüftungsanlagen (gesamte Kosten 3,6 Mio. Fr.) e) Gesamtsanierung Haus B: Ausbau, Sanierung Haustechnik, Brandschutz (3 Mio. Fr.)	2010-2012 2009-2010 2010-2011 2009-2013 2012-2014		4,6 1,5 3,0 3,0 2,8
Weitere Umsetzungsmassnahmen zum Legislaturprogramm 2007-2011				
4.5.1/09	Ambulatorium Seetal: Aufbau KJPd und Erwachsenenpsychiatrie (Massn. Nr. 809 Gesundheitsversorgung)	2009		
4.5.2/09	Ausbau Forensik (Massnahme Nr.803 Gesundheitsversorgung)	2009		
4.5.3/09	Ambulante Dienste Erwachsenenpsychiatrie Stadt Luzern: Ausbau und Zusammenlegung der diversen Standorte	2010		
4.5.4/09	Kinderpsychiatrische Tagesklinik Raum Sursee	2011		
4.5.5/09	Weiterausbau Ambulante Dienste (GiA, Ambulatorien, Tageskliniken)	2012		
4.5.6/09	Einführung DRG vorbereiten	2010/2011		
4.5.7/08	Förderung Praxisassistenz in Zusammenarbeit mit den Hausärzten	2009		
4.5.8/08	Einführung Krebsregister	2009/2010		
4.5.9/08	Einrichtung von Notfallstützpunkten	2009/2010		

(in Mio. Franken)

Laufende Rechnung	R2007	R2008	B2009	2010	2011	2012	2013	%
Aufwand	702.2	262.7	266.6	266.9	272.7	306.7	311.3	16.7%
Ertrag	477.4	7.1	6.5	6.6	6.7	6.8	6.8	4.0%
Aufwand-/Ertragsüberschuss	224.9	255.5	260.1	260.3	266.0	300.0	304.5	
40 Spitäler								
Aufwand	598.5	198.3	200.8	200.0	204.5	237.6	241.2	
Ertrag	422.8	1.2	1.0	1.0	1.0	1.1	1.1	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	175.7	197.1	199.8	199.0	203.4	236.5	240.2	
42 Psychiatrische Kliniken								
Aufwand	87.6	45.7	46.7	47.7	48.8	49.5	50.3	
Ertrag	48.5	-	-	-	-	-	-	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	39.2	45.7	46.7	47.7	48.8	49.5	50.3	
45 Krankheitsbekämpfung								
Aufwand	0.6	3.2	2.9	3.0	3.0	3.1	3.1	
Ertrag	1.5	0.2	1.6	1.6	1.6	1.6	1.7	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	-0.8	3.0	1.4	1.4	1.4	1.4	1.5	
47 Lebensmittelkontrolle								
Aufwand	3.3	4.4	4.9	4.9	4.9	5.0	5.0	
Ertrag	0.9	1.3	1.0	1.0	1.0	1.0	1.0	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	2.3	3.1	4.0	3.9	3.9	4.0	4.0	
49 Übriges Gesundheitswesen								
Aufwand	12.1	11.1	11.3	11.4	11.4	11.5	11.6	
Ertrag	3.7	4.5	3.0	3.0	3.0	3.0	3.1	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	8.4	6.6	8.3	8.3	8.4	8.5	8.6	
Investitionsrechnung	R2007	R2008	B2009	2010	2011	2012	2013	%
Ausgaben	71.1	40.8	40.5	43.1	43.1	38.4	36.2	-10.7%
Einnahmen	22.5	3.4	6.6	6.9	6.9	2.3	0.0	-99.3%
Ausgaben-/Einnahmenüberschuss	48.6	37.3	34.0	36.3	36.2	36.1	36.1	
Staatsbeiträge	R2007	R2008	B2009	2010	2011	2012	2013	%
<i>Laufende Rechnung</i>								
Aufwand	18.7	249.9	253.2	253.4	258.9	292.8	297.3	17.4%
Ertrag	3.7	1.3	1.5	1.5	1.5	1.6	1.6	7.6%
Aufwand-/Ertragsüberschuss	15.0	248.6	251.7	251.9	257.4	291.3	295.7	
<i>Investitionsrechnung</i>								
Ausgaben	-	-	-	-	-	-	-	
Einnahmen	-	-	-	-	-	-	-	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	-							

5 Soziale Wohlfahrt

Neuer IFAP 2009-2013

Grundauftrag und Veränderungen

Grundauftrag, Legislaturprogramm und generelle Entwicklung

Grundauftrag

50 Altersversicherung

- Kantonsbeitrag an AHV (bis 2007)

51 Invalidenversicherung

- Kantonsbeitrag an IV (bis 2007)

52 Krankenversicherung

- Umsetzung des KVG, insbesondere im Bereich der individuellen Prämienverbilligung und bei der Pflegeheimplanung

53 Sonstige Sozialversicherungen

- Organisation und Sicherstellung der Ergänzungsleistungen zur AHV und zur IV

54 Jugendschutz

- Vollzug des Gesetzes für soziale Einrichtungen und der Interkantonalen Vereinbarung für soziale Einrichtungen IVSE (ersetzt IHV)

55 Invalidität

- Vollzug des Gesetzes für soziale Einrichtungen und der Interkantonalen Vereinbarung für soziale Einrichtungen IVSE (ersetzt IHV)

58 Wirtschaftliche Sozialhilfe

- Erteilung von Bewilligungen nach Sozialhilfegesetz
- Unterbringung und Betreuung von Asylsuchenden und Betreuung von anerkannten Flüchtlingen
- Erfüllung verschiedener Aufgaben zu sozialpolitischen Fragestellungen wie Kinderschutz, Familienfragen, Armut und Alter
- Leitung, Beaufsichtigung und Koordination der Sozialhilfe und Sozialplanung
- Auskunfts- und Beratungsstelle für die Sozialämter der Gemeinden
- Vollzug des Opferhilfegesetzes, insbesondere die Opferberatung und die Ausrichtung von finanziellen Leistungen an Opfer von Straftätern
- Vollzug des Bundesgesetzes über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzentschädigung (AVIG)

Zuteilung der Leistungsgruppen und Dienststellen zu den Aufgabenbereichen

Aufgabe (Nr. und Bezeichnung)	Leistungsgruppe	Dienststelle(n)	Departement
52 Krankenversicherung	Staatsbeitrag für Prämienverbilligungen	Departementssekretariat GSD	GSD
53 Sonstige Sozialversicherungen	Staatsbeitrag für Ergänzungsleistungen und Familienzulagen für nicht Erwerbstätige	Departementssekretariat GSD	GSD
54 Jugendschutz	Teil Justizheime der „Sozialen Massnahmen“	Dienststelle Soziales und Gesellschaft	GSD
55 Invalidität	Teil Behindertenheime der „Sozialen Massnahmen“	Dienststelle Soziales und Gesellschaft	GSD
56 Sozialer Wohnungsbau	Sozialer Wohnungsbau	Dienststelle Immobilien	FD
58 Wirtschaftliche Sozialhilfe	AVIG- und AVG-Vollzug	Wirtschaft und Arbeit (wira)	GSD
	Soziale Massnahmen (mit Ausnahme der Sozialen Einrichtungen)	Dienststelle Soziales und Gesellschaft	GSD
	Abgeltung Ausgleichskasse und Beitrag an ZISG	Departementssekretariat GSD	GSD

Legislaturprogramm 2007-2011

Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit können langfristig nur mit gesellschaftlichem Zusammenhalt und mit einem funktionierenden Interessenausgleich unter den verschiedenen Bevölkerungsgruppen gesichert werden. Damit Menschen in unserer Gesellschaft integriert leben können, müssen wir sie am wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben der Gesellschaft teilhaben lassen. Wir setzen uns dafür ein, dass sie einen chancengleichen Zugang zu Bildung, Wohnraum und Gesundheitsversorgung erhalten. Besondere Integrationsmassnahmen sind erforderlich für Kinder und Jugendliche, Migrantinnen und Migranten, Kranke, Menschen mit Behinderung sowie von Armut betroffene Menschen. Mit der neuen Dienststelle Soziales und Gesellschaft haben wir die organisatorischen Voraussetzungen geschaffen, um unsere sozialpolitischen Ziele koordiniert und mit Nachdruck zu verfolgen. Über die Fachstelle Gesellschaftsfragen vermitteln wir Impulse zur Förderung des Zusammenhalts in unserer Gesellschaft, die auf allen Verwaltungsebenen aufgenommen und umgesetzt werden.

Existenzsicherung: Hilfe zur Selbsthilfe

Die Sicherung der Existenz ist eines der zentralen menschlichen Grundbedürfnisse. Möglichst alle Menschen im Erwerbsalter sollen in der Lage sein, unabhängig von ihrer Familiensituation, ihren körperlichen, psychischen und intellektuellen Voraussetzungen ihre Existenz durch Erwerbsarbeit zu sichern. Wir beobachten den Arbeitsmarkt und bekämpfen Missstände wie Schwarzarbeit und Lohndumping. Durch Förderung z.B. der Interinstitutionellen Zusammenarbeit (IIZ) wollen wir eine wirksame Sozialprävention betreiben.

Die persönliche Selbstverantwortung steht im Vordergrund. Staatliche Massnahmen schaffen dafür - wo nötig - die Rahmenbedingungen im Sinne von Hilfe zur Selbsthilfe. Dort wo das System Lücken oder Fehlanreize aufweist, wollen wir diese beseitigen. Mit dem neuen Gesetz über die sozialen Einrichtungen (SEG) sind die sozialen Institutionen gehalten, unternehmerisch und eigenverantwortlich zu handeln. Wir sorgen mit Leistungsaufträgen dafür, dass ein qualitativ und quantitativ genügendes Angebot zur Verfügung steht.

Familien wirkungsvoll unterstützen

Wir wollen weiterhin einer der familienfreundlichsten Kantone bleiben. Neben der Funktion der sozialen Absicherung der einzelnen Mitglieder tragen Familien die Entwicklung der Gesellschaft eigenverantwortlich mit (Nachwuchssicherung, Generationenzusammenhalt). Die Familie ist ein wichtiger Ort der Entstehung und Erhaltung von sozialen Kompetenzen. Damit Frauen und Männer ihre Aufgaben in Familie, Beruf und Gesellschaft eigenverantwortlich wahrnehmen können, braucht es entsprechende gesellschaftliche und staatliche Rahmenbedingungen. Dazu gehören u.a. die organisatorische und finanzielle Unterstützung bedarfsgerechter familienergänzender Betreuungsangebote (vorschulisch und während der Schulzeit) sowie die Förderung von familienfreundlichen Arbeitsbedingungen und Arbeitszeitmodellen in Wirtschaft und Verwaltung.

Generelle Entwicklung

52 Krankenversicherung

Die IFAP-Budgetzahlen basieren auf dem aktuellen KVG. Allfällige Änderungen insbesondere betreffend Pflegefinanzierung können starke Veränderungen verursachen.

53 Sonstige Sozialversicherung

Je nach Entwicklung des KVG werden die Kosten für die Langzeitpflege (Pflegeheime) stark beeinflusst. Dies kann sich dann auf die EL auswirken.

54 Jugendschutz

Die strafrechtlichen Massnahmen für Jugendliche werden seit 1. Januar 2008 vom Kanton finanziert. Die vormundschaftlichen Massnahmen laufen über das SEG. Nur bei rund 2% der Jugendlichen liegen strafrechtliche Massnahmen vor.

55 Invalidität

Stabilisierung der Kosten bei den nach SEG anerkannten innerkantonalen Institutionen in den nächsten fünf Jahren, insbesondere nach der Umstellung von der Restdefizitdeckung zu den Leistungspauschalen sowie der NFA. Optimierung der entwickelten Steuerungs- und Controllinginstrumente.

Eine Bedarfsplanung an Betreuungsplätzen im Bereich SEG ist in Vorbereitung.

58 Wirtschaftliche Sozialhilfe

Umsetzung des neuen Finanzierungsmodell (Globalpauschalen) nach dem neuen Ausländergesetz (AuG: in Kraft ab 1.1.2008). Förderung der beruflichen Integration anerkannter Flüchtlinge durch entsprechende Förderprogramme in Zusammenarbeit mit verschiedenen Projektpartnern (Caritas, Schweizerisches Arbeitshilfswerk, Hotel & Gastroformation usw.).

Indikatoren und Kenngrössen	2009	2010	2011	2012	2013
52 Krankenversicherung					
Auszahlte Prämienverbilligungen in Mio. Fr.	158.1	162.8	167.7	172.8	177.9
Anzahl Gesuche	94'000	94'000	94'000	94'000	94'000
davon abgelehnt	17'000	17'000	17'000	17'000	17'000
53 Sonstige Versicherung					
Staatbeitrag Ergänzungsleistungen (EL) in Mio. Fr	208.6	214.6	223.6	228.6	232.6
Anzahl EL-berechtigte Personen	15'400	15'600	15'800	16'000	16'200
Anzahl erstmalige Anmeldungen	2'900	3'100	3'300	3'500	3'700
54 Jugendschutz					
Anzahl sozialpädagogische Einrichtungen gemäss SEG	9	9	9	9	9
Anzahl Platzierungen gemäss SEG innerkantonal (Personen)	195	205	215	225	225
Anzahl Platzierungen gemäss SEG ausserkantonal	65	70	75	80	80
55 Invalidität					
Anzahl Einrichtungen gemäss SEG	24	24	24	24	24
Anzahl Platzierungen gemäss SEG innerkantonal (Personen)	2'210	2'220	2'230	2'240	2'250
Anzahl Platzierungen gemäss SEG ausserkantonal	350	360	360	360	360
58 Wirtschaftliche Sozialhilfe					
Anzahl Dossiers Asylsuchende	250	300	300	300	300
Anzahl Dossiers Flüchtlinge und vorläufig aufgenommene Personen	480	520	520	520	520

Finanzielle Veränderungen gegenüber dem IFAP 2009-2013					
Laufende Rechnung	2009	2010	2011	2012	2013
- Aufwand					
IFAP 2009-2013	663.9	678.9	696.8	710.9	724.4
Neuer IFAP 2009-2013	657.5	688.3	704.8	717.4	729.2
Veränderung	6.4	-9.4	-8.0	-6.5	-4.8
- Ertrag					
IFAP 2009-2013	505.4	515.9	529.6	540.5	550.8
Neuer IFAP 2009-2013	501.7	516.7	528.7	537.6	545.9
Veränderung	3.7	-0.8	0.9	2.9	4.9
Begründung:					
- 2009 ergibt sich ein Minderaufwand bei den Ergänzungsleistung 6,4 Millionen Franken, welcher sich in vollem Umfang in die Planjahre bis 2010 ff. weiterzieht. Auf der Gegenseite sind damit aber auch mit Minderbeiträgen der Gemeinden und des Bundes verbunden sind (netto-Minderaufwand 2009: 1,3 Mio. Fr.).					
- Bei der Prämienverbilligung rechnen wir eine jährliche Steigerung von 3 Prozent ein (bisheriges Wachstum: 4 Prozent). Dies führt zu einem Minderaufwand: 1,6 (2010), 3,3 (2011), 5,1 (2012) und 7 (2013) Millionen Franken. Auf der Gegenseite reduziert sich das Wachstum der Bundesbeiträge von 5 Prozent auf 3 Prozent p.a.					
- Im Jugendschutz erhöhen sich die Beiträge für Jugendheime um jährlich 1,2 Millionen Franken. Dieser Mehraufwand wird hälftig durch höhere Beiträge der Gemeinden kompensiert.					
- Die Beiträge für die Platzierung Behindter Menschen in ausserkantonalen Einrichtungen erhöhen sich gegenüber der bisherigen Planung um jährlich 1,8 Millionen Franken. Dieser Mehraufwand wird hälftig durch höhere Beiträge der Gemeinden kompensiert.					
- Im Asyl- und Flüchtlingswesen ist wird gegenüber der bisherigen Planung mit Mehrbeiträgen im Umfang von 7,5 resp. 6,5 Millionen Franken p.a. gerechnet. Damit verbunden sind jedoch auch höhere Bundesabgeltungen im Umfang von 1,5 resp. 3,5 Millionen Franken.					
Investitionsrechnung	2009	2010	2011	2012	2013
- Ausgaben					
IFAP 2009-2013	-	-	-	-	-
Neuer IFAP 2009-2013	-	-	-	-	-
Veränderung					
- Einnahmen					
IFAP 2009-2013	-	-	-	-	-
Neuer IFAP 2009-2013	-	-	-	-	-
Veränderung					
Staatsbeiträge gesamt	2009	2010	2011	2012	2013
- Aufwand/Ausgaben					
IFAP 2009-2013	515.9	530.6	548.3	562.3	575.7
Neuer IFAP 2009-2013	509.5	538.7	555.0	567.4	578.9
Veränderung	6.4	-8.1	-6.7	-5.1	-3.2
- Ertrag/Einnahmen					
IFAP 2009-2013	346.3	357.5	371.3	382.1	392.4
Neuer IFAP 2009-2013	341.5	351.9	363.9	372.8	381.0
Veränderung	4.8	5.6	7.4	9.3	11.4
Begründung:					
- 2009 ergibt sich ein Minderaufwand bei den Ergänzungsleistung 6,4 Millionen Franken, welcher sich in vollem Umfang in die Planjahre bis 2010 ff. weiterzieht. Auf der Gegenseite sind damit aber auch mit Minderbeiträgen der Gemeinden und des Bundes verbunden sind (netto-Minderaufwand 2009: 1,3 Mio. Fr.).					
- Bei der Prämienverbilligung rechnen wir eine jährliche Steigerung von 3 Prozent ein (bisheriges Wachstum: 4 Prozent). Dies führt zu einem Minderaufwand: 1,6 (2010), 3,3 (2011), 5,1 (2012) und 7 (2013) Millionen Franken. Auf der Gegenseite reduziert sich das Wachstum der Bundesbeiträge von 5 Prozent auf 3 Prozent p.a.					
- Im Jugendschutz erhöhen sich die Beiträge für Jugendheime um jährlich 1,2 Millionen Franken. Dieser Mehraufwand wird hälftig durch höhere Beiträge der Gemeinden kompensiert.					
- Die Beiträge für die Platzierung Behindter Menschen in ausserkantonalen Einrichtungen erhöhen sich gegenüber der bisherigen Planung um jährlich 1,8 Millionen Franken. Dieser Mehraufwand wird hälftig durch höhere Beiträge der Gemeinden kompensiert.					
- Im Asyl- und Flüchtlingswesen ist wird gegenüber der bisherigen Planung mit Mehrbeiträgen im Umfang von 7,5 resp. 6,5 Millionen Franken p.a. gerechnet. Die damit verbundenen Bundesabgeltungen gelten als Rückerstattungen, weshalb sich bei den eingehenden Staatsbeiträgen gegenüber den Gesamterträgen der laufenden Rechnung (siehe oben) Mindererträge ergeben.					

Vorhaben und Projekte		Realisierungszeitraum (Jahre)	Gesamte Projektkosten / Veränderung Betriebskosten 2010-2013 in Mio. Franken	Investitionskosten 2010-2013 in Mio. Franken
Beschlossene / eingerechnete Vorhaben				
5.1.1/09	Veränderungen im sozialen Wohnungsbau a) Sinkende Beiträge b) Wegfall der Entnahme Rückstellungskonto	2010-2013 2010-2013	-0,9 3,2	
5.1.2/09	Steigende Abgeltung für Arbeiten der Ausgleichskasse	2010-2013	1,6	
5.1.3/09	Steigende Beiträge an das Behindertentransportwesen	2010-2013	1	
5.1.4/09	Steigende Beiträge an den Zweckverband ZISG	2010-2013	0,6	
5.1.5/09	Mehraufwand Ergänzungsleistungen (unten stehende Tabelle zeigt die gesamten Kosten)	2010-2013		
		2009 2010 2011 2012 2013		
	Ausbezahlte Leistungen	208,7 214,6 223,6 228,6 232,6		
	Bundesbeitrag	62,6 64,4 67,1 68,6 69,8		
	Gemeindebeitrag	103,8 105,8 110,2 112,6 114,6		
	Kantonsbeitrag	42,3 44,4 46,3 47,4 48,2		
	Mehrkosten Kanton	2,1 3,0 5,1 5,9		16,1
5.1.6/09	Mehraufwand Prämienverbilligung (unten stehende Tabelle zeigt die gesamten Kosten)	2010-2013		
		2009 2010 2011 2012 2013		
	Ausbezahlte Leistungen	158,2 162,9 167,8 172,8 178,0		
	Bundesbeitrag	86,1 88,6 91,3 94,0 96,9		
	Gemeindebeitrag	36,1 37,1 38,2 39,4 40,6		
	Kantonsbeitrag	36,0 37,2 38,3 39,4 40,5		
	Mehrkosten Kanton	1,2 2,3 3,4 4,5		11,4
5.1.7/09	Netto-Mehraufwand wirtsch. Sozialhilfe für Flüchtlinge (Anstieg Aufwand um 6,5 Mio. Fr., Mehrertrag Bund 3,5 Mio. Fr.)	2010-2013	12,0	
5.1.8/09	Netto-Mehraufwand Asylwesen (Anstieg Aufwand um 7,5 Mio. Fr., Mehrertrag Bund 1,6 Mio. Fr.)	2010-2013	23,8	
5.1.9/09	Mehrkosten im Bereich der sozialen Einrichtungen (brutto, davon 50 Prozent zu Lasten der Gemeinden)	2010-2013	49,6	
Geplante Vorhaben (nicht eingerechnet)				
Keine				

Gesetzesänderungen			
5.3.1/09 Teilrevision Einführungsgesetz zum Opferhilfegesetz	2009		
5.3.2/09 Neues Gesetz über "die Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts" (vorläufiger Arbeitstitel)	2010		
5.3.3/09 (Teil-)Revision Sozialhilfegesetz	2012		
Hochbauprojekte			
Keine			
Weitere Umsetzungsmassnahmen zum Legislaturprogramm 2007-2011			
5.5.1/09 Projekt zur Überprüfung der Wechselwirkung staatlicher Sozialtransfers und Steuern / Projekt Arbeit muss sich lohnen	2009-2010		
5.5.2/09 Definitive Fortführung Interinstitutionellen Zusammenarbeit IIZ	2009		
5.5.3/09 Konsolidierung der Umsetzung SEG	2008-2009		

(in Mio. Franken)

Laufende Rechnung	R2007	R2008	B2009	2010	2011	2012	2013	%
Aufwand	656.4	640.4	657.5	688.3	704.8	717.4	729.2	10.9%
Ertrag	554.7	509.6	501.7	516.7	528.7	537.6	545.9	8.8%
Aufwand-/Ertragsüberschuss	101.7	130.8	155.9	171.6	176.1	179.8	183.3	
50 Altersversicherung								
Aufwand	42.4	-	-	-	-	-	-	-
Ertrag	30.7	-	-	-	-	-	-	-
Aufwand-/Ertragsüberschuss	11.6	-	-	-	-	-	-	
51 Invalidenversicherung								
Aufwand	48.9	-	-	-	-	-	-	-
Ertrag	35.5	-	-	-	-	-	-	-
Aufwand-/Ertragsüberschuss	13.5	-	-	-	-	-	-	
52 Krankenversicherung								
Aufwand	158.3	154.8	158.2	162.9	167.8	172.9	178.0	
Ertrag	148.7	119.4	122.1	125.8	129.5	133.4	137.4	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	9.6	35.4	36.1	37.2	38.3	39.4	40.6	
53 Sonstige Sozialversicherungen								
Aufwand	171.5	194.5	210.9	216.9	225.9	231.0	235.0	
Ertrag	139.9	153.4	165.9	170.2	177.3	181.2	184.4	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	31.6	41.2	44.9	46.7	48.7	49.8	50.7	
54 Jugendschutz								
Aufwand	11.4	9.1	4.7	6.0	6.1	6.2	6.3	
Ertrag	2.7	3.0	2.2	2.8	2.9	3.0	3.0	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	8.8	6.1	2.5	3.1	3.2	3.2	3.3	
55 Invalidität								
Aufwand	15.7	93.7	98.2	102.0	104.0	106.1	108.2	
Ertrag	6.7	68.6	48.8	50.7	51.7	52.8	53.8	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	9.0	25.2	49.4	51.3	52.3	53.3	54.4	
56 Sozialer Wohnungsbau								
Aufwand	3.5	3.3	3.6	3.7	3.8	3.9	3.9	
Ertrag	3.5	3.2	3.5	2.7	2.7	2.7	2.7	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	-0.0	0.1	0.1	1.0	1.1	1.2	1.2	
58 Wirtschaftliche Sozialhilfe								
Aufwand	204.7	184.9	182.0	196.8	197.1	197.3	197.7	
Ertrag	187.1	162.2	159.1	164.5	164.5	164.5	164.5	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	17.6	22.8	23.0	32.4	32.7	32.9	33.2	

Investitionsrechnung	R2007	R2008	B2009	2010	2011	2012	2013	%
Ausgaben	-	-	-	-	-	-	-	
Einnahmen	-	-	-	-	-	-	-	
Ausgaben-/Einnahmenüberschuss	-	-	-	-	-	-	-	
Staatsbeiträge	R2007	R2008	B2009	2010	2011	2012	2013	%
<i>Laufende Rechnung</i>								
Aufwand	486.4	492.3	509.5	538.7	555.0	567.4	578.9	13.6%
Ertrag	380.1	344.2	341.5	351.9	363.9	372.8	381.0	11.6%
Aufwand-/Ertragsüberschuss	106.3	148.2	168.1	186.8	191.1	194.6	197.9	
<i>Investitionsrechnung</i>								
Ausgaben	-	-	-	-	-	-	-	
Einnahmen	-	-	-	-	-	-	-	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	-	-	-	-	-	-	-	

6 Verkehr

Neuer IFAP 2009-2013

Grundauftrag und Veränderungen

Grundauftrag, Legislaturprogramm und Generelle Entwicklung

Grundauftrag

60 Nationalstrassen

- Betrieblicher und projektfreier Unterhalt auf den Nationalstrassen der Kantone Luzern, Obwalden, Nidwalden und Zug

61 Kantonsstrassen

- Planung, Bau, Betrieb und Werterhaltung der Kantonsstrassen

65 Regionalverkehr

- Die Dienststelle Verkehr und Infrastruktur (vif) ist im Rahmen des Gesamtverkehrssystems verantwortlich für funktionierende Strukturen im Bereich des öffentlichen Verkehrs.

Zuteilung der Leistungsgruppen und Dienststellen zu den Aufgabenbereichen

Aufgabe (Nr. und Bezeichnung)	Leistungsgruppe	Dienststelle(n)	Departement
60 Nationalstrassen	Zentras	Zentras	BUWD
61 Kantonsstrassen	Strassenwesen	Verkehr und Infrastruktur (vif)	BUWD
62 Gemeindestrassen	Steuern und Abgaben (10 % der Verkehrssteuern)	Strassenverkehrsamt	JSD
65 Regionalverkehr	Öffentlicher Verkehr	Verkehr und Infrastruktur (vif)	BUWD

Legislaturprogramm 2007-2011

Die Verkehrsanbindung spielt für die Wohn- und die Standortattraktivität eine herausragende Rolle. Die individuellen Mobilitätsbedürfnisse nehmen nach wie vor zu. Für die Wirtschaft ist die Erreichbarkeit für Güter, Dienstleistungen und Arbeit elementar. Das Verkehrssystem auf den Hauptachsen und in der städtischen Agglomeration stösst an Kapazitätsgrenzen. Selbst kleine Störungen haben gravierende Auswirkungen. Wir wollen Mobilität und Erreichbarkeit auch in Zukunft sicherstellen, indem wir für leistungsfähige Infrastrukturen sowohl für den öffentlichen Verkehr als auch für den motorisierten Individualverkehr und den Langsamverkehr sorgen. Vorrangig sind die Verbindungen zwischen Wohnort und Arbeitsort.

Verkehrssystem qualitativ verbessern

Mit dem Agglomerationsprogramm Luzern und der entsprechenden Änderung des kantonalen Richtplans im November 2006 wird die Entwicklung der Bereiche Siedlung, Verkehr, Umwelt und Wirtschaft im Raum Luzern mit einem Zeithorizont von rund zwanzig Jahren koordiniert. Hauptziele sind die qualitative Verbesserung des Verkehrssystems, mehr Verkehrssicherheit, die Förderung einer Siedlungsentwicklung nach innen sowie eine Verminderung der Umweltbelastung und des Ressourcenverbrauchs.

Optimale Anbindungen an den nationalen und internationalen Verkehr

Im Strassenbereich stehen wichtige Vorhaben, wie die Autobahnanschlüsse Rothenburg und Buchrain mit Zubringer Rontal vor der Realisierung. Für die Spangen Süd und Nord in der Stadt Luzern, die Umgestaltung des Seetalplatzes und den A2-Bypass liegen Zweckmässigkeitsbeurteilungen vor. Beim Kantonsstrassenbau haben der bauliche Unterhalt, die Sanierung von gefährlichen Strassenabschnitten sowie die Realisierung von Radverkehrsanlagen und wirtschaftlich sinnvollen Projekten Priorität.

Bei der Schieneninfrastruktur kann der Ausbau der Zentralbahn (nach der Zustimmung des Volkes) in Angriff genommen werden, für den Doppelspurausbau am Rotsee und den Ausbau der Bahnhofzufahrt Luzern werden wir uns unvermindert beim Bund einsetzen. Diese zusätzlichen Schieneninfrastrukturen sind für eine optimale Anbindung Luzerns an den internationalen und nationalen Verkehr wie auch für die geplante Umsetzung der 3. Etappe der S-Bahn Luzern unerlässlich. In die Planung des Ausbaus der Bahnhofzufahrt Luzern werden auch die Option Spange Emmenbrücke-Rotsee-Rontal und als Referenzvariante eine unterirdische Direktzufahrt Ebikon-Luzern miteinbezogen.

Generelle Entwicklung

60 Nationalstrassen

Seit 2008 ist der Bund für den Bau, Betrieb und Unterhalt der Nationalstrassen zuständig. Der betriebliche und projektfreie bauliche Unterhalt für die Gebietseinheit X (LU, OW, NW, ZG) wird durch den Kanton Luzern im Auftrag des Bundes und in Zusammenarbeit mit den genannten Kantonen vorgenommen. Dieser Auftrag wird durch die Organisationseinheit Zentras ausgeführt.

61 Kantonsstrassen

Das Bauprogramm 2007 - 2010 wurde in der Botschaft B153 durch den Grossen Rat verabschiedet. In den nächsten Jahren werden je nach verfügbaren finanziellen Mitteln die Vorhaben aus dem Topf A geplant und/oder realisiert. Im Zentrum steht dabei der Autobahnzubringer Rontal.

65 Regionalverkehr

Für die dritte Etappe der S-Bahn Luzern sind weitere Infrastrukturmassnahmen notwendig. Schwerpunkte dabei bilden Massnahmen zugunsten eines weiteren Ausbaus der S-Bahn Luzern und des Agglomerationsverkehrs auf der Grundlage des Agglomerationsprogramms und im Rahmen der Angebotsplanung S-Bahn Luzern sowie der Einsatz von neuem Rollmaterial. Diese Projekte sollen schrittweise bis 2020 verwirklicht werden. Durch die NFA hat sich der Anteil des Kantons Luzern an die Beiträge für Transportleistungen auf 56 % (bisher 35 %) erhöht, beim Agglomerationsverkehr erhöht sich der Anteil des Kantons aufgrund der Finanzreform 08 von 20 % auf 50 %. Offen sind zurzeit die Auswirkungen der Bahnreform I und II im Zusammenhang mit der Finanzierung von Infrastrukturvorhaben der Privatbahnen.

Indikatoren und Kenngrössen	2009	2010	2011	2012	2013
61 Kantonsstrassen Kantonsstrassen, Investitionen netto (in Mio. Fr., inkl. Tieflegung Zentralbahn, Anteil Strasse)	63.4	60.8	61.5	62.4	63.3
65 Regionalverkehr Modalsplit, Verhältnis MIV / öV auf ausgewählten Achsen der Agglomeration Luzern ÖV-Investitionen und Investitionsbeiträge, brutto (in Mio. Fr. inkl. Beitrag Ausbau Zentralbahn)	>29%	>30%	>30%	>30%	>30%
	13.4	20.0	14.0	18.0	18.0
Finanzielle Veränderungen gegenüber dem IFAP 2009-2013					
Laufende Rechnung	2009	2010	2011	2012	2013
- Aufwand					
IFAP 2009-2013	146.2	149.2	149.6	151.5	152.8
Neuer IFAP 2009-2013	146.5	146.3	147.6	149.4	150.5
Veränderung	-0.3	2.9	2.0	2.1	2.3
- Ertrag					
IFAP 2009-2013	165.5	167.7	168.2	170.0	171.5
Neuer IFAP 2009-2013	166.2	166.0	166.5	167.3	167.8
Veränderung	-0.7	1.7	1.7	2.7	3.7
Begründung:					
Die Staatsbeiträge an den ÖV sind tiefer als im IFAP 2009-2013, jedoch bedeutet dies auch Mindererträge der Gemeinden (letztere finanzieren die Hälfte dieser Beiträge)					
Investitionsrechnung	2009	2010	2011	2012	2013
- Ausgaben					
IFAP 2009-2013	141.9	132.5	132.4	133.4	111.4
Neuer IFAP 2009-2013	146.9	143.7	109.7	123.5	103.9
Veränderung	-5.0	-11.2	22.7	9.9	7.5
- Einnahmen					
IFAP 2009-2013	71.8	64.5	66.1	66.5	39.1
Neuer IFAP 2009-2013	71.8	72.9	41.3	52.1	31.6
Veränderung	0.0	-8.4	24.9	14.5	7.5
Begründung:					
Details zu den Investitionen im Verkehrsbereich befinden sich im Teil VIII, Infrastrukturinvestitionen.					
<ul style="list-style-type: none"> - Gegenüber der bisherigen Planung erhöhen sich die Investitionen für Nationalstrassen in den Jahren 2011 und 2012 um je 4 Millionen Franken. Demgegenüber erhöhen sich die Bundesbeiträge für 2010 um 3 Millionen Franken und für 2011 um 2 Millionen Franken. - Die Investitionsausgaben für Kantonsstrassen steigen 2010 gegenüber der bisherigen Planung um 2,9 Millionen Franken. Danach liegen sie um 6,9 (2011) und 6,3 (2012) Millionen Franken unter der Planung des IFAP 2009-2013. 2013 demgegenüber erhöht sich die Planung um 1 Million Franken. Auf der anderen Seite liegen die Bundesbeiträge in den Jahren 2011 (-6,5 Mio. Fr.) und 2012 (-3,5 Mio. Fr.) unter den bisherigen Werten. 2010 ergibt sich ein Mehrertrag von 1 Million Franken. - Die Nettoinvestitionen für den öffentlichen Verkehr verändern sich gegenüber der bisherigen Planung folgendermassen: +/-0 (2010), -4 (2011) und je -1 Millionen Franken für 2012/2013. 					
Staatsbeiträge gesamt	2009	2010	2011	2012	2013
- Aufwand/Ausgaben					
IFAP 2009-2013	89.1	96.2	93.8	92.9	97.9
Neuer IFAP 2009-2013	88.9	94.7	89.4	94.7	95.2
Veränderung	0.2	1.5	4.4	-1.8	2.7
- Ertrag/Einnahmen					
IFAP 2009-2013	126.7	120.4	122.3	123.2	96.0
Neuer IFAP 2009-2013	126.6	127.4	96.2	107.7	87.7
Veränderung	0.1	-7.0	26.1	15.5	8.3
Begründung:					
<ul style="list-style-type: none"> - Die Basis der Beiträge an private Transportunternehmen konnte aufgrund der Jahresrechnung 2008 um 3 Millionen Franken gekürzt werden, was einen nachhaltigen Effekt auf die Folgejahre hat. - Die Gemeindebeiträge für den öffentlichen Verkehr waren in der bisherigen Planung je rund 1,5 Millionen Franken zu hoch angesetzt. - Die Nettoinvestitionen für den öffentlichen Verkehr verändern sich gegenüber der bisherigen Planung folgendermassen: +/-0 (2010), -4 (2011) und je -1 Millionen Franken für 2012/2013. - Die Bundesbeiträge für National- und Kantonsstrassen entwickeln sich gegenüber der bisherigen Planung folgendermassen: +6,3 (2010), -6 (2011), -5,6 (2012) und -3,8 (2013) Millionen Franken. 					

Vorhaben und Projekte			
	Realisierungszeitraum (Jahre)	Gesamte Projektkosten / Veränderung Betriebskosten 2010-2013 in Mio. Franken	Investitionskosten 2010-2013 in Mio. Franken
Beschlossene / eingerechnete Vorhaben			
6.1.1/09 Höhere Beiträge an Zweckverband ÖVL	2010-2013	2,1	
6.1.2/09 Programmvereinbarung Lärm- und Schallschutz (brutto 14 Mio. Fr., davon 2,2 Mio. Fr. Bundesbeiträge)			
6.1.3/09 Höhere Nettoinvestitionen für den öffentlichen Verkehr (Ausbau Zentralbahn und übrige Investitionen)	2010-2013		6,2
6.1.3/09 Investitionen für Strassenbereich: Siehe Details zu den Tiefbau-Investitionen im Anhang			
Geplante Vorhaben (nicht eingerechnet)			
Keine			
Gesetzesänderungen			
6.3.1/09 Neues Gesetz über den öffentlichen Verkehr	2008-2010		
Hochbauprojekte			
Keine			
Weitere Umsetzungsmassnahmen zum Legislaturprogramm 2007-2011			
6.5.1/09 Das Agglomerationsprogramm wurde inkl. priorisierten Massnahmen Ende 2007 dem Bund eingereicht. Ab 2008 finden, im Hinblick auf die Programmvereinbarung für die weitere Umsetzung, die Verhandlungen mit den Bundesbehörden statt.			

(in Mio. Franken)

Laufende Rechnung	R2007	R2008	B2009	2010	2011	2012	2013	%
Aufwand	105.4	136.6	167.2	146.3	147.6	149.4	150.5	-10.0%
Ertrag	148.0	-164.3	187.0	166.0	166.5	167.3	167.8	-10.3%
Aufwand-/Ertragsüberschuss	-42.6	-27.6	-19.7	-19.7	-18.9	-17.8	-17.3	
60 Nationalstrassen								
Aufwand	33.4	21.0	20.7	21.0	21.2	21.5	21.7	
Ertrag	78.5	-22.4	20.7	21.0	21.2	21.5	21.7	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	-45.2	-1.5	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
61 Kantonsstrassen								
Aufwand	21.3	47.2	49.4	49.7	50.0	50.4	50.7	
Ertrag	50.2	-113.0	115.0	115.0	115.0	115.0	115.0	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	-28.9	-65.8	-65.6	-65.3	-65.0	-64.7	-64.4	
62 Gemeindestrassen								
Aufwand	8.3	8.6	8.6	8.6	8.6	8.6	8.6	
Ertrag	-	-	-	-	-	-	-	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	8.3	8.6	8.6	8.6	8.6	8.6	8.6	
65 Regionalverkehr								
Aufwand	42.3	60.7	67.7	66.9	67.7	69.0	69.5	
Ertrag	19.2	29.2	30.5	30.0	30.3	30.8	31.0	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	23.1	31.5	37.2	36.9	37.4	38.2	38.5	
Investitionsrechnung	R2007	R2008	B2009	2010	2011	2012	2013	%
Ausgaben	177.2	135.9	146.9	143.7	109.7	123.5	103.9	-29.2%
Einnahmen	107.5	65.8	71.8	72.9	41.3	52.1	31.6	-56.0%
Ausgaben-/Einnahmenüberschuss	69.7	70.1	75.1	70.8	68.5	71.4	72.3	
Staatsbeiträge	R2007	R2008	B2009	2010	2011	2012	2013	%
Laufende Rechnung								
Aufwand	45.8	67.6	75.5	74.7	75.4	76.7	77.2	2.3%
Ertrag	46.2	56.0	54.8	54.5	54.9	55.6	56.1	2.4%
Aufwand-/Ertragsüberschuss	-0.4	11.6	20.7	20.2	20.5	21.0	21.1	
Investitionsrechnung								
Ausgaben	13.1	9.7	13.4	20.0	14.0	18.0	18.0	34.3%
Einnahmen	107.5	65.8	71.8	72.9	41.3	52.1	31.6	-56.0%
Aufwand-/Ertragsüberschuss	-94.4	-56.1	-58.4	-52.9	-27.3	-34.1	-13.6	

7 Umwelt und Raumordnung Neuer IFAP 2009-2013 Grundauftrag und Veränderungen

Grundauftrag, Legislaturprogramm und generelle Entwicklung

Grundauftrag

75 Gewässerverbauungen

- Verantwortlich für Schutz von Menschen, Tieren und Sachwerten vor Hochwassergefahren
- Durchführung von Bewilligungsverfahren nach dem Wasserbaugesetz und der damit verbundenen Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben

77 Natur- und Landschaftsschutz

- Erhaltung und ökologische Aufwertung von Natur und Landschaft sowie der Lebensräume für Menschen, standorttypische Pflanzen und Tiere
- Erhalten und Fördern der Biodiversität durch optimalen Schutz, aktive Pflege und zielgerichtete Aufwertung naturnaher Lebensräume
- Erneuerung von Natur- und Landschaftsschutzverträgen mit Landwirten

78 Übriger Umweltschutz

- Beobachtung der Umwelt und Überprüfung umweltrelevanter Anlagen und Projekte
- Beratung Dritter in umweltrelevanten Fragen
- Erteilung von umweltrechtlichen Spezial- und Betriebsbewilligungen und partnerschaftliche Vereinbarungen

79 Raumordnung

- Interessenausgleich in allen Teilbereichen der kantonalen, regionalen und kommunalen Raumordnungspolitik (Wirtschaftspolitik, Siedlungs- und Verkehrspolitik, Verkehrsinfrastruktur etc.)
- Erarbeitung und Koordination der raumwirksamen Führungsinstrumente für den Kantonsrat und den Regierungsrat
- Vollzug der gesetzlichen Bestimmungen im Bereich Raumordnung, Gewässer und Strassen
- Unterstützung der kommunalen Bewilligungsbehörden und privaten Bauherren bei der Verfahrenskoordination

Zuteilung der Leistungsgruppen und Dienststellen zu den Aufgabenbereichen

Aufgabe (Nr. und Bezeichnung)	Leistungsgruppe	Dienststelle(n)	Departement
75 Gewässerverbauungen	Wasserbau	Verkehr und Infrastruktur (vif)	BUWD
77 Naturschutz	Umwelt und Energie, Teil Naturschutz	Umwelt und Energie (uwe)	BUWD
78 Übriger Umweltschutz	Umwelt und Energie, Teil übriger Umweltschutz	Umwelt und Energie (uwe)	BUWD
79 Raumordnung	Leistungsgruppe Raumordnung und Wirtschaftsentwicklung, Teil Raumordnung	Raumentwicklung, Wirtschaftsförderung und Geoinformation (rawi)	BUWD

Legislaturprogramm 2007-2011

Sauberes Wasser, gesunde Böden und gute Luft gehören zu unseren Lebengrundlagen. Sie bestimmen unsere Lebensqualität und unsere Wettbewerbsfähigkeit. Wir werden uns weiterhin für eine intakte Umwelt einsetzen. Das heisst: zurückhaltender Flächenverbrauch, verantwortungsvoller Nutzungsdruck durch Landwirtschaft und Tourismus, Einschränkung des Verbrauchs nicht erneuerbarer Energien, keine weitere Zersiedelung unseres Raums und Erhaltung der Biodiversität.

Sparsamer Umgang mit Energie

In der Energiepolitik legen wir den Schwerpunkt auf die energetische Verbesserung der Gebäude, die erweiterte Nutzung von Holzenergie zur Wärme- und Stromerzeugung sowie die Förderung von Biogas zur Wärme- und Stromerzeugung. Um unsere energiepolitischen Ziele zu erreichen, stimmen wir die Massnahmen auf die Mobilitätspolitik und die Raumplanung ab. Haushälterische Nutzung des Bodens, verdichtetes Bauen und Erschliessung mit öffentlichem Verkehr tragen wesentlich zu einem sparsamen Umgang mit Energie bei. Einen konkreten, eigenen Beitrag leisten wir durch die energieeffiziente Bewirtschaftung der verwaltungseigenen Liegenschaften. Wir planen, die kantonalen Verkehrssteuern nach ökologischen Kriterien auszugestalten.

Standorte mit Zukunft fördern

Mit unserer Raumordnungspolitik fördern wir die Weiterentwicklung der wirtschaftlichen Vorranggebiete und stärken die vorhandenen Potenziale des ländlichen Raums (Revision der kantonalen Richtplanung). Im Kanton Luzern haben die Gemeinden entlang der Hauptverkehrsachsen ein grosses Entwicklungspotenzial („Hauptentwicklungsachse Y“). Eine effiziente Raumordnungspolitik muss sich im nationalen Wettbewerb zunehmend auf Räume mit grossem Potenzial konzentrieren (Flächenausscheidungen für Arbeitsplatzgebiete von kantonaler Bedeutung, Bezeichnung der Entwicklungsschwerpunkte und Verkehrs-Infrastrukturen). Eine hohe Priorität kommt jenen Standorten zu, die sich positiv entwickelt haben und gleichzeitig die besten Zukunftsaussichten aufweisen. Kurz- und mittelfristig sind dies die Stadt und die Agglomeration Luzern sowie die Region Sursee und die Achse Luzern – Zug. Deshalb werden wir auch in Zukunft die Entwicklungsschwerpunkte von kantonaler Bedeutung im „Y“ gezielt fördern.

Drei regionale Entwicklungsträger

Die Hälfte der Bevölkerung des Kantons Luzern wohnt im ländlichen Raum. Durch die starke Verflechtung aller Lebensbereiche sind ländliche und städtische Räume näher zusammengerückt und können nicht länger als Konkurrenten definiert werden. Der ländliche Raum ist multifunktional. Er dient als Wohn- und Arbeitsgebiet. Er bildet die Grundlage für die Nahrungsmittelproduktion. Er nimmt eine Entlastungsfunktion für die Agglomerationen und die Entwicklungsachsen wahr. Er ist Freizeit- und Naherholungsraum. Ein Grossteil dieses ländlichen Raumes befindet sich in Pendlerdistanz zu den wichtigen Arbeitsplatzgebieten und ist durch regionale Zentren gut strukturiert und versorgt. Er bildet einen Lebensraum mit hoher Lebensqualität in einer weitgehend intakten Landschaft.

Wir wollen mittelfristig drei Regionen mit starken Entwicklungsträgern bilden, die übergeordnete Aufgaben effizient und effektiv übernehmen können: eine starke Stadtregion Luzern und eine Region Sursee-Mittelland-Seetal entlang der Hauptentwicklungsachse (wirtschaftliche Vorranggebiete) sowie die RegioHER als ländlicher Komplementärraum.

Bemerkung des Kantonsrates zum Legislaturprogramm 2007-2011

4. Die Region Seetal ist nicht der Region Sursee-Mittelland zuzuordnen.

Generelle Entwicklung

75 Gewässerverbauungen

Der Schwerpunkt liegt in der Behebung der Schäden aus den Unwettern 2005 und 2007 sowie in der Prävention zur Verhinderung ähnlicher Schäden in der Zukunft. Im Vordergrund steht der Hochwasserschutz an der Kleinen Emme und an der Reuss (Planungsbericht B 136). Dafür wurde ein Sonderkredit von 15 Millionen Franken genehmigt (Botschaft B 138). Grössere Projekte wie Lauti Sörenberg (Schutz des Siedlungsgebietes vor Murgängen), Ausbau der Enzwigger in Willisau, die Regulierung des Vierwaldstättersees (Reusswehr) sowie Schutzbauten an den Righängen in Weggis und Vitznau kommen zur Ausführung. Daneben müssen zahlreiche Projekte an verschiedenen Gewässern auf dem ganzen Kantonsgebiet zum Schutz vor Hochwasser realisiert werden.

77 Natur- und Landschaftsschutz

Erhaltung und ökologische Aufwertung der Natur und Landschaft sowie der Lebensräume für Menschen, standorttypische Pflanzen und Tiere

- Beobachtung von Natur und Landschaft und Überprüfung relevanter Anlagen und Projekte
- Beratung Dritter in naturschutzrelevanten Fragen
- Erteilung von naturschutzrechtlichen Spezial- und Betriebsbewilligungen und partnerschaftliche Vereinbarungen

78 Übriger Umweltschutz

Erhaltung und ökologische Aufwertung der Umwelt sowie der Lebensräume für Menschen, standorttypische Pflanzen und Tiere

- Beobachtung der Umwelt und Überprüfung umweltrelevanter Anlagen und Projekte
- Beratung Dritter in umweltrelevanten Fragen
- Erteilung von umweltrechtlichen Spezial- und Betriebsbewilligungen und partnerschaftliche Vereinbarungen

79 Raumordnung

Gestützt auf den Richtplan-Controlling-Bericht 2006 wird der kantonale Richtplan in den Jahren 2007 bis 2009 vollständig überprüft und überarbeitet. Nebst der Bildung von drei Regionen und entsprechenden regionalen Entwicklungsträgern steht auch die Straffung der Zentrenstruktur sowie die Stärkung der Hauptentwicklungsräume und der ländlichen Räume im Vordergrund. Letztere werden insbesondere mit der Strategie im ländlichen Raum gemäss den Zielsetzungen der neuen Regionalpolitik (NRP) unterstützt.

Indikatoren und Kenngrössen	2009	2010	2011	2012	2013
75 Gewässerverbauungen Investitionen (brutto) in den Wasserbau (in Mio. Fr.)	19.3	16.6	16.6	16.6	16.6
77 Natur- und Landschaftsschutz Beiträge Pflegeverträge Natur- und Landschaftsschutz (in Mio. Fr.)	5.3	5.5	5.7	5.8	5.8
78 Übriger Umweltschutz Veränderung Phosphorgehalt Baldeggsee (Ziel: 30 mg/m ³)	39	37	35	33	30
Anteil Gemeinden mit Rückstellungen für Abwasserentsorgung in %	80	90	95	100	entfällt
Anzahl Tage mit Feinstaubbelastung über Grenzwert	10	5	1	1	1
79 Raumordnung Anzahl Bauprüfungen circa	4'000	4'000	4'000	4'000	4'000
Durchlaufzeiten für Baugesuche gemäss den gesetzlichen Vorgaben in %	80%	80%	80%	80%	80%

Finanzielle Veränderungen gegenüber dem IFAP 2009-2013

Laufende Rechnung	2009	2010	2011	2012	2013
- Aufwand					
IFAP 2009-2013	32.5	33.5	34.0	34.5	34.7
Neuer IFAP 2009-2013	32.3	33.2	33.7	34.0	34.4
Veränderung	0.2	0.3	0.3	0.5	0.3
- Ertrag					
IFAP 2009-2013	9.9	10.2	10.3	10.4	10.4
Neuer IFAP 2009-2013	9.9	10.2	10.3	10.4	10.4
Veränderung	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Begründung:					
- keine wesentlichen Abweichungen					

Investitionsrechnung	2009	2010	2011	2012	2013
- Ausgaben					
IFAP 2009-2013	26.5	32.1	29.0	29.0	26.3
Neuer IFAP 2009-2013	26.5	28.6	29.0	29.0	26.2
Veränderung	0.0	3.5	0.0	0.0	0.1
- Einnahmen					
IFAP 2009-2013	21.1	18.9	18.9	18.9	18.9
Neuer IFAP 2009-2013	21.1	18.9	18.9	18.9	18.9
Veränderung	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Begründung:					
Der Staatsbeitrag an die LUMAG im Umfang von 3,5 Millionen Franken wird bereits im 2009 ausbezahlt.					
Staatsbeiträge gesamt	2009	2010	2011	2012	2013
- Aufwand/Ausgaben					
IFAP 2009-2013	10.3	14.2	11.4	11.6	11.6
Neuer IFAP 2009-2013	10.1	10.8	11.1	11.2	11.3
Veränderung	0.2	3.4	0.3	0.4	0.3
- Ertrag/Einnahmen					
IFAP 2009-2013	17.5	15.5	15.5	15.6	15.6
Neuer IFAP 2009-2013	17.5	15.5	15.5	15.6	15.6
Veränderung	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Begründung:					
Der Staatsbeitrag an die LUMAG im Umfang von 3,5 Millionen Franken wird bereits im 2009 ausbezahlt.					

Vorhaben und Projekte			
	Realisierungszeitraum (Jahre)	Gesamte Projektkosten / Veränderung Betriebskosten 2010-2013 in Mio. Franken	Investitionskosten 2010-2013 in Mio. Franken
Beschlossene / eingerechnete Vorhaben			
7.1.1/09 Erhöhung Mittel für Förderprogramm Energie (Bruttoerhöhung um 0,44 Mio. Fr, jedoch Bundesbeitrag von 0,1 Mio. Fr.)	2010-2013	1,4	
7.1.2/09 Beiträge für Pflege und Unterhalt gemäss Natur- und Heimatschutzgesetz (brutto, inkl. Bundesbeiträge aus Programmvereinbarung Natur und Landschaft und inkl. Gemeindebeiträge)	2010-2013	1,7	
7.1.3/09 Programmvereinbarung NRP (Bruttoleistungen 21,5 Mio. Fr., davon 9,5 Mio. Fr. Bundesgelder für 2008-2011)			
7.1.4/09 Beiträge an Gewässerschutzanlagen, ausstehende Staatsbeiträge (gemäss RRB Nr. 1576 insgesamt 12 Mio. Fr.)	2010-2014		11,6
7.1.5/09 Höhere Beiträge für Altlastensanierungen (brutto)	2010-2013		0,4
7.1.6/09 Steigende Nettoinvestitionen für Hochwasserschutz	2010-2013		4
7.1.7/09 Programmvereinbarung Schutzbauten Wasser (brutto 7,3 Mio. Fr., Bundesbeiträge von 2,2 Mio. Fr. für 2008-2011)			
Geplante Vorhaben (nicht eingerechnet)			
7.2.1/09 Erhöhung Mittel für Förderprogramm Energie (Bruttoerhöhung auf 10 Mio. Fr, jedoch Bundesbeitrag von 5 Mio. Fr.). Jährlicher Mehraufwand netto: 3 Mio. Fr.	2011-2013	9	
Gesetzesänderungen			
Keine			
Hochbauprojekte			
Keine			

(in Mio. Franken)

Laufende Rechnung	R2007	R2008	B2009	2010	2011	2012	2013	%
Aufwand	40.4	31.2	32.3	33.2	33.7	34.0	34.4	6.6%
Ertrag	10.9	9.8	9.9	10.2	10.3	10.4	10.4	4.7%
Aufwand-/Ertragsüberschuss	29.5	21.5	22.3	23.0	23.4	23.7	24.0	
75 Gewässerverbauungen								
Aufwand	4.4	4.7	4.9	4.9	4.9	4.9	4.9	
Ertrag	0.7	0.5	0.7	0.7	0.7	0.7	0.7	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	3.7	4.2	4.2	4.2	4.2	4.2	4.2	
77 Naturschutz								
Aufwand	6.9	6.3	7.5	7.8	8.1	8.2	8.4	
Ertrag	4.3	3.3	4.2	4.3	4.4	4.4	4.4	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	2.6	3.0	3.4	3.5	3.8	3.8	4.0	
78 ÜbrigerUmweltschutz								
Aufwand	21.4	15.8	15.6	16.2	16.3	16.5	16.6	
Ertrag	4.0	4.2	3.4	3.5	3.5	3.5	3.6	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	17.4	11.6	12.2	12.6	12.8	12.9	13.1	
79 Raumordnung								
Aufwand	7.7	4.4	4.3	4.4	4.4	4.5	4.5	
Ertrag	1.9	1.7	1.7	1.7	1.7	1.8	1.8	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	5.8	2.8	2.6	2.6	2.7	2.7	2.7	
Investitionsrechnung	R2007	R2008	B2009	2010	2011	2012	2013	%
Ausgaben	37.4	41.1	26.5	28.6	29.0	29.0	26.2	-1.1%
Einnahmen	34.4	32.0	21.1	18.9	18.9	18.9	18.9	-10.7%
Ausgaben-/Einnahmenüberschuss	3.0	9.0	5.4	9.8	10.2	10.2	7.4	
Staatsbeiträge	R2007	R2008	B2009	2010	2011	2012	2013	%
<i>Laufende Rechnung</i>								
Aufwand	6.5	6.9	8.6	9.3	9.6	9.7	9.8	13.6%
Ertrag	5.5	3.9	4.9	5.1	5.1	5.2	5.2	6.8%
Aufwand-/Ertragsüberschuss	1.0	3.1	3.8	4.2	4.4	4.5	4.6	
<i>Investitionsrechnung</i>								
Ausgaben	0.2	5.5	1.5	1.5	1.5	1.5	1.5	-78.6%
Einnahmen	19.4	19.9	12.6	10.4	10.4	10.4	10.4	-18.0%
Aufwand-/Ertragsüberschuss	-19.2	-14.4	-11.1	-8.9	-8.9	-8.9	-8.9	

Grundauftrag, Legislaturprogramm und generelle Entwicklung**Grundauftrag****80 Landwirtschaft**

- Vollzug der Agrargesetzgebung.
- Förderung der Landwirtschaftsbetriebe zur Verbesserung der Rahmenbedingungen.
- Förderung der nachhaltigen Entwicklung des ländlichen Raumes.
- Erhaltung der landwirtschaftlichen Nutzfläche und von artenreichen, naturnahen ländlichen Räumen.

81 Forstwirtschaft

- Vollzug der Waldgesetzgebung.
- Förderung der Forstwirtschaftsbetriebe zur Verbesserung der Rahmenbedingungen.

82 Jagd und Fischerei

- Vollzug der Jagd- und Fischereigesetzgebung.
- Sicherstellung der nachhaltigen Nutzung des staatlichen Fischerei- und Jagdregals.

84 Industrie, Gewerbe und Handel

- Stärkung der Leistungsfähigkeit der Luzerner Wirtschaft durch Wachstum und verbesserte Wettbewerbsfähigkeit.
- Überwachung der Unfallverhütung und der Gesundheitsvorsorge in den Betrieben (Vollzug ArG und UVG).
- Vollzug der flankierenden Massnahmen zum Schutz vor missbräuchlichen Arbeits- und Lohnbedingungen im Bereich des freien Personenverkehrs zwischen der Schweiz und der EU (Vollzug Entsendegesetz).
- Vollzug des Bundesgesetzes Massnahmen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit (Vollzug BGSA).

Zuteilung der Leistungsgruppen und Dienststellen zu den Aufgabenbereichen

Aufgabe (Nr. und Bezeichnung)	Leistungsgruppe	Dienststelle(n)	Departement
80 Landwirtschaft	Landwirtschaft	Landwirtschaft und Wald (lawa)	BUWD
	Veterinärdienst	Veterinärdienst	GSD
81 Forstwirtschaft	Wald	Landwirtschaft und Wald (lawa)	BUWD
82 Jagd und Fischerei	Fischerei und Jagd	Landwirtschaft und Wald (lawa)	BUWD
84 Industrie, Gewerbe und Handel	Raumordnung und Wirtschaftsentwicklung, Teil Wirtschaftsentwicklung	Raumentwicklung, Wirtschaftsförderung und Geoinformation (rawi)	BUWD
	Industrie- und Gewerbeaufsicht	Wirtschaft und Arbeit	GSD

Legislaturprogramm 2007-2011

Kantone, Regionen und Zentren konkurrieren mehr denn je um Menschen, Unternehmen, Wissens- und Kultureinrichtungen. In diesem Wettbewerb entscheiden die besseren Argumente und Fakten. Dazu gehören eine tiefe Steuerbelastung, hoch qualifizierte Arbeitskräfte und eine gute verkehrstechnische Erreichbarkeit. Eine Region muss zudem „Profil“ besitzen und für Leistungsträger, Investoren und Besucher erkennbar und attraktiv sein.

Wirtschaftliches Wachstum notwendig

Das Volkseinkommen pro Kopf liegt im Kanton Luzern unter dem schweizerischen Mittel. Um das bestehende Leistungsangebot aufrechterhalten und im Konkurrenzkampf mit anderen Regionen bestehen zu können, ist wirtschaftliches Wachstum notwendig. Wir setzen uns deshalb die folgenden wirtschaftspolitischen Ziele:

- Die wirtschaftliche Leistungskraft des Kantons soll gestärkt werden, indem das mittlere Pro-Kopf-Einkommen und die Wertschöpfung pro Arbeitsplatz erhöht werden.
- Der Anteil an wachstumsstarken und wertschöpfungsintensiven Branchen soll vergrössert werden.
- Mit wirtschaftsfreundlichen Rahmenbedingungen soll die Wettbewerbskraft des Kantons Luzern gesteigert werden.

Wirtschaftliche Potenziale sind vor allem in den Bereichen Health-Services, neue Informations- und Kommunikationstechnologien, Versicherungsdienstleistungen, Kongresswesen und Kultur sowie in den Bereichen Tourismus und Freizeit zu erkennen. Zudem bietet sich der Kanton Luzern als attraktiver Wohnort für vermögende Personen an.

Mehr Wettbewerbsfähigkeit durch Wissensaustausch

Wir konzentrieren unsere Wirtschaftsförderung einerseits auf Wirtschaftsbereiche, die auch in Zukunft wesentlich zur Wertschöpfung und Beschäftigung im Kanton Luzern beitragen und über intakte Entwicklungschancen verfügen, andererseits auf Projekte und Massnahmen, die es überregional operierenden Unternehmen ermöglichen oder erleichtern, sich gegenüber der Konkurrenz nachhaltig Wettbewerbsvorteile zu verschaffen. Um die Chancen des Kantons Luzern im Wettbewerbsumfeld zu verbessern, stehen die folgenden Ziele im Vordergrund:

- nachhaltiges Wirtschaftswachstum im Kanton Luzern durch die Unterstützung bestehender Unternehmen bei der Expansion und Weiterentwicklung („Wachstum von innen“) sowie durch die Ansiedlung von neuen Betrieben und die Schaffung von Arbeitsplätzen („Wachstum von aussen“);
- dauerhafte Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft durch die Förderung des Austausches von Wissen und Neuerungen in der Wirtschaft (Innovation und Innovationstransfer) sowie durch die gezielte Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zur Begünstigung der Unternehmensentwicklung am Standort Luzern (Standortentwicklung und Standortpflege, Schaffung eines KMU-freundlichen Umfelds).

Wirtschaftsförderung und Richtplanung legen das Schwergewicht auf den städtischen Raum und die potenzialstarken Hauptachsen entlang der Autobahnen. Der kantonale Finanzausgleich schafft die Grundlagen, damit die Versorgung über diese Gebiete hinaus flächendeckend und langfristig im ganzen Kanton sichergestellt bleibt (Basisinfrastrukturen).

In diesem Kontext kommt der Neuen Regionalpolitik des Bundes (NRP) in erster Linie die Aufgabe zu, die wirtschaftlichen Potenziale in den ländlichen Gebieten (RegioHER und Seetal) in Wert zu setzen und zwar so, dass die Synergien zwischen den Verdichtungsräumen des „Y“ und dem ländlichen Raum bestmöglich zum Tragen kommen.

Bemerkung des Kantonsrates zum Legislaturprogramm 2007-2011

5. Gemeinsam mit dem Bund wird die Weiterentwicklung einer leistungsfähigen, ökologisch nachhaltigen Landwirtschaft unterstützt.

Generelle Entwicklung

80 Landwirtschaft / 81 Forstwirtschaft

Einführung der neuen Agrarpolitik AP 2011 ab 2007. Erweiterung der Vertragsflächen für die Seesanierungen auf 3/4 der landwirtschaftlichen Nutzflächen in den See-einzugsgebieten. Förderung der Reduktion der Ammoniakemissionen mit Bundes- und Kantonsbeiträgen (Ressourcenprogramm AP 2011). Die übrigen mehrjährigen Vorhaben, insbesondere Güterstrassen, Meliorationen, Wiederbewaldung, Holzpromotion, Waldstrassen, Waldreservate, Waldbau, Schutzwaldpflege, bleiben unverändert. Es entstehen neue Regionale Organisationen für die Bewirtschaftung der Luzerner Wälder. Die organisierte Fläche wird grösser sein als ursprünglich angenommen. Es sind etwas grössere Strukturaufbaubeträge (Bund und Kanton) und grössere Flächenbeiträge (Kanton) als geplant zu erwarten. Die Vorhaben zum Schutz vor Naturgefahren nehmen tendenziell zu.

84 Industrie, Gewerbe und Handel

Das wirtschaftliche Wachstumspotenzial des Tourismus ist stärker auszuschöpfen, und die Tourismusdestination "Kanton Luzern" ist im weltweiten Tourismus-Markt besser zu positionieren. Entsprechend ist eine einheitliche Marketingstrategie aufzubauen und umzusetzen. Dafür sind Destinationsmanagement-Organisationen (DMO) zu schaffen, die im Sinne eines PPP-Modells mit Leistungsaufträgen zu führen sind.

Indikatoren und Kenngrössen	2009	2010	2011	2012	2013
80 Landwirtschaft Direktzahlungen: Schriftliche Einsprachen in % zu den beitragsberechtigten Betrieben Vertragsflächen für die Seesanierungen in %	2 78	2 79	2 80	2 80	2 80
81 Forstwirtschaft Genutzte Holzmenge im Staatswald in m ³ Entwicklung und Aufbau Reg. Organisationen (Vertragsfläche in %)	13'000 60%	13'000 65%	13'000 70%	13'000 75%	13'000 80%
82 Fischerei und Jagd Nettokostendeckungsgrad der Leistungsgruppe Fischerei und Jagd in %	100	100	100	100	100

Finanzielle Veränderungen gegenüber dem IFAP 2009-2013

Laufende Rechnung	2009	2010	2011	2012	2013
- Aufwand					
IFAP 2009-2013	253.6	253.8	253.0	253.5	254.0
Neuer IFAP 2009-2013	253.2	253.7	252.4	252.9	253.3
Veränderung	0.4	0.1	0.6	0.6	0.7
- Ertrag					
IFAP 2009-2013	230.4	231.0	229.5	228.2	228.3
Neuer IFAP 2009-2013	230.4	230.4	230.4	228.2	228.2
Veränderung	0.0	0.6	-0.9	0.0	0.1

Begründung:

- Minderaufwendungen in verschiedenen Bereichen führen gegenüber der bisherigen Planung zu einem Minderaufwand.
- Der Systemwechsel von der Viehhändelsabgabe zur Schlachtviehabgabe ergibt 2011 Mehreinnahmen von 0,9 Millionen Franken.

Investitionsrechnung	2009	2010	2011	2012	2013
- Ausgaben					
IFAP 2009-2013	17.3	17.1	17.3	17.5	16.7
Neuer IFAP 2009-2013	17.3	16.8	16.8	16.8	15.8
Veränderung	0.0	0.3	0.5	0.7	0.9
- Einnahmen					
IFAP 2009-2013	10.9	10.9	10.9	10.9	10.9
Neuer IFAP 2009-2013	10.9	10.9	10.9	10.9	10.9
Veränderung	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Begründung:					
In der bisherigen Planung war eine jährliche Aufstockung der Förderbeiträge für Regionalprojekte vorgesehen – auf diese wird im neuen IFAP 2009-2013 verzichtet.					
Staatsbeiträge gesamt	2009	2010	2011	2012	2013
- Aufwand/Ausgaben					
IFAP2009-2013	18.1	18.3	18.9	19.2	18.6
NeuerIFAP2009-2013	17.8	17.6	17.4	17.5	16.5
Veränderung	0.3	0.7	1.5	1.7	2.1
- Ertrag/Einnahmen					
IFAP2009-2013	3.9	3.9	3.3	1.9	1.9
NeuerIFAP2009-2013	3.9	3.9	3.3	1.9	1.9
Veränderung	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Begründung:					
- Das Ressourcenprogramm der Agrarpolitik 2011 des Bundes hat tiefere Staatsbeiträge zur Folge als bisher angenommen					
- Für Seesanierungen wird für 2011 ff. weniger Mittel eingeplant.					
- Die Beiträge für Wald- und Güterstrassen werden nicht wie bisher mit einem jährlichen Wachstum von 1,5 Prozent hochgerechnet.					
- In der bisherigen Planung war eine jährliche Aufstockung der Förderbeiträge für Regionalprojekte um vorgesehen – auf diese wird im neuen IFAP 2009-2013 verzichtet.					

Vorhaben und Projekte			
	Realisierungszeitraum (Jahre)	Gesamte Projektkosten / Veränderung Betriebskosten 2010-2013 in Mio. Franken	Investitionskosten 2010-2013 in Mio. Franken
Beschlossene / eingerechnete Vorhaben			
8.1.1/09 Förderprogramm nachhaltige Ressourcennutzung (Ammoniak)	2010-2013	0,9	
8.1.2/09 Höhere Beiträge an Dritte für Wald, Naturgefahren etc.	2010-2013	0,5	
8.1.3/09 Minderaufwand Seesanierungen (2010 Mehraufwand von 0,1 Mio. Fr., 2011 ff. Minderaufwand ggb. 2009 um 0,3 Mio. Fr.)	2010-2013	-0,7	
8.1.4/09 Beiträge an Destinationsmanagement-Organisationen (DMO) im Tourismus (PPP-Modell)	2010-2013	2,0	
8.1.5/09 Wegfall Staatsbeitrag an das Micro Centre Central Switzerland (MCCS) beim BKD	2010	-1,4	
8.1.6/09 Erhöhung Staatsbeitrag für Tourismus (aus 80% des Ertrages der Bewilligungsabgaben – bisher 65%)	2010-2013	1,1	
8.1.7/09 Rückläufige Investitionen für Naturgefahren und Verbauungen	2010-2013		-3
8.1.8/09 Programmvereinbarung Schutzwald (brutto 5,5 Mio. Fr., davon 3 Mio. Fr. Bundesgelder)			
8.1.9/09 Programmvereinbarung Waldwirtschaft (brutto 4,2 Mio. Fr., davon 2,2 Mio. Fr. Bundesgelder)			
8.1.10/09 Veränderungen im Bereich Tiergesundheit <ul style="list-style-type: none"> a) Rückläufiger Aufwand (Abschluss Rinderseuche BVD) b) Wegfall Bundesbeitrag an BVD-Sanierung c) Reduktion Gemeinde- und Kantonsbeiträge an Tierseuchenkasse d) Reduktion Tierhalterbeiträge an Tierseuchenkasse e) Ersatz Viehhandelsabgabe durch Schlachtviehabgabe 	2010-2013 ab 2011 ab 2012 ab 2012 ab 2012	-6,1 1,8 1,4 1,3 1,3	
Geplante Vorhaben (nicht eingerechnet)			
Keine			
Gesetzesänderungen			
Keine			

	Realisierungszeitraum (Jahre)	Gesamte Projektkosten / Veränderung Betriebskosten 2010-2013 in Mio. Franken	Investitionskosten 2010-2013 in Mio. Franken
Hochbauprojekte			
Keine			
Weitere Umsetzungsmassnahmen zum Legislaturprogramm 2007-2011			
Keine			

(in Mio. Franken)

Laufende Rechnung	R2007	R2008	B2009	2010	2011	2012	2013	%
Aufwand	269.4	255.3	253.2	253.7	252.4	252.9	253.3	0.0%
Ertrag	239.1	231.9	230.4	230.4	230.4	228.2	228.2	-1.0%
Aufwand-/Ertragsüberschuss	30.3	23.4	22.8	23.3	22.0	24.7	25.0	
80 Landwirtschaft								
Aufwand	246.8	229.7	232.1	232.3	230.8	231.0	231.2	
Ertrag	224.4	218.7	221.9	221.9	221.8	219.5	219.5	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	22.4	11.0	10.2	10.4	9.0	11.5	11.7	
81 Forstwirtschaft								
Aufwand	14.8	14.4	14.3	14.5	14.7	14.8	14.9	
Ertrag	8.1	6.4	6.2	6.2	6.2	6.2	6.3	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	6.7	8.1	8.1	8.3	8.4	8.6	8.7	
82 Jagd und Fischerei								
Aufwand	1.2	1.4	1.2	1.2	1.2	1.3	1.3	
Ertrag	1.1	1.3	1.1	1.1	1.1	1.1	1.1	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	0.1	0.1	0.1	0.1	0.1	0.2	0.2	
84 Industrie, Gewerbe und Handel								
Aufwand	6.6	9.7	5.7	5.7	5.7	5.8	5.8	
Ertrag	5.3	5.5	1.3	1.3	1.3	1.3	1.3	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	1.3	4.2	4.4	4.4	4.4	4.5	4.5	
87 Sonstige gewerbliche Betriebe								
Aufwand	-	-	-	-	-	-	-	
Ertrag	0.2	-	-	-	-	-	-	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	-0.2							
Investitionsrechnung	R2007	R2008	B2009	2010	2011	2012	2013	%
Ausgaben	23.3	17.0	17.3	16.8	16.8	16.8	15.8	-8.6%
Einnahmen	18.1	12.0	10.9	10.9	10.9	10.9	10.9	0.0%
Ausgaben-/Einnahmenüberschuss	5.2	5.1	6.4	5.9	5.9	5.9	4.9	
Staatsbeiträge	R2007	R2008	B2009	2010	2011	2012	2013	%
<i>Laufende Rechnung</i>								
Aufwand	23.2	10.2	9.0	9.3	9.0	9.1	9.2	2.5%
Ertrag	10.7	4.6	3.9	3.9	3.3	1.9	1.9	-50.7%
Aufwand-/Ertragsüberschuss	12.6	5.6	5.1	5.4	5.7	7.2	7.3	
<i>Investitionsrechnung</i>								
Ausgaben	7.7	7.7	8.8	8.3	8.3	8.3	7.3	-16.8%
Einnahmen	-	0.3	-	-	-	-	-	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	7.7	7.5	8.8	8.3	8.3	8.3	7.3	

Grundauftrag, Legislaturprogramm und generelle Entwicklung**Grundauftrag****90 Steuern**

- Vollzug der kantonalen Steuerpolitik und der Steuerabrechnung mit den Gemeinden.

92 Finanzausgleich

- Vollzug des Finanzausgleichs mit den Gemeinden.

93 Einnahmenanteile

- Abrechnung mit dem Bund über die Kantonsanteile an Bundessteuereinnahmen.

94 Vermögens- und Schuldenverwaltung

- Vermögens- und Schuldenverwaltung des Staatshaushaltes. Bewirtschaftung der Liquidität und der Finanzierungskosten.

Zuteilung der Leistungsgruppen und Dienststellen zu den Aufgabenbereichen

Aufgabe (Nr. und Bezeichnung)	Leistungsgruppe	Dienststelle(n)	Departement
90 Steuern	Steuererlöse	Steuerverwaltung	FD
92 Finanzausgleich	Departementsführung und Dienstleistungen Departementssekretariat, Teil Finanzausgleich	Departementssekretariat FD	FD
	Sonderbereiche, Zahlungen aus der bundesstaatlichen NFA	Dienststelle Finanzen	FD
	Sonderbeiträge Finanzausgleich	Amt für Gemeinden	JSD
93 Einnahmenanteil	Steuererlöse, Teil Kantonsanteil an direkter Bundessteuer, Verrechnungssteuer und LSVA	Dienststelle Steuern	FD
	Sonderbereiche, Anteil am Reingewinn Nationalbank	Dienststelle Finanzen	
94 Vermögens- und Schuldenverwaltung	Sonderbereich, Zinsen und Disagio, Ertrag von Wertschriften und von Banken	Dienststelle Finanzen	FD
	Steuererlöse, Teil Vergütungs- und Verzugszinsen	Dienststelle Steuern	FD
99 Nicht aufgeteilte Positionen	Nicht zuteilbare Abschreibungen	Dienststelle Finanzen	FD

Legislaturprogramm 2007-2011

In den vergangenen Jahren hat der Kanton Schulden in der Höhe von über einer Milliarde getilgt. Die Staatssteuern wurden zwischen 2002 und 2008 linear um 21 Prozent gesenkt. Mit der Steuergesetzrevision 2008 werden die Luzernerinnen und Luzerner zwischen 2008 und 2010 um weitere 244 Millionen Franken entlastet. Unsere finanzielle Situation hat sich erheblich verbessert.

Schulden schränken den Handlungs- und Entscheidungsspielraum von Regierung und Parlament massiv ein. Sie verunmöglichen eine langfristig angelegte Politik, schwächen den Standort und zwingen zu kurzfristigen Sparmassnahmen. Wer hoch verschuldet ist, wirtschaftet auf Kosten zukünftiger Generationen. Wir wollen daher auch in den nächsten Jahren die Laufenden Rechnungen ausgeglichen abschliessen und keine neuen Schulden machen.

Wir sind überzeugt, dass tiefere Steuern die Wettbewerbsfähigkeit unseres Kantons als Wohn- und Arbeitsort verbessern. Steuersenkungen sind nicht Selbstzweck. Sie liegen im ökonomischen Interesse des Kantons, denn längerfristig wird die Steuerkraft durch Kompensationseffekte positiv beeinflusst: mehr Arbeitsplätze, höhere Unternehmensgewinne, mehr Zuzüger, weniger Wegzüger, grösseres Steuersubstrat.

Steuergesetzrevision 2011

Wir planen daher für 2011 eine weitere Steuergesetzrevision mit dem Ziel, die Gewinnsteuer für Unternehmen zu senken und mittlere und hohe Einkommen zu entlasten. Bei der Einkommenssteuer streben wir im schweizerischen Vergleich einen Indexwert von 100 an, bei der Vermögenssteuer einen solchen von deutlich unter 100. Wir wollen für juristische Personen zu den fünf attraktivsten Kantonen gehören.

Effizient und kundenfreundlich veranlagen

Wir vereinfachen und standardisieren die Veranlagung und den Bezug der Staats-, Gemeinde- und Bundessteuern der natürlichen und juristischen Personen im Kanton Luzern. Alle Gemeinden veranlagen die Steuern der nicht erwerbstätigen und der unselbstständig erwerbstätigen Personen autonom auf einem technisch zentralen System. Die Selbständigerwerbenden und die juristischen Personen werden einheitlich durch den Kanton veranlagt. Das Steuerregister soll künftig auf einem zentralen System geführt werden. Der Bezug der Staats-, Gemeinde- und Bundessteuern wird technisch zentral, organisatorisch aber dezentral durch die Gemeinden erfolgen.

Totalrevision des Finanzhaushaltsgesetzes

Das Finanzhaushaltsgesetz (FHG) unterziehen wir einer Totalrevision und streben dessen Einführung für das Budget 2011 an. Wir verwenden für die Revision als Grundlage das harmonisierte Rechnungsmodell 2 (HRM2) der Finanzdirektorenkonferenz. Inhalt und Darstellung der bisherigen strategischen Planung und der finanzpolitischen Dokumente (IFAP, Voranschlag) sollen überprüft werden. Parallel zur FHG-Revision werden wir auch das Finanzleitbild überarbeiten.

Im September 2007 hat das Parlament Änderungen des Gesetzes über den Finanzausgleich beschlossen. Wir haben deshalb darauf verzichtet, 2007 einen Wirkungsbericht zum Finanzausgleich zu erarbeiten. Dieser hätte sich auf Daten der Jahre 2004 - 2006 abgestützt und möglicherweise zu falschen Schlussfolgerungen geführt. Wir werden deshalb erst im Jahr 2009 einen neuen Wirkungsbericht vorlegen, weil dann die Übergangsbestimmungen des totalrevidierten Finanzausgleichsgesetzes nicht mehr zur Anwendung gelangen.

Generelle Entwicklung

90 Steuern

2009: Korrektur Tarif für Vermögen
 2010: Korrektur Tarif für Gewinn und Kapital
 2011: Steuergesetzrevision 2011
 2012: StG-Revision 2011 - Anteil Korrektur Gewinnsteuer

92 Finanzausgleich

Finanzausgleich Bund (NFA):
 Der Ressourcenausgleich kann starken Schwankungen unterliegen. Vorausberechnungen sind schwierig, da sich der Luzerner Anteil nicht nur an der eigenen Ressourcenentwicklung, sondern auch an den Veränderungen der Ressourcenpotenziale aller anderen Kantone orientiert.

Finanzausgleich Luzern:
 Umsetzung Wirkungsbericht 2009

93 Einnahmenanteil

Wir gehen bei den Anteilen an Bundeseinnahmen von folgenden Entwicklungen aus:
 Direkte Bundessteuer: leicht steigend
 Verrechnungssteuer: volatil
 LSVA: stabil
 Gewinnanteil schweizerische Nationalbank: stabil

94 Vermögens- und Schuldenverwaltung

Leicht steigende Zinssätze.
 Neuverschuldung bei Mittelabflüssen aus Vorfinanzierungen.
 Abbau Schulden durch ausserordentliche Erträge.

Indikatoren und Kenngrössen	2009	2010	2011	2012	2013
90 Steuern					
Staatssteuerfuss	1.5	1.5	1.5	1.5	1.5
Entlastung Staatssteuern ggb. Vorjahr in Mio. Fr.	35	18	43	25	0
92 Finanzausgleich					
Finanzausgleichszahlungen an Gemeinden netto in Mio. Fr.	121.1	122.5	123.3	124.1	124.9
Ressourcenausgleich NFA Bund in Mio. Fr.	298.4	307.4	316.6	326.1	334.8
Härteausgleich NFA Bund in Mio. Fr.	23.7	23.7	23.7	23.7	23.7
Geografisch-topografischer Lastenausgleich NFA Bund in Mio. Fr.	6.7	6.7	6.7	6.7	6.7
93 Einnahmenanteil					
Anteile an Bundeseinnahmen (inkl. Nationalbank) in Mio. Fr.	202.7	212.4	218.2	225.5	233.2
94 Vermögens- und Schuldenverwaltung					
Marktgerechte Finanzierungskosten (SWAP Satz + 10 Basispunkte)	< 10 BP				
Nettoschuld pro Kopf (Zielgrösse, mit vorliegender Planung nicht erreicht)	<2'700	<2'700	< 2'700	< 2'700	< 2'700

Finanzielle Veränderungen gegenüber dem IFAP 2009-2013					
Laufende Rechnung	2009	2010	2011	2012	2013
- Aufwand					
IFAP 2009-2013	253.8	262.4	273.6	285.3	299.2
Neuer IFAP 2009-2013	249.2	253.5	261.6	271.7	282.8
Veränderung	4.6	8.9	12.0	13.6	16.4
- Ertrag					
IFAP 2009-2013	1'587.5	1'606.4	1'574.9	1'601.9	1'643.0
Neuer IFAP 2009-2013	1'586.9	1'618.7	1'605.9	1'629.2	1'688.7
Veränderung	0.6	-12.3	-31.0	-27.3	-45.7
Begründung:					
- Dank dem guten Konjunkturellen Verlauf im Jahr 2008 erhöhen wir gegenüber der bisherigen Planung unsere Steuerprognosen: +7,7 (2010), +25,2 (2011), +19,2 (2012) sowie +35,9 (2013) Millionen Franken (mitberücksichtigt sind die Änderungen des Kantonsrates zur Steuergesetzrevision 2011, insbesondere die Verschiebung der Halbierung der Gewinnsteuer von 2011 auf 2012).					
- Innerkantonaler Finanzausgleich: Die Mittel für den Ressourcenausgleich werden neu ab 2011 ohne Wachstum gerechnet (bisheriges Wachstum jährlich 1,2 Prozent)					
- Die NFA-Beiträge des Bundes werden neu anstelle von 2,7 Prozent mit einem Wachstum von 3 Prozent (2013 2,8 %) aufgerechnet. Dies bedeutet Mehrerträge von 0,9 (2010), 1,8 (2011), 2,8 (2012) und 3,1 (2013) Millionen Franken.					
- Der Kantonsanteil der direkten Bundessteuer ergibt gemäss neuer Prognose höhere Erträge: 4,1 (2010), 4,3 (2011), 5,6 (2012) und 7 (2013) Millionen Franken.					
- Bereits im nachgebesserten Voranschlag 2009 konnte der Zinsaufwand gegenüber dem ersten Budgetentwurf um 4 Millionen Franken reduziert werden. Aufgrund der günstigen Zinsentwicklung des Schuldenabbaus und der Reduktion der Vergütungszinsen um 2 Millionen Franken verringert sich der Zinsaufwand gegenüber der bisherigen Planung um 9,6 (2010), 11,7 (2011), 12,8 (2012) und 15 (2013) Millionen Franken.					
Investitionsrechnung	2009	2010	2011	2012	2013
- Ausgaben					
IFAP 2009-2013	-	-	-	-	-
Neuer IFAP 2009-2013	-	-	-	-	-
Veränderung					
- Einnahmen					
IFAP 2009-2013	-	-	-	-	-
Neuer IFAP 2009-2013	-	-	-	-	-
Veränderung					
Staatsbeiträge gesamt	2009	2010	2011	2012	2013
- Aufwand/Ausgaben					
IFAP 2009-2013	142.1	143.7	145.4	147.2	148.9
Neuer IFAP 2009-2013	142.1	143.7	144.5	145.3	146.1
Veränderung	0.0	0.0	0.9	1.9	2.8
- Ertrag/Einnahmen					
IFAP 2009-2013	18.8	19.1	19.3	19.5	19.8
Neuer IFAP 2009-2013	18.8	19.1	19.1	19.1	19.1
Veränderung	0.0	0.0	0.2	0.4	0.7
Begründung:					
Innerkantonaler Finanzausgleich: Die Mittel für den Ressourcenausgleich werden gegenüber der bisherigen Planung ab 2011 mit einem Nullwachstum geplant (bisher: 1,2 Prozent). Auf der Gegenseite wird der Gemeindeanteil dieser Beiträge (horizontaler Ausgleich) an dieses Nullwachstum ab 2011 angepasst.					

Vorhaben und Projekte																																																													
					Realisierungszeitraum (Jahre)	Gesamte Projektkosten / Veränderung Betriebskosten 2010-2013 in Mio. Franken	Investitionskosten 2010-2013 in Mio. Franken																																																						
Beschlossene / eingerechnete Vorhaben																																																													
9.1.1/09 Entwicklung der Zahlungsströme des innerkantonalen Finanzausgleichs					2009 2010 2011 2012 2013																																																								
<table> <tbody> <tr> <td>Ressourcenausgleich</td><td>75,3</td><td>76,3</td><td>76,3</td><td>76,3</td><td>76,3</td></tr> <tr> <td>Topografischer Lastenausgleich</td><td>22,5</td><td>22,8</td><td>23,1</td><td>23,3</td><td>23,6</td></tr> <tr> <td>Bildungslastenausgleich</td><td>23,7</td><td>23,9</td><td>24,2</td><td>24,5</td><td>24,8</td></tr> <tr> <td>Soziallastenausgleich</td><td>12,2</td><td>12,4</td><td>12,5</td><td>12,7</td><td>12,8</td></tr> <tr> <td>Infrastrukturlastenausgleich</td><td>6,1</td><td>6,2</td><td>6,3</td><td>6,3</td><td>6,4</td></tr> <tr> <td>./. Einnahmen horizontaler RA</td><td>-18,8</td><td>-19,1</td><td>-19,1</td><td>-19,1</td><td>-19,1</td></tr> <tr> <td>= Nettokosten kantonaler FA</td><td>121,0</td><td>122,5</td><td>123,3</td><td>124,0</td><td>124,8</td></tr> </tbody> </table>					Ressourcenausgleich	75,3	76,3	76,3	76,3	76,3	Topografischer Lastenausgleich	22,5	22,8	23,1	23,3	23,6	Bildungslastenausgleich	23,7	23,9	24,2	24,5	24,8	Soziallastenausgleich	12,2	12,4	12,5	12,7	12,8	Infrastrukturlastenausgleich	6,1	6,2	6,3	6,3	6,4	./. Einnahmen horizontaler RA	-18,8	-19,1	-19,1	-19,1	-19,1	= Nettokosten kantonaler FA	121,0	122,5	123,3	124,0	124,8	10,6														
Ressourcenausgleich	75,3	76,3	76,3	76,3	76,3																																																								
Topografischer Lastenausgleich	22,5	22,8	23,1	23,3	23,6																																																								
Bildungslastenausgleich	23,7	23,9	24,2	24,5	24,8																																																								
Soziallastenausgleich	12,2	12,4	12,5	12,7	12,8																																																								
Infrastrukturlastenausgleich	6,1	6,2	6,3	6,3	6,4																																																								
./. Einnahmen horizontaler RA	-18,8	-19,1	-19,1	-19,1	-19,1																																																								
= Nettokosten kantonaler FA	121,0	122,5	123,3	124,0	124,8																																																								
9.1.2/09 Zinsaufwand der Dienststelle Steuern: Mehrkosten aus erwartetem Zinsszenario						2010-2013	12,7																																																						
9.1.3/09 Entwicklung der Kantonsanteile an Bundeseinnahmen	<table> <tbody> <tr> <td>Ressourcenausgleich NFA</td><td>298,4</td><td>307,3</td><td>316,5</td><td>326,0</td><td>335,0</td></tr> <tr> <td>Härteausgleich NFA (netto)</td><td>17,9</td><td>17,9</td><td>17,9</td><td>17,9</td><td>17,9</td></tr> <tr> <td>Lastenausgleich NFA</td><td>6,7</td><td>6,8</td><td>6,8</td><td>6,9</td><td>7,0</td></tr> <tr> <td>Gewinnausschüttung SNB</td><td>79,0</td><td>79,0</td><td>79,0</td><td>79,0</td><td>79,0</td></tr> <tr> <td>Verrechnungssteuer</td><td>15,4</td><td>15,0</td><td>15,0</td><td>15,1</td><td>15,1</td></tr> <tr> <td>LSVA</td><td>21,7</td><td>21,7</td><td>21,7</td><td>21,7</td><td>21,7</td></tr> <tr> <td>Anteil direkte Bundessteuer</td><td>86,6</td><td>96,9</td><td>102,5</td><td>109,7</td><td>117,4</td></tr> </tbody> </table>					Ressourcenausgleich NFA	298,4	307,3	316,5	326,0	335,0	Härteausgleich NFA (netto)	17,9	17,9	17,9	17,9	17,9	Lastenausgleich NFA	6,7	6,8	6,8	6,9	7,0	Gewinnausschüttung SNB	79,0	79,0	79,0	79,0	79,0	Verrechnungssteuer	15,4	15,0	15,0	15,1	15,1	LSVA	21,7	21,7	21,7	21,7	21,7	Anteil direkte Bundessteuer	86,6	96,9	102,5	109,7	117,4	-91,2													
Ressourcenausgleich NFA	298,4	307,3	316,5	326,0	335,0																																																								
Härteausgleich NFA (netto)	17,9	17,9	17,9	17,9	17,9																																																								
Lastenausgleich NFA	6,7	6,8	6,8	6,9	7,0																																																								
Gewinnausschüttung SNB	79,0	79,0	79,0	79,0	79,0																																																								
Verrechnungssteuer	15,4	15,0	15,0	15,1	15,1																																																								
LSVA	21,7	21,7	21,7	21,7	21,7																																																								
Anteil direkte Bundessteuer	86,6	96,9	102,5	109,7	117,4																																																								
9.1.4/09 Entwicklung der Sonder- und Nebensteuern	<table> <tbody> <tr> <td>Nach- und Strafsteuer</td><td>3,0</td><td>2,0</td><td>2,0</td><td>2,0</td><td>2,0</td></tr> <tr> <td>Quellensteuer</td><td>27,0</td><td>22,0</td><td>22,0</td><td>22,0</td><td>22,0</td></tr> <tr> <td>Kapitalauszahlungen</td><td>14,5</td><td>16,0</td><td>16,0</td><td>16,0</td><td>16,0</td></tr> <tr> <td>Personalsteuer</td><td>5,1</td><td>5,2</td><td>5,3</td><td>5,3</td><td>5,4</td></tr> <tr> <td>Liegenschaftssteuern</td><td>16,8</td><td>17,5</td><td>18,0</td><td>18,5</td><td>19,0</td></tr> <tr> <td>Grundstücksgewinnsteuer</td><td>40,5</td><td>36,0</td><td>37,0</td><td>38,0</td><td>39,0</td></tr> <tr> <td>Handänderungssteuer</td><td>22,5</td><td>22,0</td><td>23,0</td><td>24,0</td><td>25,0</td></tr> <tr> <td>Erbschaftssteuern</td><td>11,3</td><td>13,0</td><td>14,0</td><td>14,0</td><td>14,0</td></tr> <tr> <td>Total Sonder- + Nebensteuern</td><td>140,6</td><td>139,1</td><td>139,2</td><td>139,1</td><td>139,5</td></tr> </tbody> </table>					Nach- und Strafsteuer	3,0	2,0	2,0	2,0	2,0	Quellensteuer	27,0	22,0	22,0	22,0	22,0	Kapitalauszahlungen	14,5	16,0	16,0	16,0	16,0	Personalsteuer	5,1	5,2	5,3	5,3	5,4	Liegenschaftssteuern	16,8	17,5	18,0	18,5	19,0	Grundstücksgewinnsteuer	40,5	36,0	37,0	38,0	39,0	Handänderungssteuer	22,5	22,0	23,0	24,0	25,0	Erbschaftssteuern	11,3	13,0	14,0	14,0	14,0	Total Sonder- + Nebensteuern	140,6	139,1	139,2	139,1	139,5	9,6	
Nach- und Strafsteuer	3,0	2,0	2,0	2,0	2,0																																																								
Quellensteuer	27,0	22,0	22,0	22,0	22,0																																																								
Kapitalauszahlungen	14,5	16,0	16,0	16,0	16,0																																																								
Personalsteuer	5,1	5,2	5,3	5,3	5,4																																																								
Liegenschaftssteuern	16,8	17,5	18,0	18,5	19,0																																																								
Grundstücksgewinnsteuer	40,5	36,0	37,0	38,0	39,0																																																								
Handänderungssteuer	22,5	22,0	23,0	24,0	25,0																																																								
Erbschaftssteuern	11,3	13,0	14,0	14,0	14,0																																																								
Total Sonder- + Nebensteuern	140,6	139,1	139,2	139,1	139,5																																																								

		Realisierungszeitraum (Jahre)	Gesamte Projektkosten / Veränderung Betriebskosten 2010-2013 in Mio. Franken	Investitionskosten 2010-2013 in Mio. Franken
9.1.5/09	Steuergesetzrevision 2008 (Tarif für Gewinn und Kapital)	2010	70,0	
9.1.6/09	Steuergesetzrevision 2011	2011-2012	158,0	
9.1.7/09	Höhere Abschreibungen im Steuerbereich	2010-2013	2,0	
Geplante Vorhaben (nicht eingerechnet)				
Keine				
Gesetzesänderungen				
9.3.1/09	Steuergesetzrevision 2008	2008-2010		
9.3.2/09	Finanzausgleichsgesetz	2009-2011		
9.3.3/09	Steuergesetzrevision 2011	2008-2011		
Hochbauprojekte				
Keine				
Weitere Umsetzungsmassnahmen zum Legislaturprogramm 2007-2011				
Keine				

(in Mio. Franken)

Laufende Rechnung	R2007	R2008	B2009	2010	2011	2012	2013	%
Aufwand	284.0	300.8	249.2	253.5	261.6	271.7	282.8	13.5%
Ertrag	1'483.7	1'704.2	1'586.9	1'618.7	1'605.9	1'629.2	1'688.7	6.4%
Aufwand-/Ertragsüberschuss	-1'199.6	-1'403.4	-1'337.7	-1'365.2	-1'344.4	-1'357.5	-1'405.9	
90 Steuern								
Aufwand	10.4	9.5	10.5	11.0	11.0	11.0	11.0	
Ertrag	994.3	955.5	927.2	940.0	912.2	918.5	961.3	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	-983.8	-946.0	-916.7	-929.1	-901.2	-907.6	-950.3	
92 Finanzausgleich								
Aufwand	171.3	171.4	149.7	151.4	152.2	153.0	153.8	
Ertrag	30.7	353.1	347.6	356.8	366.1	375.7	384.7	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	140.7	-181.7	-197.8	-205.4	-213.9	-222.7	-231.0	
93 Einnahmenanteil								
Aufwand	16.0	18.8	18.5	20.3	20.3	20.3	20.3	
Ertrag	274.4	233.6	202.7	212.4	218.2	225.5	233.2	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	-258.4	-214.7	-184.2	-192.1	-197.9	-205.2	-212.9	
94 Vermögens- und Schuldenverwaltung								
Aufwand	50.1	43.6	48.7	45.3	45.8	50.1	55.8	
Ertrag	184.3	137.4	74.5	74.5	74.5	74.5	74.5	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	-134.2	-93.8	-25.8	-29.2	-28.7	-24.4	-18.6	
99 Nicht aufgeteilte Positionen								
Aufwand	36.2	57.4	21.8	25.6	32.3	37.3	41.9	
Ertrag	-	24.6	35.0	35.0	35.0	35.0	35.0	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	36.2	32.9	-13.2	-9.4	-2.7	2.3	6.9	
Investitionsrechnung	R2007	R2008	B2009	2010	2011	2012	2013	%
Ausgaben	-	-	-	-	-	-	-	
Einnahmen	-	-	-	-	-	-	-	
Ausgaben-/Einnahmenüberschuss	-							
Staatsbeiträge	R2007	R2008	B2009	2010	2011	2012	2013	%
<i>Laufende Rechnung</i>								
Aufwand	161.1	158.6	142.1	143.7	144.5	145.3	146.1	2.9%
Ertrag	25.8	24.7	18.8	19.1	19.1	19.1	19.1	1.2%
Aufwand-/Ertragsüberschuss	135.3	133.9	123.2	124.7	125.5	126.3	127.1	
<i>Investitionsrechnung</i>								
Ausgaben	-	-	-	-	-	-	-	
Einnahmen	-	-	-	-	-	-	-	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	-							

viii. Infrastrukturinvestitionen

Kantonale Hochbauten

Bezeichnung / Projekt	Bemerkungen	Dep.	Kosten- schätzung	Budget						Finanzplan 2010-2018					
				2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018		
634 Luzern: Neubau Turnhalle Allmend - Mieterausbau	Projekt vom Kantonstrat bewilligt	BKD	3.4 Mio	250	500	2'440									
PHZ Luzern: Erweiterung	Bedarfsplanung Hochschulen in Arbeit	BKD													
HSLU-Wirtschaft: Erweiterung	Bedarfsplanung Hochschulen in Arbeit	BKD													
032 HSLU-Technik&Architektur: Fassadensanierung	Bedarfsplanung Hochschulen in Arbeit	BKD													
032 HSLU Technik&Architektur: Fassadensanierung		BKD	30-35 Mio												
060 Zeughaus Musegg: Umnutzung	Kaufrecht an Dritte	FD													
040 LUKS Luzern: 16 Schulgebäude: Sanierung/Abbruch	Nutzen solange wie möglich! / Ersatz später	GSD													
040 LUKS Luzern: Überdachung Haupteingang Spitalzentrum	Verschoben nach Kispi	GSD	3-4 Mio												
040 LUKS Luzern: 34 Parkhaus, Erweiterung / Aufstockung	Freimodifizierung	GSD													
040 LUKS Luzern: 40 PWH 1: Innensanierung		GSD	12-14 Mio	1'000	6'000	6'000									
040 LUKS Luzern: 31 Zentrum: Sanierung OP's	In Ausführung	GSD	8'000	2'000											
040 LUKS Luzern: 25 Technik, Ersatz Dampfkessel/Notwärme		GSD	4-5 Mio	2'000	2'500										
040 LUKS Luzern: 31 Zentrum: San./ Erweiterung Restaurant	Projektkreditkution	GSD	8-10 Mio	500	1'000	7'500									
040 LUKS Luzern: 45 PWH/SPA: Gesamtsanierung	Bedarfs-Nutzungsplan	GSD	5-7 Mio												
040 LUKS Luzern: 31 Zentrum: Apotheke/Planung	Konzeptüberprüfung / Outsourcesen prüfen	GSD	4-5 Mio	250											
040 LUKS Luzern: 31 Zentrum-Sanierung/Erweiterung		GSD	ca. 340 Mio	500	5'000	10'000	10'000	50'000	50'000	50'000	50'000	50'000	50'000	50'000	
040 LUKS Luzern: 30 Augenklinik-Sanierung TP1+2		GSD	27-30 Mio	1'000	2'000	10'000	14'000								
Augenklinik: Verwendung Mittelereservation (50% ab Volksabstimmung)															
040 LUKS Luzern: 33 Kinderspital-Sanierung + Erweit.TP1+2		GSD	55-60 Mio	1'500	2'000	5'000	15'000	15'000	15'000	15'000	15'000	15'000	15'000	15'000	
Mittelereservation (50% ab Volksabstimmung)															
041 KSSW Sursee: Hauptgebäude Bettentrakt, Sanierung Korridore	Verschoben	GSD	ca. 6 Mio												
041 KSSW Sursee: Hauptgebäude Bettentrakt, Sanierung Korridore		GSD	1'500												
041 KSSW Sursee: Hauptgeb. Sanierung EG / Labor+Eingangshalle		GSD	200												
041 KSSW Sursee: Sanierung Labor		GSD	1.5-2 Mio												
041 KSSW Sursee: Sanierung+Eingangshalle	Verzicht, sanfte Renovation	GSD	0												
042 KSSW Wohlhusen: Hauptgebäude Sanierung	Hoher Sanierungs-+ Sicherheitsbedarf	GSD	ca. 100 Mio	1'000	1'500	3'500	10'000	20'000	20'000	20'000	20'000	20'000	20'000	20'000	20'000
Mittelereservation (50% ab Volksabstimmung)															
042 KSSW Wohlhusen: Personalhaus B: Sanierung	Bedarfsüberprüfung	GSD													

Bezeichnung / Projekt	Bemerkungen	Dep.	Kosten- schätzung	Budget						Finanzplan 2010-2018			
				2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
042 KSSW Wölhusen: Personalhaus C Sanierung	Erarbeitung Nutzungskonzept	GSD			3'000								
043 Psych. St. Urban: Erneuerung Lüftungs-Monoblocks		GSD	ca. 3.5 Mio	580	500	500	1'000	1'000					
043 Psych. St. Urban: Haus B: Ausbau/San.Haustechn./Brandsch	2 Jahre verschoben	GSD	ca. 3 Mio				250	250	250				
043 Psych. St. Urban: Haus C: Gesamt Sanierung		GSD	ca. 5 Mio		300	3'000	1'300						
043 Psych. St. Urban: Haus A: Anpassung / Sanierung		GSD	ca. 3.5 Mio	2'000	1'500								
043 Psych. St. Urban: T+V: Sanierung Küche		GSD	ca. 3 Mio		2'000	1'000							
046 Kantonales Labor: Neubau	Bedarfsüberprüfung	GSD	10-15 Mio							500	3'000	7'000	
009 Gefängnis Grosshof: Erweiterung/Aufstockung Zellentrakt	Verzicht	JSD		150									
009 Gefängnis Grosshof: Erw./Ausbau Beschäftig.- + Bildungsräume Projektreduktion	Bedarfsüberprüfung und Projektreduktion	JSD											
048 STA Wauwilermoos: Fassadenrenovation Hauptgeb.+ Pavillonb. Verschoben		JSD	ca. 4 Mio	100			100		2'000		2'000		
048 STA Wauwilermoos: Erweiterung Gewerbegebäude (Wäscherei)	Verzicht	JSD		250									
063 Zivilschutzzentrum Sempach: Umbau in Sicherheitszentrum	Realisierung etappiert	JSD	30-35 Mio	500	1'000	3'500	10'000	8'000	2'000			4'000	
Neuorganisation Gerichte	Bedarfsplanung / Miete / Ausstattung zL Kanton	JSD	3-4 Mio	400	1'500	1'500							
Impulsprogramm 2009													
Grundsätze für die Auswahl der Projekte:													
- Zeitraum: Realisiert und abgerechnet bis Ende 2011													
- Dringliche gebundene Ausgaben / Budgetentlastung 2010+2011													
- Energiespar- und Alternativenenergieprojekte													
Bildungs- und Kulturdepartement													
17 Kantonschule Luzern				4'483	15'600								
Aula: Sanierung/Erweiterung WC-Anlagen				1'433									
21 Kantonschule Sursee					6'600								
Gesamteinrichtung WC-Anlagen und Duschen				100	0								
22 Kantonschule Beromünster				2'150	8'000								
Hallenbad: Sanierung Fassade Trakt A				800	1'000								
Fenstersanierung Trakt A						1'433	6'600						
								300					
								500					
								533	500				
									500				

Bezeichnung / Projekt	Bemerkungen	Dep.	Budget						Finanzplan 2010-2018					
			2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018		
032 HTA Luzern, Horw														
Sanierung Elektroverteilung, Haupt- u. Unterverteilung														
Trakt 2+5 Korridorsanierung (Brandschutz-Fluchtweg)														
035 HPZ Schüpfheim														
Ateliers: Erweiterung (auf 5 Arbeitsgr.)														
037 ZBH Luzern														
Neues Aussenlager (Projektierung)														
064 LBBZ Hohenrain														
Bau einer Solaranlage														
141 BBZ Emmen														
Brandschutz GVL														
149 BBZ Luzern, Heimbach														
Brandschutz GVL														
Finanzdepartement														
01 Regierungsgebäude														
Ersatz Mikronone, Kantonsratssaal														
Gesundheits- und Sozialdepartement														
040 LUKS Luzern														
Zentrum: Patientenzimmersanierung														
Frauenklinik: Zusätzl. Gebäizimmer 2.OG (8075)														
Zentrum: Apotheke/Planung (7029/6110/6179/8001)														
Zentrum: San. Aufwachr.Chirurgie EG/1.OG (7014)														
Zentrum: San. Buffet/Restaurant (7127)														
041 LUKS Sursee														
Hauptgeb. Sanierung Korridore														
Hauptgeb. Sanierung EG (Labor/Eingang)/ Projektierung														
043 LUPS St.Urban														
Erneuerung Lüftungs-Monoblocs														
127 Sonnhalde St.Urban														
Ersatz Ökonomiegebäude unter finanziel. Mitwirkung														
Justiz- und Sicherheitsdepartement														
09 Grosshof Kriens														
Planungskredit Aufbau / Aufbau Zellentrakte														
150														
048 Strafanstalt Wauwilermoos														
Fassadenrenovation Projektkredit														
100														
Erweiterung Gewerbegebäude (Wässcherei)														
250														
052 Strassenverkehrshaus Luzern, Kriens														
Sanierung Expertentrakt														
1000														
058 AAL Luzern														
Pinselrenovation, Enzmannbau neues Farbkonzept														
300														

Strassen

Anlage	Projekt Bezeichnung	Finanzplan									
		Budget		2009		2010		2011		2012	
		Untertribik	Pl. Nr. *	Total ab 2009							2013
Budget 2009, IFAP 2009 - 2013											
Neu- und Ausbau (inkl. Lärmschutz, Exkl. Anschluss Rothenburg)											
Belagsanierungen		47'310'000	44'340'000	40'400'000	43'730'000	55'790'000					
Kunstbauten (Unterhalt, Erneuerung, Ersatz)		10'000'000	8'000'000	10'000'000	11'000'000	10'000'000					
Impulsprogramm			3'000'000	3'000'000	4'000'000	4'000'000					
Lichtsignalanlagen und Systeme (Erneuerung)		5'000'000	6'000'000	4'000'000							
Ausbau Zentralbahnh., Anteil Kantonsstrassen netto		17'000'000	3'000'000	3'600'000	2'200'000	1'240'000					
Total Investitionen Kantonsstrassen * exkl. Nationalstrassen z. B. Kostenanteil Anschluss/Zubringer Rothenburg		45'000'000	3'500'000	2'900'000	3'000'000	1'300'000					
Investitionen Kantonsstrassen (Zusammenfassung)											
Neu- und Ausbau (inkl. Lärmschutz und inkl. Impulsprogramm)		53'865'000	52'850'000	48'815'000	49'375'000	61'595'000	69'190'000	65'395'000	63'125'000	64'165'000	59'035'000
Belagsanierungen		10'000'000	8'000'000	10'000'000	11'000'000	10'000'000	10'000'000	10'000'000	15'000'000	15'000'000	15'000'000
Kunstbauten (Unterhalt, Erneuerung, Ersatz)		3'000'000	3'000'000	3'000'000	4'000'000	4'000'000	3'000'000	3'000'000	3'000'000	3'000'000	3'000'000
Impulsprogramm Sanierungen			3'000'000	3'000'000	1'500'000						
Lichtsignalanlagen und Systeme (Erneuerung)		17'000'000	3'000'000	3'800'000	2'200'000	1'240'000	1'000'000	2'000'000	2'000'000	2'000'000	1'000'000
Ausbau Zentralbahnh., Anteil Kantonsstrassen netto		4'500'000	3'500'000	2'900'000	3'000'000	1'300'000					
Total Investitionen Kantonsstrassen		76'065'000	73'350'000	69'815'000	69'575'000	78'135'000	83'190'000	85'395'000	82'125'000	84'165'000	78'035'000
Differenz			-4'556'000	-5'510'000	-5'915'000	-5'645'000	-5'805'000	-5'905'000			
Total Projekte Kantonsstrassen, Neu- und Ausbau (inkl. Lärmschutz und Impulsprogramm)											
K 2 Luzern, Schweizholzquai	A (Topf A)	1	2'900'000	1'400'000	1'500'000						
K 2 Meggen, Erstellen Radverkehrsanlage Einm. Adligenswilstrasse - Gtz. SZ	A (Topf A)	2	5'550'000			100'000	1'250'000	3'000'000	1'000'000	2'000'000	
K 4 Kriens, Zentrum bis Einm. Hergiswaldstrasse, Förderung öV, Erstellen RVA.	A (Topf A)	5	4'450'000	150'000	150'000	2'000'000	2'000'000				
K 4b Kriens, Einm. Eichwilstrasse - K4, Umgestaltung Knoten und Förderung öV	A (Topf A)	6	800'000						800'000		
K 10 Ruswil, Erstellen Rad-/Gehweg Dietenhei	A (Topf A)	8	4'400'000	400'000	2'000'000	2'000'000					
K 10 Wettstein/Wohusen, Erstellen Radverkehrsanlage	A (Topf A)	9	300'000	100'000		200'000					
K 10 Hasle, Ausbau Kurve	A (Topf A)	11	850'000	50'000		400'000	400'000				
K 10 Schüpfheim, Wissenbach - Usser Buei, Strassenausbau/Stützmauer	A (Topf A)	12	800'000	200'000	600'000					85'000	
K 12 Buttisholz, Guglieren, Neubau Kreisel	A (Topf A)	13	850'000								
K 12 Alberswil/Ettiswil, Sanierung und Ausbau Strasse, RVA	A (Topf A)	14	1'350'000	50'000	50'000	1'000'000	25'000				
K 13 Luzern, Erstellen Radverkehrsanlage, Geissmattbrücke - Pfistergasse	A (Topf A)	15	420'000	50'000		20'000	50'000	30'000			
K 13 Emmen, Seetalplatz (exkl.) - Centralplatz (exkl.); RVA und Förderung öV	A (Topf A)	17/ S+I+p	2'400'000			200'000	200'000	1'000'000			
K 13 Emmen, Centralplatz (exkl.) - Sonnenplatz (exkl.); RVA und Förderung öV	A (Topf A)	18/ S+I+p	3'300'000			150'000	150'000	500'000	2'500'000		
K 13 Emmen, Sonnenplatz (inkl.) - Sprengplatz (exkl.); RVA und Förderung öV	A (Topf A)	19/ S+I+p	2'800'000			150'000	150'000	2'000'000	500'000		
K 13 Emmen, Sprengplatz; RVA und Förderung öV (exkl. Bushanhof)	A (Topf A)	20/ S+I+p	4'300'000			150'000	150'000	1'500'000	2'000'000	500'000	
K 13 Suisse, Optimierung Kreisel Chottten mit Förderung öV	A (Topf A)	21	600'000			600'000					
K 13 Wilken Erstellen Trottoir	A (Topf A)	22 / 23	670'000	400'000	270'000						
K 14 Geuensee, Sternenplatz	A (Topf A)	24	200'000						200'000		
K 14 Büron/Geuensee, Erstellen Radverkehrsanlage	A (Topf A)	25	5'130'000	80'000	50'000	1'500'000	2'500'000	1'000'000			

Anlage	Projekt/Bezeichnung	Unterrubrik	Pl. Nr.	Total ab 2009	Budget							Finanzplan				
					2009			2010		2011		2012		2013		2014
					Bauprogramm 2011 - 2014			Agiprogramm Liste A			Agiprogramm 2015 - 2018			Agiprogramm Liste B		
K15	Emmen, Spriegelplatz (exkl.) - Kreisel Bösefeld: RVA und Förderung öV	A (Topf A)	26/S-i-p	3'150'000				50'000	100'000	500'000	2'000'000	500'000				
K15	Emmen, Flank. Massnahmen Autobahnzubringer Rothernburg	A (Topf A)	27	2'000'000				200'000	1'000'000	800'000						
K16	Emmen, Erstellen Busspur Abschnitt Emmen - Meierhöfli	A (Topf A)	30	1'300'000							1'300'000					
K16	Emmen, Umgestaltung Knoten Waltwil	A (Topf A)	31	600'000	50'000	550'000										
K16	Eschenbach, RVA Waldbrücke - Rotigen	A (Topf A)	32	1'570'000	20'000	250'000	1'000'000	300'000								
K16	Hochdorf - Institut Baidegg, Erstellen RVA, Verkehrsberuhigung	A (Topf A)	33	1'500'000	1'300'000	200'000										
K16	Gefingen bis Hitzkirch, Verkehrserhöhung und Radverkehrsanlagen	A (Topf A)	35	400'000	50'000	250'000	100'000									
K17	Luzern, Förderung öV / Schlossberg	A (Topf A)	36	2'200'000	150'000	50'000	1'000'000	1'000'000								
K17	Ebikon, Schachenweid, Busbeschleunigung/Lärmschutz Innerschachen/Kreisel	A (Topf A)	37	5'530'000	130'000		100'000	3'000'000	2'000'000	300'000						
K17	Ebikon, Schachenweid, Kreisel (Bauvorhaben Dritter)	A (Topf A)	38	300'000				300'000								
K17	Ebikon, Schlossstrasse - Knoten Migros; Flama Zubinger Rontal, Optimierung LSA und Knoten	A (Topf A)	40	30'000	30'000	0										
K17b	Root/Dierikon, Götzentalstrasse Rigistrasse bis Eimm. K17 Neubau Kanionsstrasse	A (Topf A)	43	8'500'000	250'000	1'500'000	5'000'000	150'000	250'000							
K18	Alberswil/Gettnau, Stierlenweid - Gross Stalden, Rad-/Gehweg, Teilausbau Strasse	A (Topf A)	44	1'430'000	30'000		50'000	1'350'000								
K19	Kriens, Schlund, Förderung öV/Erstellen LSA/Verkehrsmanagement	A (Topf A)	45	850'000				50'000	800'000							
K30	Luzern, Radverkehrsanlage Eimm. Schlossstrasse - Grz. Adligenswil	A (Topf A)	46	970'000						970'000						
K32	Luzern, Eimm. Moosmattstrasse - Eichwaldstrasse, Trottoir + Radstreifen	A (Topf A)	48	200'000				200'000								
K32	Luzern, Altmend (Anteil Strassen zb)	A (Topf A)	49	0	eigenes Bud.											
K12	Ruswil, Dorf, Verbesserung Verkehrssicherheit	A (Topf A)	50	330'000		50'000	100'000	100'000	180'000							
K37	Marbach, Ausbau Strasse und Rad-/Gehweg	A (Topf A)	51	1'110'000	50'000		50'000		50'000	1'000'000						
K40	Willisau, Adlemattstrasse	A (Topf A)	52	4'040'000	1'800'000	2'240'000										
K43	Schötz, Erstellen Trottoir/Trampelpfad	A (Topf A)	53	470'000	20'000		450'000									
K43b	Schötz, Neubau Luthern-Brücke, Anpassung Strasse	A (Topf A)	54	700'000		700'000										
K46	Pfaffnau, Optimierung Normalprofil/Gehweg/Sanierung Strasse	A (Topf A)	55	700'000	50'000		50'000		600'000							
K56	Sempach, Honrich - Schlüssel, RVA / Ausbau Strasse	A (Topf A)	56	2'800'000	50'000		150'000	1'300'000	1'300'000							
K65b	Zubringter Rontal	A (Topf A)	57	87'000'000	35'000'000	33'000'000	18'000'000	100'000	100'000	1'500'000	3'000'000					
K2	Meggen, Schwerzi - Eimm. Adligenswilstrasse, Erstellen Radverkehrsanlage	B (Topf B)	58	5'165'000	465'000		100'000	100'000	100'000	1'300'000	1'300'000					
K2b	Grepfen/Weggis, Erstellen Rad-/Gehweg, Ausbau Strasse	B (Topf B)	59	7'600'000			100'000	100'000	200'000	1'700'000	4'000'000	1'500'000				
K4	Luzern, Eimm. Obergrund/Moos-/Säilistrasse, Verbesserung Verkehrssicherheit	B (Topf B)	60	750'000	50'000	700'000										
K4	Kriens, Kupferhammer, Förderung öV	B (Topf B)	61	1'200'000	50'000	100'000	50'000	100'000	50'000	500'000						
K4	Kriens, Zentrum, Förderung öV, erstellen Rad-/Gehweg, Ausbau Strasse	B (Topf B)	62	2'950'000			50'000	100'000	200'000	2'000'000						
K10	Emmen/Littau/Rothenburg, Seetalplatz	B (Topf B)	63/S-i-p	65'400'000	1'500'000	1'500'000	4'500'000	11'000'000	18'800'000	19'000'000	9100'000					
K10	Ennlebuch, Dorf Strassenanbau	B (Topf B)	64	5'670'000	400'000	70'000	200'000	200'000	2'500'000	2'500'000						
K10	Escholzmatt/Marbach, Erstellen RVA, Neubau 1. Etappe	B (Topf B)	65	6'150'000	50'000	150'000	150'000	150'000	150'000	150'000	2'500'000	2'500'000				
K10	Ennlebuch, Althüs - Dorf, Sanierung Strasse, RVA	B (Topf B)	96	5'950'000	50'000	200'000	100'000	100'000	100'000	1'000'000	3'000'000	1'600'000				
K11	Menzau, Umgestaltung Knoten	B (Topf B)	66	800'000			50'000	50'000	75'000	75'000						
K13	Littau/Luzern, Grenze Luzern - Schiff, Neubau Überführung, RVA, Busspur 1. Etappe	B (Topf B)	68/S-i-p	9'500'000			1'000'000	2'000'000	50'000	2'000'000	2'000'000	2'000'000	2'000'000			
K14	Büron, Zentrum, Straßenausbau, Neubau Radverkehrsanlagen	B (Topf B)	69	3'580'000	80'000		100'000	100'000	100'000	1'700'000	1'700'000	1'500'000				
K14	Triengen, Dorf - Grund, Verkehrsberuhigende Massnahmen	B (Topf B)	70	900'000	20'000	30'000	50'000	400'000	400'000							
K15	Beromünster, Westumfahrung	B (Topf B)	71	7'500'000	50'000	150'000	100'000	300'000	500'000	3'000'000	3'000'000	3'000'000	3'000'000	3'000'000	3'000'000	

Anlage	Projekt/Bezeichnung	Finanzplan													
		Budget		2009		2010		2011		2012		2013			
		Unterrubrik	Pl. Nr.	Total ab 2009		Bauprogramm	2011 - 2014		Bauprogramm	2011 - 2014		2015	2016	2017	2018
		Agglomeration Liste A										Agglomeration Liste B			
K16	Hochdorf/Höhenrain/Gailingen,Optimierung Normalprofil	B (Topf B)	72	1100000		50000	50000		500000	500000					
K16a	Emmensee, Aabachbrücke - Dorf; Instandsetzung Brücke, Sanierung Strasse	B (Topf B)	73	775000	25000	100000	50000	600000							
K17	Ebikon, Luzern - Schechenweid, Flankierende Massnahmen Zubringer Rontal	B (Topf B)	74	2000000		150000	50000		500000	1'200000	100'000				
K17	Ebikon, Knoten Schliesslstrasse, Flankierende Massnahmen Zubringer Rontal	B (Topf B)	75	1060000	100000	40'000	20'000		900'000						
K17	Ebikon, Schliesslstrasse - Migros, Flankierende Massnahmen Zubringer Rontal	B (Topf B)	76	4'900000			150000	50000	200'000	1'500000	2'000000	1'000000			
K17	Root, Rönnatt - Griz, Gisikon, Flankierende Massnahmen Zubringer Rontal	B (Topf B)	77	7'880000	200000	80000	600000	3'500000	2'500'000	1'000000					
K17	Gisikon, Griz, Root - Knoten Teil, Flankierende Massnahmen Zubringer Rontal	B (Topf B)	78	9000000			100'000		800'000						
K18	Ettiswil, Feldmatt - Post - Rüti inkl. Unt. Einm, K12; Erstellen RVA, Verkehrsberuhigung	B (Topf B)	79	4'160000	30000	80000	150000	500000	1'700'000	1'700'000					
K18	Gunzwil, Tam - Lochen, Erstellen, Erstellen RVA und Ausbau Strasse	B (Topf B)	80	5'000'000		50'000	150'000		300'000	1'500'000	2'500'000	500'000			
K31	Luzern/Ebikon, Erstellen Radverkehrsanlage, Seedorf	B (Topf B)	81	2'865'000	65'000	100'000	500'000	2'000'000	200'000						
K31	Luzern, Spange Nord (2. Etappe)	B (Topf B)	81	18'200'000				100'000	100'000	500'000	500'000	500'000	500'000	12'000'000	
K32a	Luzern, Bahnhof; Erstellen RVA und Erschliessung Uni	B (Topf B)	82	1'150'000	150'000			500'000	500'000						
K32	Luzern, Förderung öV Allmend	B (Topf B)	83	2'000'000			100'000	190'000							
K33a	Luzern, Kreuzstutz - Littau, RVA	B (Topf B)	84	3'200'000	40'000	50'000	10'000	100'000	40'000	1'300'000					
K48	Neuenkirch, Sempach-Station; Aufteilung Niveauübergang	B (Topf B)	85	21'300'000	150'000	150'000	500'000	500'000	3'000'000	7'000'000	7'000'000	3'000'000			
K51	Triengen, Cheer - Müllhof; Verlegung Kantonsstrasse (Projektierung)	B (Topf B)	86	200'000	200'000	80'000	100'000								
K65	BuchTrain, Verkehrsberuhigung im Dorf, Flankierende Massnahmen Zubringer Rontal	B (Topf B)	87	1'200'000	50'000		50'000	800'000	300'000						
K65	BuchTrain - Inwil, Ausbau und Sanierung Strasse, Flankierende Msn. Zubringer Rontal	B (Topf B)	88	3'000'000			100'000	100'000	40'000	1'000'000	1'000'000	400'000			
K2	Luzern/Meggen, Rebstock - Lichtenbühl, RVA	C (Topf C)	89	3'500'000		50'000	50'000		100'000	1'900'000	1'400'000				
K2b	Vitznau, Altdorfbach - Tschuppis, Teilausbau und Sanierung Strasse	C (Topf C)	90	2'800'000	100'000		50'000	50'000		100'000	300'000	1'300'000	900'000		
K2b	Vitznau, Bürglen - Griz, SZ, Ausbau und Sanierung Strasse	C (Topf C)	91	7'350'000			50'000	100'000	200'000	1'000'000	500'000	1'000'000			
K4	Kriens/Littau, Ausbau Strasse und RVA (Rengloch)	C (Topf C)	92	15'750'000			50'000	100'000	100'000	500'000	500'000	7'000'000	8'000'000		
K10	Wohlenen, beim Bahnhof, Erstellen Radverkehrsanlage, Verkehrsberuhigung	C (Topf C)	93	575'000				50'000	25'000		500'000				
K10	Wertenstein, Erstellen Umfahrung Süd	C (Topf C)	94	3'000'000				100'000	400'000	400'000	100'000			2'000'000	
K10	Wohlenen, Erstellen Anschlussbauwerk Umfahrung Süd	C (Topf C)	95	500'000					200'000	200'000	100'000				
K11	Wohlenen, Menznauerstrasse, Erstellen RVA, Teilsan. Strasse (1. Etappe)	C (Topf C)	97	800'000	600'000	200'000									
K11	Wohlenen, Menznauerstrasse, Erstellen RVA, Teilsan. Strasse (2. Etappe)	C (Topf C)	97	1'900'000				50'000	50'000		500'000	1'000'000	300'000		
K11	Willisau, Erstellen Kreisel Wydermatt (Bauvorhaben Dritter)	C (Topf C)	98	0											
K11	Schötz, Einm, K 43 - Industriegebiet; Erstellen RVA / Sanierung Knoten	C (Topf C)	99	1'500'000								1'500'000			
K11	Altishofen, Umbau Knoten K1/1/K1c; Erstellen RVA, Busspur 2. Etappe	C (Topf C)	104/S-tp	3'150'000								2'000'000	500'000		
K13	Emmen, Centralplatz, Umbau Knoten, Bauvorhaben Dritter	C (Topf C)	105/S-tp	400'000								400'000			
K13	Emmen, Schützenmatstr. - Sprengplatz - Mühlennatt, Erstellen Radverkehrsanlagen (Alternative)	C (Topf C)	106/S-tp	200'000								200'000			
K13	Emmen, Sporengi - Lötzen, Radverkehrsanlage	C (Topf C)	107/S-tp	3'200'000			50'000					2'500'000	650'000		
K13	Littau/Luzern, Grenze Luzern - Schiffl RVA, Busspur 2. Etappe	C (Topf C)	108	2'800'000											
K13	Emmen, Centralplatz, Umbau Knoten, Bauvorhaben Dritter	C (Topf C)	109	900'000											
K13	Emmen, Schützenmatstr. - Sprengplatz - Mühlennatt, Erstellen Radverkehrsanlagen (Alternative)	C (Topf C)	110	900'000								50'000	400'000	400'000	
K13	Knutwil, Erstellen Radverkehrsanlage bis Gallerie	C (Topf C)	111	1'500'000									1'000'000	500'000	

Anlage	Projekt Bezeichnung	Unterrubrik	Pl. Nr. *	Total ab 2009	Budget							Finanzplan															
					2009			2010			2011			2012		2013		2014		2015		2016		2017		2018	
														Bauprogramm 2011 - 2014				Agiprogramm 2015 - 2018				Bauprogramm 2015 - 2018					
																						Agiprogramm Liste B					
K13	Buchs/Uffikon, Eien - Dorf Uffikon; Erstellen Rad-/Gehweg	C (Topf C)	112	1000000																			500000	500000			
K13	Dagmersellen, Uffikon Dorf, RVA zusammen mit Belagssanierung 1. Etappe	C (Topf C)	113	490000																							
K13	Dagmersellen/Uffikon, Erstellen Radverkehrsanlage 2. Etappe	C (Topf C)	113	3150000																			500000	1500000			
K13	Reiden, Dorf, Verkehrsberuhigende Massnahmen	C (Topf C)	114	300000																			300000				
K15	Beromünster, Ostentlastungsstrasse	C (Topf C)	115	16080000																			2000000	6000000			
K16	Emmen, Bahnhunterführung Seetalstrasse	C (Topf C)	116/S+P	4400000																			2000000	2000000			
K16	Emmen, Umfahrung Emmen und Meierhöfli Projektierung	C (Topf C)	117	10000000																			250000	750000			
K16	Eschenbach, Umbau Knoten	C (Topf C)	118	920000																				900000			
K16	Hochdorf, Hochdorf - Ballwil Süd; Umfahrung Projektierung	C (Topf C)	119	1000000																			250000	250000			
K16/60	Hochdorf, Luzernerstrasse Umgestaltung Knoten	C (Topf C)	120	1000000																			100000	900000			
K17	Ebikon Knoten Ebisquare; Bauvorhaben Dritter	C (Topf C)	121	215000																							
K17b	Dierikon/Udligenswil, Rigistrasse - Einn. K30; Götzentalstrasse 2. Etappe, Flama Zubr.Rontal	C (Topf C)	122	6000000																			500000	3000000			
K18	Sursee, Neubau Kreuzung Münsterstrasse	C (Topf C)	123	670000																			50000	320000			
K18	Schenkon, Tannberg - Tann, Erstellen Rad-/Gehweg	C (Topf C)	125	2000000																			50000	100000			
K33	Mattens, Neubau Rüttigbrücke Schadchen	C (Topf C)	126	1100000																			50000	400000			
K33	Wertenstein, Schachen - Langnauerbrücke (inkl.), RVA / Verkehrsberichtigung 2. Etappe	C (Topf C)	127	3800000																			500000	2000000			
K34	Wolhusen/Ruswil, Erstellen Rad-/Gehweg	C (Topf C)	128	11300000																			1000000	4500000			
K36	Escholzmatt/Fühli, Lammschlucht	C (Topf C)	130	3830000																			500000	2000000			
K36	Fühli, Chratacherbrücke, Neubau, Verbesserung Verkehrssicherheit	C (Topf C)	131	2500000																			300000	200000			
K37	Escholzmatt/Marbach, Abzw. K10 - Einn. Schäfigstrasse; Erstellen RVA/Teilausbau STR	C (Topf C)	132	2300000																			500000	1000000			
K41	Zell/Luthern, Hostatt - Luthern, Brücke	C (Topf C)	133	1000000																			500000	650000			
K42	Grossdietwil, RVA Dorfeingang Ost - Schulhaus	C (Topf C)	134	620000																			300000				
K44	Mauensee/Knutwil, Dorf Kaltbach - Einn. K13; Verbesserung Verkehrssicherheit	C (Topf C)	135	1000000																			500000				
K46	Langnau, Mehlsecken - Griz, AG, Erstellen Radverkehrsanlagen	C (Topf C)	136	350000																			350000				
K46	Pfäffnau, Industrie Schönenreich - Anschluss K42; Ausbau Strasse	C (Topf C)	137	4200000																			500000	1000000			
K47	Oberkirch, Länggass - Zentrum, Erstellen RVA, Verkehrsberichtigung	C (Topf C)	138	650000																			300000	350000			
K47	Nottwil/Oberkirch, Büel - Länggass, Radverkehrsanlage, San. Strasse	C (Topf C)	139	2900000																			500000	750000			
K48	Sempach, Schulhauskurve; Umbau Knoten, Schulwegsicherung	C (Topf C)	140	1400000																			1300000	200000			
K48	Sempach/Eich/Schenken, Erstellen RVA, Strassenanpassung	C (Topf C)	141	530000																			500000	2500000			
K56	Hochdorf/Hildisrieden, Erstellen RVA, Strassenverbleitung	C (Topf C)	142	5000000																			1000000	1000000			
K56	Hochdorf, Sempacher-T-Urswilerstrasse, Erstellen Radverkehrsanlage	C (Topf C)	143	350000																			500000	300000			
K58	Mosen, Abzw. K16a Aabach, Ausbau Trottoir und Verkehrsberichtigung	C (Topf C)	144	1000000																			500000	500000			
K58	Mosen, Bergwerg - Einn. aE Schwarzenbergstrasse; Erstellen Trottoir	C (Topf C)	145	350000																			500000	300000			
K62	Gefingen, Dinkelbach - Einn. Schloss Heidegg; Erstellen Trottoir	C (Topf C)	146	750000																			500000	400000			
	Sammelrubrik 1, Diverse Klempjekte; Total																						500000	500000			
	Sammelrubrik 2, Anlagen für öV; Total																						200000	200000			
	Sammelrubrik 3, Bauvorhaben Dritter; Total																						300000	300000			
	Sammelrubrik 4, Unfallschwerpunkte; Total																						200000	200000			
	Sammelrubrik 5, Naturschutz; Total																						50000	50000			
	Sammelrubrik 6, Anpassen GNP; Total																						500000	500000			

* Plan-Nr. gemäss Bauprogramm 2007 - 2010 für Kantonstrassen, Botschaft 153 vom 4. Juli 2011

Vorhaben | modul | endrogramm

Hochwasserschutz / Wasserbau

Gewässer	Proj.-Nr.	Projekt Bezeichnung	Budget			Finanzplan			2014 ff.
			2009	2010	2011	2012	2013		
Zusammenfassung Hochwasserschutz									
Investitionen Wasserbau, Kanton Luzern			20'030	18'630	14'700	14'700	14'700		
Investitionen Wasserbau, Gemeinden (durchl. Beiträge)			29'70	29'70	19'00	19'00	19'00		
Total Investitionen			23'000	21'600	16'600	16'600	16'600		
Beiträge Bund			-5'720	-5'720	-4'410	-4'410	-4'410		
Beiträge Gemeinden			-4'920	-4'920	-3'800	-3'800	-3'800		
Beiträge von Übrigen			-29'70	-29'70	-19'900	-19'900	-19'900		
Auflösung Rückstellung			-1'400						
Durchlaufende Beiträge Bund (Investitionen Gemeinde)			-29'70	-29'70	-1'900	-1'900	-1'900		
Investitionen netto			5'020	5'020	4'500	4'500	4'500		
Hochwasserschutz									
Total Budget 2009, IFAP 2009 - 2013			19'300	16'600	16'600	16'600	16'600		
Total Projekte			24'628	30'223	21'253	22'073	17'853		
Differenz (Impulsprogramm)			-5'328	-13'623	-4'653	-5'473	-1'253		
Total Projekte			24'628	30'223	21'253	22'073	17'853		
Projekte > 3 Mio. Fr. (Kreditbeschlisse Kantonsrat)			12'460	21'850	17'420	16'330	15'780		
Kleine Emme	10106	Fühli Integralprojekt Waldemme	1'600	3'300	3'500	800	9'020		
Kleine Emme		Malters Holzrückhalt Ettisbühl	400	1'800	1'600				
Reuss	1518	Luzern Regulierung Vierwaldstättersee	2'500	4'000	4'000	1'500			
Reuss	10217	Gesamtkonzept HW-Schutz Rontal	50						
Reuss		Buchrain Umgehungsgerinne Reusswehr Perlen	500	1'400	1'500				
Verschiedene Gewässer	10292.24	Kleine Emme, Absch.1, Zollhausbrücke-Rätigbach	460	1'000	4'500	4'000			
Verschiedene Gewässer	10292.25	Kleine Emme, Absch.2, Rätigbach-Rümlig		1'000	4'500	1'230	3'000		
Verschiedene Gewässer	10292.251	Kleine Emme, Absch.2, Ennigen	1'000	3'000	200				
Verschiedene Gewässer	10292.26	Kleine Emme, Absch.3, Rümlig-Fontanne			1'720		1'680		
Verschiedene Gewässer	10292.27	Kleine Emme, Absch.1/B, Mündung Reuss-Zollihausbrücke	100			1'000	2'000		
Verschiedene Gewässer	10292.31	Reuss, Allgemeines	250	500	1'000	2'500	2'500		
Vierwaldstättersee	1564	Kriens Verb. Schloss-Talacherbach		1'000	1'400	800	400	500	
Wigger	213	Willisau Erst. Entlastungskanal	4'000	2'600					
Wigger	10094	Willisau Mültalbach	800	750	1'000	1'300			
Wigger	10187	Menznau Verbauung Rickenbach	100						
Wigger	10253	Schötz Ausbau Luthern	500	1'500	500	600	4'020		
Wigger	10260	Buttisholz Ausbau Dorfbach	200			800	7'000		

Gewässer	Proj.-Nr.	Projekt Bezeichnung	Budget				Finanzplan		
			2009	2010	2011	2012	2013	2014 ff.	
Projekte 1 bis 3 Mio. Fr.									
Verschiedene Gewässer	1536	Alberswil/Gettnau Erneuerung Wehr Luthern	5'650	6'750	1'650	1'100			
Verschiedene Gewässer	10292.21	Kleine Emme, Allgemeindes	400	400	400	400	300	300	
Kleine Emme		Walters/Littau Thorenberg Nord	900	1'400					
Wigger	1554	Willisau San. Enzwigger, Altauf		500	800	500	200		
Wigger	10234.2	Willisau Verbauung Buchwigger						2'700	
Wigger	10361.1	Luthern Verbauung Luthern						2'400	
Wigger	10476	Dagmersellen Ausbau Hürn	200						1'600
Verschiedene Gewässer	10292.11	Reuss u. Kleine Emme, Konzept Strategie	400	400	350	300			
Wigger	10215	Willisau Verbauung Buchwigger	1'000	150	100				
Wigger	10625	Grosswangen Abflussverbesserung Rot, Neubau Brücke	500	1'300					
Wyna	10263	Rickenbach Renaturierung, Sanierung Rickenbach	850	400					
Verschiedene Gewässer		Weggis Rubibach / Chlienzbach 1. Etappe	400	1'600					7'000
Positionen und Projekte < 1 Mio. Fr.			6'518	1'623	2'183	4'643	1'573		

 Vorhaben Impulsprogramm

Investitionsbeiträge öffentlicher Verkehr

Strecke	Projekt Nr.	Projekt Bezeichnung	Budget				Finanzplan		
			2009	2010	2011	2012	2013	2014 und Folgejahre	
Zusammenfassung									
		Investitionsbeiträge brutto	13'400'000	20'000'000	14'000'000	18'000'000	18'000'000		
		Beitrag Gemeinden	-670'000	-10'000'000	-7'000'000	-9'000'000	-9'000'000		
		Beitrag Dritte			-1'000'000	-1'000'000			
		Investitionsbeiträge netto	6'700'000	9'000'000	6'000'000	9'000'000	9'000'000		
Öffentlicher Verkehr									
		Total Budget 2009, IFAP 2009 - 2013	13'400'000	20'000'000	14'000'000	18'000'000	18'000'000		
		Total Projekte	13'460'000	20'800'000	15'300'000	18'300'000	18'600'000		
		Differenz	-6'000	-800'000	-1'300'000	-3'000'000	-600'000		
Allgemeiner ÖV									
Luzern - Lenzburg	10638	S-Bahn, Verdichtung S9							
Luzern - Olten	10639	S-Bahn, Umbau Rothenburg Industrie							
Luzern - Wohlhusen	10431	Malters, Umbau Bahnhof	900'000	6'000'000	4'300'000		1'000'000	9.0 Mio.	
Wohlhusen - Langenthal	10468	BL-S, Oberbauerneuerung	2'250'000	2'000'000	1'500'000	2'400'000			
Wohlhusen - Langenthal	10404	Willisau, Umbau Bahnhof	1'060'000						
Wohlhusen - Langnau	10423	Sanierung Bahnhübergänge (SBB)	150'000						
Wohlhusen - Langenthal		Massnahmen gemäss Streckenkonzept			3'000'000	4'000'000			
Wohlhusen - Langnau	10629	S-Bahn, Flügelzugkonzept, Kreuzungsstelle Hasle							
Wohlhusen - Langnau	10484	S-Bahn, Flügelzugkonzept, Weiche Wohlhusen							
		Sanierung Bahnhübergänge			200'000	200'000	200'000		
Bus	10485/86	Busterminal Willisau			40'000				
Bus		Umsetzung Verkehrsmanagement (Anteil öV)				500'000	500'000	1'000'000	
Bus		vbl; Trolleybus (Stromversorgung, Anteil Kanton LU))				1'000'000	1'000'000	1'000'000	
Sammelposition					1'000'000	1'500'000	1'000'000	3'000'000	
Zentralbahn		Total	4'360'000	9'500'000	9'000'000	8'100'000	11'200'000		
Luzern - Hergiswil	10330	Ausbau Zentralbahn, Anteil öffentlicher Verkehr Kanton	8'600'000	11'100'000	5'600'000	8'200'000	2'400'000		
Rotsee		Total	8'600'000	11'100'000	5'600'000	8'200'000	2'400'000		
Luzern - Zug - Zürich	10422	Bahnholzfahrt Luzern (Rotsee kurz)*	500'000	200'000	700'000	200'000	5'000'000	unbestimmt	

*Beitragshöhe und Beitragsdauer noch offen

Entwurf

**Kantonsratsbeschluss
über den neuen Integrierten Finanz- und Aufgabenplan 2009–2013**

vom

Der Kantonsrat des Kantons Luzern,

nach Einsicht in den Bericht des Regierungsrates vom 24. März 2009,

beschliesst:

1. Der neue Integrierte Finanz- und Aufgabenplan 2009 – 2013 vom 24. März 2009 wird genehmigt.
2. Der Kantonsratsbeschluss ist zu veröffentlichen.

Luzern,

Im Namen des Kantonsrates

Der Präsident:

Der Staatsschreiber: